

Ausgabe 13 · Januar/Februar 2012

Fortschritt für Industrie und Dienstleistung

www.gegenblende.de

Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Dr. Kai Lindemann
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, Fax +49 (0) 30 24 060 405
kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine Bilder, Kommentare und Autorenprofile.
Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial.....	4
Industriepolitik zur Gestaltung des Strukturwandels	5
von Dr. Astrid Ziegler	
Gute Arbeit und gute Dienstleistungen Elemente einer gewerkschaftlichen Dienstleistungspolitik	10
von Dr. Martin Beckmann	
Die nackten Propheten (Kolumne).....	13
von Tom Schimmeck	
Von Politpop zu Hardcore (Musikkritik)	16
von Rhett Skai	
Moderne Industriepolitik ist zuallererst Innovationspolitik.....	22
von Prof. Dr. Henning Kagermann	
Von der Dienstleistungsökonomie zur Dienstleistungspolitik.....	25
von Bernd Bienzeisler	
Eine nachhaltige Rating-Agentur für die Gesellschaft und das Gemeinwohl.....	29
von Dr. Christian Neugebauer	
Die Revolutionserinnerung im kubanischen Alltag (Buchrezension).....	32
von Nikos Wallburger	
Die Ordnung des Lobbyismus	34
von Herbert Hönigsberger	
Industrie -und Dienstleistungspolitik als integrierte Wirtschaftspolitik.....	37
von Michael Sommer	
Unausgewogene Wirtschaftsstruktur	41
von Prof. Dr. Hagen Krämer	

Die Arbeitsverhältnisse im chinesischen Wachstumsmodell.....	46
von Prof. Dr. Boy Lühje	
Dienstleistungsmetropole Berlin – Chance und Herausforderung	49
von: Mechthild Kopel	
Die Berlinale 2012: Empfehlungen aus erster Hand	52
von Jürgen Kiontke	
Aus der Krise lernen: Von industrieller Entwicklung zu vielfältigen Industriestrategiepolitiken	59
von Prof. Dr. Ulrich Hilpert	
Die Energiewende als Hebel für eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik	62
von Dietmar Hexel und Dr. Inge Lippert	
Sozialer Basisschutz – eine Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung?	68
von Dr. Thomas Greven	
Interaktive Arbeit – ein Kernbereich von Dienstleistungspolitik	71
von Dr. Wolfgang Dunkel	
Moderne Industrienationen brauchen eine aktive Industriepolitik	74
von Prof. Dr. Martin Gornig	
Dienstleistungen im Zeitalter des demografischen Wandels	79
von Dr. Dominik Haubner	
Der Fiskalvertrag – Sturm im Wasserglas oder Gefahr für Demokratie und Sozialstaatlichkeit?.....	85
von Dr. Anne Karrass	

Editorial

Das deutsche Exportmodell boomt. Das ist kein Grund zum „zurücklehnen“, denn die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen im Land sind offensichtlich. Die Energiewende zwingt zu neuen Innovationen und der Dienstleistungssektor wird chronisch vernachlässigt. Wie „Fortschritt für Industrie und Dienstleistung“ möglich sein kann, behandeln die Beiträge in dieser GEGENBLENDE.

Und es gibt weitere Artikel zum chinesischen Produktionsmodell, den neuen EU-Fiskalpakt, die Macht des Lobbyismus und über eine Reformidee für eine nachhaltige Ratingagentur.

Eine gute Lektüre wünscht

Kai Lindemann

Industriepolitik zur Gestaltung des Strukturwandels

von Dr. Astrid Ziegler

Lange Zeit wurde die Bedeutung der Industrie für die deutsche Volkswirtschaft durch die Politik vernachlässigt. Vor der Finanz- und Weltwirtschaftskrise hatten viele sogar die Industrie abgeschrieben und die Rede vom Ende des Industriestandorts Deutschland machte die Runde. Die Zukunft Deutschlands sahen viele in der Basarökonomie als Warenumschlagsplatz für günstige Importe aus den Niedriglohnländern[1]: In Deutschland würde bald nur noch gehandelt, was zuvor anderswo produziert worden sei. Dahinter stand die These vom wirtschaftlichen Strukturwandel in der zunehmend weltweiten Verflechtung industrieller Wertschöpfungsketten. Nach dieser These suche sich jeder einzelne Produktionsschritt den kostenoptimalen Standort. Innerhalb der so verstandenen internationalen Arbeitsteilung blieben für Deutschland dann nur noch vereinzelt Arbeitsschritte wie Management- und Marketingaufgaben sowie Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten übrig.

Die reale Entwicklung der deutschen Industrie hat diese These widerlegt. Vielen Kritikern zum Trotz hat sich die Industrie über die Krise mehr als behaupten können. Wir haben ihr sogar die derzeitige wirtschaftliche Stärke zu verdanken. Dank der industriellen Kerne hat Deutschland die Krise schnell und nachhaltig hinter sich gelassen. Mit einer Wachstumsrate von 3,7 Prozent im Jahr 2010 und von 3,0 Prozent in 2011[2] entwickelte sich Deutschland in wenigen Jahren vom Sorgenkind zur Konjunkturlokomotive Europas[3]. Wer hätte das noch Ende 2009 gedacht, dass die viel gescholtene Industrie wieder der Motor des Wachstums ist. Zum Glück hat Deutschland nicht den Weg von Großbritannien oder anderen früheren Industriestaaten eingeschlagen, die sich von der Produktion verabschiedet und ganz auf Dienstleistungen gesetzt haben. Unser Erfolg hat sogar in zahlreichen Ländern (und nicht nur in denen Europas) zu einer Rückbesinnung auf industrielle Werte geführt.

Das Ansehen der Industriepolitik ist gestiegen

Allerdings ist Industriepolitik, die den industriellen Wandel gestalten soll, bei Wirtschaftspolitikern nicht gerade beliebt. Daran haben auch die Erfahrungen im Zuge der Weltwirtschaftskrise nichts geändert. Industriepolitik steht nämlich in dem Ruf interventionistisch zu sein, d.h. sie greife in Marktprozesse und in den industriellen Strukturwandel ein. Dieser Ansatz läuft quer zum dominierenden Glauben in der Wirtschaftspolitik, dass in einer Volkswirtschaft die freien Marktkräfte es schon richten werden. Insbesondere der Industriepolitik als Kriseninterventionspolitik stehen viele kritisch gegenüber. Dies konnten wir 2008 beobachten, als im Zuge der Weltwirtschaftskrise Hilfen für die Realwirtschaft diskutiert wurden. Anders als bei der Bankenkrise ging es im realwirtschaftlichen Bereich nicht mehr um eine vorbehaltlose staatliche Unterstützung. Hingegen gibt es keine Probleme im industriepolitischen Kontext, wenn es um die Entwicklung von Zukunftsbranchen oder Hightech-Feldern geht. Es ist deshalb nicht

überraschend, dass sich Industriepolitik in den letzten Jahren auf diese positiv klingenden Zukunftsfelder konzentriert hat.

Trotz dieser Vorbehalte gegenüber der Industriepolitik änderte sich letztendlich doch der Blick auf die Industrie, als die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergriff. Der Ruf nach einer Renaissance der Industriepolitik war plötzlich in aller Munde. Das Ansehen der Industrie und damit der Industriepolitik hält bis heute an: So hat beispielsweise die EU-Kommission der europäischen Industrie in der EU-2020-Strategie einen wichtigen Stellenwert eingeräumt und Ende Oktober 2010 ihre Vorstellungen einer Europäischen Industriepolitik in einer Mitteilung[4] veröffentlicht. Auch das Bundeswirtschaftsministerium präsentierte zur gleichen Zeit der deutschen Öffentlichkeit ein Strategiepapier[5] zum Industrieland Deutschland, das eine umfangreiche Analyse des deutschen Industriestandorts und einer Reihe von Handlungsempfehlungen enthielt. Bis dato hatte es weder für Deutschland noch für Europa ein industriepolitisches Konzept gegeben.

Die weitere Dominanz der angebotstheoretischen Konzepte

Trotz des positiven Eindrucks, den man angesichts der Papierlage und der Debatten rund um die industrielle Entwicklung haben kann, sind die Diskussionen aber häufig reine Lippenbekenntnisse[6]. Um die Industrie nachhaltig weiterzuentwickeln, werden nach wie vor die alten angebotstheoretischen Konzepte auf den Tisch gelegt. Der Staat soll lediglich die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern, beispielsweise für niedrigere Steuern, den Abbau von Bürokratie oder für eine neue Gründungsoffensive sorgen und am besten „die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung zukünftiger Konsum- und Investitionsgüter als auch die Entwicklung neuer Produktionstechnologien ... der unsichtbaren Hand“, also dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage an den Märkten, überlassen. Der Staat solle sich deshalb so weit wie möglich aus Marktprozessen heraushalten.“[7]

In dieser Art von Industriepolitik spielen beschäftigungspolitische Aspekte keine Rolle. Beschäftigte und Gewerkschaften kommen - wenn überhaupt - als Akteure der Industriepolitik nur am Rande vor. Damit wird ein wichtiges Potenzial der Industrie nicht wahrgenommen. Die Kompetenzen von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften spielen damit bei der Erneuerung der Industrie keine Rolle. Und damit auch nicht die wichtigste Ressource, die die deutsche Industrie hat, nämlich die Beschäftigten, ihre Fähigkeiten und ihr *Knowhow*.

Die Industrie steht vor großen Herausforderungen

Keine Frage: den offiziellen Analysen von EU-Kommission und Bundesregierung zum Stand der Industrie ist zu zustimmen: Klimawandel, technologische Innovationen, demografische Entwicklung, europäische Integration und Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen ziehen tief greifende Veränderungen in der deutschen und europäischen Industrie nach sich. Deshalb bleibt trotz derzeitiger positiver Wirtschaftsentwicklung die Frage nach der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Weges auf der Tagesordnung.

Die langfristige, industrielle Entwicklung der letzten Jahre ist grob durch drei Trends geprägt:

1) während der Weltwirtschaftskrise wurden auf den Weltmärkten die Karten neu gemischt. Die Schwellenländer holen auf und setzen massiv auf FuE- und Bildungsinvestitionen. Insbesondere China verfolgt eine Highroad-Strategie, die den „alteingesessenen Industrieländern“ ihre Dominanz auf den Märkten für höherwertige Produkte bereits jetzt oder in absehbarer Zukunft streitig macht. In dieser neuen Konstellation wird für die deutsche Industrie ausschlaggebend sein, ob sie ihre Innovationsfähigkeit weiterentwickeln kann. Eine wichtige Frage dabei ist: wie das Wissen der Beschäftigten und die betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen zur Beschäftigungssicherung und zur Erhöhung der betrieblichen Innovationsfähigkeit gefördert werden können.

Für die Industriepolitik bedeutet dies, dass sie nicht auf der einen Seite flexible Arbeitsmärkte fordern und von den Beschäftigten unsichere Arbeitsverhältnisse mit schlechten Arbeitsbedingungen, einem immer größeren Arbeits- und Leistungsdruck abverlangen und auf der anderen Seite durch weitere Liberalisierungen der Wirtschafts- und Finanzmärkte Unternehmen das freie Spiel des Marktes überlassen darf. Dieser Weg ist kontraproduktiv. Er gefährdet mittel- bis langfristig die Innovationsfähigkeit nicht nur einzelner Betriebe sondern ganzer Branchen und der gesamten Volkswirtschaft. Ohne motivierte und kompetente Beschäftigte kann auf Dauer der noch vorhandene Innovationsvorsprung der deutschen Industrie nicht gehalten werden.

2) insbesondere durch die Klimaschutz-Debatte werden die Grenzen des bisherigen industriellen Entwicklungsmodells aufgezeigt, das auf einer extensiven Nutzung natürlicher Ressourcen basiert. Dabei geht es beim ökologischen Umbau einerseits um die Etablierung der jungen Branche der erneuerbaren Energien und andererseits um die Durchdringung von Umwelttechnologien in den klassischen Kernbereichen der Industrie. Aus industriepolitischer Sicht liegen die Herausforderungen darin,

- Produktion und Produktionsprozesse nachhaltig so zu verändern, dass die verfügbaren Ressourcen geschont werden,
- erneuerbare Energiequellen auf breiter Front zu erschließen und zu nutzen, zugleich die CO₂-Emissionen zu verringern
- Materialien zu entwickeln, die Klimaschutzbestimmungen wie auch Ressourceneffizienz genügen sowie
- langfristig und strategisch den Zugang zu Rohstoffquellen schonender und sozial verantwortungsvoller zu gestalten.

Deutschland hat in den letzten Jahren mit erheblichem Einsatz von finanziellen Mitteln den Ausbau regenerativer Energien vorangebracht. Nur hat dieser Ausbau eine weitgehend mitbestimmungs- und gewerkschaftsfreie Zone mit niedrigsten Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen entstehen lassen. Beim strukturellen Wandel in der Industrie hin zu

umweltverträglichen Produkten und Produktionsverfahren gilt es aus dem „grünen New Deal“ auch „grüne[8] und gute Jobs“ zu machen.

3) der langfristige Rückgang, die Alterung und die fortschreitende Heterogenisierung der Bevölkerung lösen in Deutschland einen tief greifenden demografischen Wandel aus mit entsprechenden Auswirkungen für die Industrie. Die Überalterung der Bevölkerung und Belegschaften erfordern zum einen neue Produkte und neue Arbeitsformen sowie heute schon Lösungen für den absehbaren Fachkräftemangel. Insbesondere müssen Unternehmen in ausreichendem Maße in Ausbildung, Weiterbildung und ältere Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter investieren und industrielle Arbeitsplätze attraktiv machen. Zum anderen nimmt im Zuge der demografischen Entwicklung die Urbanisierung zu. Verdichtungsräume stellen andere Anforderungen an Mobilität, Logistik und Wohnraum, die innovative Lösungen von der Industrie abverlangen. Sichere Arbeitsplätze und ein gutes Einkommen sind der Garant, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Mit einem Absinken der Einkommen, mit Leiharbeit, Befristungen, Werkverträgen und anderen Formen der prekären Beschäftigung gelingt das nicht.

Wir brauchen eine aktive Industriepolitik

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte lehrt uns, dass der Markt blind ist gegenüber sozialen und ökologischen Erfordernissen, deshalb kommt es in Zukunft auf eine gestaltende Politik an. Eine aktive Industriepolitik sollte sich nach den folgenden vier Kriterien richten:

Staat: Egal ob für Investitionen in die Modernisierung des Produktionsapparates, zur Erneuerung der Produktpalette oder zur Aufrechterhaltung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen, ohne einen aktiven, starken Staat wird die Industrie die strukturellen Herausforderungen nicht meistern können. Der Weg der Deregulierung und Privatisierung garantiert dabei nicht die Weiterentwicklung industrieller Kerne.

Zeit: Die Gestaltung des industriellen Strukturwandels braucht einen langen Atem, was in Zeiten geringer Haltbarkeit politischer Entscheidungen schwierig zu vermitteln ist. Deshalb erfordert eine aktive Industriepolitik Politiker, die über die eigene Wahlperiode hinaus denken.

Konsens: Der strukturelle Wandel ist eine Kraftanstrengung für viele und hier insbesondere für die betroffenen Akteure im Betrieb, in den Branchen und Regionen. Sie müssen gemeinsam den Prozess meistern. Sie müssen an einem Strang ziehen, in Abstimmung und im Ausgleich aller Interessen den Weg gemeinsam gehen.

Preis: Staatliche Unterstützung (ob materiell oder immateriell) gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb müssen industriepolitische Instrumente an gesellschaftlich und beschäftigungspolitisch wünschbare Ziele geknüpft werden. Zwar sind gerade in den letzten Monaten Lichtblicke am Ende des Tunnels erkennbar – so binden beispielsweise Tariftreue-Regelungen vieler Bundesländer das öffentliche Beschaffungswesen an vergabespezifische Mindestlöhne; die ostdeutsche Investitionsförderung wurde an tarifvertragliche Regelungen geknüpft –, aber diese sind immer noch die große Ausnahme und weniger die Regel.

Eine gestaltende Industriepolitik setzt an den Arbeitsplätzen von heute an, weil sie gebraucht werden, um Morgen für alle die Arbeit zu sichern und gutes Leben zu ermöglichen. Für die Gewerkschaften stellt sich dabei die besondere Herausforderung, den industriellen Wandel aktiv und kritisch zu begleiten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für die Ziele der Gewerkschaften zu gewinnen.

Literatur/Quellen:

[1] Prominentester Vertreter dieser These ist Sinn (Sinn H.-W. (2005), Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht?, Berlin)

[2] Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

[3] Für 2012 gehen alle Prognosen von einem schwächeren Wachstum aus, aber von keiner Rezession. Die Risiken aus der Eurokrise sind für die Realwirtschaft vorhanden, ein Crash auf den Finanzmärkten würde sie wie 2008/2009 mitreißen.

[4] Mitteilung der Europäischen Kommission, „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung. Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“, KOM (2010)614

[5] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010), Im Fokus: Industrieland Deutschland. Stärken ausbauen – Schwächen beseitigen – Zukunft sichern, Berlin

[6] Siehe zur Bewertung der europäischen Industriepolitik Astrid Ziegler (2011), Europäische Industriepolitik - ein Neuanfang oder nur alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Wirtschaftspolitische Informationen der IG Metall 1/2011

[7] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010), Seite 32.

[8] Als „grüner Job“ bezeichnet die ILO einen Arbeitsplatz, der nachhaltig wirtschaftet, d.h. einen Beitrag leistet, um Energie zu sparen, erneuerbare Energie zu verwenden, natürliche Ressourcen zu schonen, das Ökosystem und die biologische Vielfalt zu erhalten sowie Abfall und Luftverschmutzung vermeidet (ILO-Themenpapier (2008): Global Challenges for Sustainable Development: Strategies for Green Jobs, Konferenz der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G8, Niigata, Japan, 11. bis 13. Mai 2008).

Gute Arbeit und gute Dienstleistungen Elemente einer gewerkschaftlichen Dienstleistungspolitik

von Dr. Martin Beckmann

Ein wesentliches Element des ökonomischen Strukturwandels der letzten Jahrzehnte ist die Tertiarisierung: Die Anteile von Beschäftigung und Wertschöpfung, die auf den Dienstleistungssektor entfallen, sind stark gestiegen. Heute entfallen über 2/3 der Beschäftigungsverhältnisse auf ihn und sein Wertschöpfungsbeitrag liegt in einer vergleichbaren Höhe. Manche sahen angesichts dieser Entwicklung schon die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft am Horizont erscheinen.

In Kontrast zu dieser quantitativen Bedeutung von Dienstleistungen und ihrer positiven Bewertung steht die häufig im politischen und wissenschaftlichen Diskurs formulierte Position, dass Dienstleistungen nicht wertschöpfend, sondern abhängig von den Leistungen der Industrie seien. In der Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Haltung erneut an Gewicht gewonnen. Gerade das Fehlen einer wettbewerbsfähigen industriellen Basis mache im Vergleich mit Deutschland das zentrale Problem vieler europäischer Volkswirtschaften aus. Darum sei eine Renaissance der Industriepolitik erforderlich.

Industrie vs. Dienstleistung?

Diese hier zugespitzt dargestellten, kontrastierenden Positionen erweisen sich beide in bestimmter Hinsicht als problematisch. Erstens geht die Gegenüberstellung von Produktion und Dienstleistungen an der Realität vorbei. Beide Bereiche sind auf vielfältige Weise aufeinander bezogen und voneinander abhängig. Dies gilt selbstverständlich im Sinne gesamtwirtschaftlicher Nachfrage: in einem der Sektoren erzielt Einkommen wird zu kaufkräftiger Nachfrage auch im anderen Sektor. Dies gilt vor allem aber auch für den Herstellungsprozess: Dienstleistung und Produktion sind entlang von Wertschöpfungsketten vielfach aufeinander bezogen, Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Beratung oder Finanzierung sind zentral für die Wertschöpfung auch in der Industrie.

Zweitens ignoriert die abwertende Kritik von Dienstleistungen ihre Bedeutung für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Der Umgang mit den Herausforderungen durch den Klimawandel etwa erfordert einerseits technische Innovationen, wie den Übergang zu einer regenerativen Energiewirtschaft oder die Entwicklung neuer Antriebssysteme für Fahrzeuge. Andererseits sind Dienstleistungen, sei es im Bereich der Energieberatung oder seien es Mobilitätsdienstleistungen, die für die optimale Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger sorgen und dem Leitgedanken von „Nutzen statt Besitzen“ folgen, ebenso wichtig. Ähnliches gilt für die Gestaltung des demografischen Wandels. Hier geht der Bedarf über Gesundheits- und Pflegedienstleistungen weit hinaus und betrifft unterschiedlichste Dienstleistungen, die ein möglichst langes, selbstständiges Leben in der gewohnten Umgebung unterstützen. Schließlich erfordert die Förderung gesellschaftlicher Integration verschiedenste Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Soziales.

Die Wertschätzung der Dienstleistung

Es geht also strukturpolitisch in den nächsten Jahren nicht um ein entweder Dienstleistungen oder Industrie. Es geht aus Sicht der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di darum, dass Dienstleistungen umfassend gesellschaftlich aufgewertet werden. Dies steht nicht im Widerspruch zu einer auf ökologische Modernisierung setzenden Industriepolitik. Dienstleistungspolitik in diesem Sinne will die Bedeutung der Dienstleistungen für die Erwerbstätigen, für die wirtschaftliche Wertschöpfung, für die Gesellschaft und vor allem den Wert der Dienstleistungsarbeit hervorheben. Dienstleistungsarbeit hatte zu lange das Image von sogenannter „einfacher“ Arbeit, für die angeblich nur geringe Qualifikationen notwendig seien. Verbunden mit der Politik der Arbeitsmarktliberalisierung insbesondere der Schröderregierung wurde gerade in verschiedenen Dienstleistungsbereichen, etwa im Einzelhandel, der Gastronomie oder dem Sicherheitsgewerbe, einem ausgedehnten Niedriglohnsektor der Boden bereitet. Die Identifikation des Dienstleistungssektors mit geringqualifizierter, wenig wertgeschätzter und gesellschaftlich nachrangiger Beschäftigung wird der Dienstleistungsarbeit aber in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht.

Denn zu dieser „low road“-Strategie der Förderung von Dienstleistungsbeschäftigung durch Liberalisierung und Privatisierung bestehen Alternativen. Insbesondere die skandinavischen Länder zeigen, wie der Ausbau von Dienstleistungen über vermehrte öffentliche Investitionen Umfang und Qualität von Dienstleistungen erhöhen kann und gleichzeitig nichtprekäre Arbeitsverhältnisse schafft. Doch selbst unter den gegebenen Bedingungen in Deutschland wird die dominante gesellschaftliche Wahrnehmung von Dienstleistungen als vornehmlich einfache, kaum Wertschöpfung schaffende Leistungen, der Realität nicht gerecht. Vielmehr ist der Dienstleistungssektor äußerst heterogen. Er umfasst soziale und ökologische, personen- und unternehmensbezogene sowie private und öffentliche Dienstleistungen.

Die Heterogenität der Dienstleistungsarbeit

So vielfältig wie die Dienstleistungen, so vielfältig sind auch die Arbeitsformen, -bedingungen und Beschäftigungsverhältnisse in Dienstleistungsbranchen. Es gibt einerseits in Teilen das Problem des Niedriglohnsektors und von prekärer Beschäftigung. Andererseits gibt es auch viele Dienstleistungsbereiche, in denen die Beschäftigten gut verdienen. Die Arbeitsbedingungen in Dienstleistungsbranchen werden von den Beschäftigten entsprechend sehr unterschiedlich bewertet: Laut DGB-Index Gute Arbeit haben 14 Prozent der Beschäftigten eine gute, 55 Prozent eine mittelmäßige und 32 Prozent eine schlechte Arbeit.

Trotz dieser Heterogenität lassen sich doch auch branchenübergreifende Gemeinsamkeiten von Dienstleistungsarbeit benennen. Denn im Gegensatz zur sachbezogenen Industriearbeit ist Arbeit in Dienstleistungsbranchen entweder Wissensarbeit, also Umgang mit Symbolen oder interaktive Arbeit, also Umgang mit anderen Menschen. Eine Auswertung von ver.di auf Basis der Erhebungen des DGB-Indexes Gute Arbeit von 2009 und 2010 hat ergeben, dass 76 Prozent der in Dienstleistungsbranchen tätigen Menschen interaktive Arbeit leisten. Die Beschäftigten in interaktiver Arbeit schätzen insbesondere den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit. Viele aber leiden an schlechten Arbeitsbedingungen. Fast 40 Prozent der

Beschäftigten fühlen sich permanent in ihrer Arbeit gehetzt und müssen deshalb Abstriche bei der Arbeitsqualität machen.

Was ist Dienstleistungspolitik?

Angesichts der großen gesellschaftlichen Bedeutung von Dienstleistungen ist eine Dienstleistungspolitik, die ihren Beitrag zu Wertschöpfung und Beschäftigung anerkennt und sich für die Bereitstellung hochwertiger Dienstleistungen und die Förderung guter Arbeit in Dienstleistungen einsetzt, überfällig. Gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik geht dabei von den Interessen der Beschäftigten an sinnvoller Arbeit, guten Arbeitsbedingungen, gutem Entgelt, aber auch Anerkennung und Wertschätzung aus. Diese Interessen lassen sich verbinden mit den Interessen der Menschen, für die Dienstleistungen erbracht werden. Eine solche Dienstleistungspolitik hat im Wesentlichen folgende Inhalte:

Damit hochwertige Dienstleistungen angeboten werden können, müssen die Bedingungen für eine gute und professionelle Arbeit gegeben sein. Zur Professionalisierung von Dienstleistungsarbeit gehören die Förderung von Beruflichkeit durch Ausbildung, eine verstärkte akademische Ausbildung für Arbeit in Dienstleistungen, sowie der Ausbau von Möglichkeiten zur Weiterbildung. Die Schaffung von guter Arbeit in Dienstleistungen bedeutet vor allem, dass ihre gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung gefördert wird. Diese muss sich insbesondere in einer Bezahlung niederschlagen, die anspruchsgerecht ist und ein Leben in Würde ermöglicht.

Dafür muss eine breite Debatte über Dienstleistungsarbeit, ihre gesellschaftliche Bedeutung und die vielfältigen Anforderungen an eine qualifizierte Dienstleistungserbringung geführt werden. Diese Debatte muss von den Gewerkschaften in Tarifaueinandersetzungen und auch von den Interessenvertretungen in den Betrieben und Verwaltungen aufgegriffen werden.

Was muss die Politik tun?

Aber eine dienstleistungspolitische Initiative kann sich nicht auf Aktivitäten auf tariflicher und betrieblicher Ebene beschränken. Es bedarf auch veränderter politischer Rahmenbedingungen, damit gute Arbeit und gute Dienstleistungen entstehen.

Erstens müssen der Niedriglohnsektor eingedämmt und nichtprekäre Arbeitsverhältnisse gefördert werden. Hierfür sind ein gesetzlicher Mindestlohn ab 8,50 Euro, weitere Branchenmindestlöhne und die Regulierung aller Arbeitsverhältnisse notwendig.

Zweitens muss eine Verteilungspolitik betrieben werden, die die Massenkaufkraft erhöht. Eine gerechtere Verteilung durch die Stärkung unterer und mittlerer Einkommensgruppen und eine höhere Belastung Vermögender und Gutverdienender schafft auch die Grundlage für mehr kaufkräftige Nachfrage nach Dienstleistungen. Gefordert sind hier eine Korrektur der Primärverteilung durch höhere Entgelte und der Sekundärverteilung durch die Steuerpolitik und höhere Sozialleistungen. Eine solche Politik der Stärkung der deutschen

Binnenwirtschaft trägt auch dazu bei, die für die Krise des Euroraums mitverantwortlichen Ungleichgewichte zwischen Deutschland und seinen Handelspartnern abzubauen.

Zu einer auf hochwertige Dienstleistungen zielenden Dienstleistungspolitik gehört drittens ein verbessertes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen. Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat der Qualität öffentlicher Leistungen massiv geschadet. Die jährlichen Investitionsbedarfe allein für Bildung, Gesundheit und Pflege liegen im dreistelligen Milliardenbereich. Darum ist der Staat gefordert, die öffentlichen Investitionen und das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen umfassend auszubauen.

Viertens muss die Dienstleistungsforschung ausgebaut werden. Zu ihrem Ausbau gehört finanziell die Aufstockung der zur Verfügung stehenden Mittel und inhaltlich ihre konsequente Ausrichtung an den Interessen der Menschen, sowohl der Erwerbstätigen als auch der Nutzerinnen und Nutzer von Dienstleistungen.

Die nackten Propheten (Kolumne)

von Tom Schimmeck

Eigentlich ist über die Volkswirtschaftslehre alles gesagt. Ihr Ruf ist ramponiert. Ihre schärfsten Kritiker halten sie ohnehin für eine Hilfswissenschaft der Astrologie; für eine Sekte, die seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in innigem ideologischen Gleichklang ihr immergleiches Liedlein singt: Vom heiligen Markt und der gar heilbringenden Entfesselung seiner Kräfte durch Deregulierung, Liberalisierung, Entstaatlichung, Privatisierung. Damals begab sich der große Schwenk von John Maynard Keynes zu Friedrich August von Hayek, dessen Werk „The Constitution of Liberty“ Margaret Thatcher stets in der Handtasche trug. Der alte Bush hängte Hayek gar die Freiheitsmedaille um. Lange galten „Wirtschaftsweisen“ als Propheten. Wenn sie heute ihre marktüblichen Wahrheiten verkünden, hört kaum noch jemand hin.

Doch wir wollen abgewogen sein. Nein, nicht jeder Volljurist avanciert zum zynischen Machtpolitiker. Und auch die Ökonomen sind nicht alle vom gleichen Schlag. Gewiss, es gibt sie, noch, die alten Mainstream-Wirtschaftler, jene Phalanx der sogenannten ordoliberalen Schule, die Institute und Hochschulen, Thinktanks und die Talkshow-Sessel der Nation jahrelang beherrschte. Jene „Süßwasser-Ökonomen“, flucht Paul Krugman, einer ihrer eloquentesten Kritiker und selbst Wirtschafts-Nobelpreisträger, der 2009 in der New York Times die Frage der Fragen stellte: Warum sie alle so falsch lagen, so blind waren: „How Did Economists Get It So Wrong?“.

Ja, wie? Haben wir es hier mit einer Pseudo-Wissenschaft zu tun, die sich, meilenweit von aller Weltrealität entfernt, wie eine Sekte an ihre Gebete klammert? Deren Wortführer sich selbst eingemauert haben in ihren fensterlosen Elfenbeinturm? Die rechnet statt zu denken? Und dazu mit dem „Homo oeconomicus“ einem ebenso schlichten wie tristen Menschenbild

huldigt, das nicht einmal dem FDP-Wähler gerecht wird? Wie formulierte es einst Hans-Werner Sinn (*Bild*: „Deutschlands bester Wirtschaftsprofessor“): „Die Marktwirtschaft ist ein System, das keine guten Menschen braucht. Marktwirtschaft funktioniert mit dem Menschen so, wie er ist: ein egoistisches profitsüchtiges Individuum, das seinen Konsum maximieren will.“ Wie armselig.

Die Volkswirtschaft steht seit der Krise ziemlich nackt da. Doch warum sich noch echauffieren über Herrn Sinn und andere wackere Ritter der neoklassischen Doktrin, über all die properen Professoren, die sich als Stichwortgeber und „Botschafter“ der industriefinanzierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ verdingen? Es tut sich was in der Volkswirtschaftslehre. Vermehrt wird den lange verhöhnten Andersdenkenden das Wort erteilt. Heiner Flassbeck etwa, dem Chefökonom der UNCTAD, der gern die „Unfähigkeit“ seiner Zunft diagnostiziert, „die Welt angemessen zu deuten“. Oder Joseph E. Stiglitz, einst Chefberater von Bill Clinton, der den „rechten Flügel der Ökonomen“ so gern unter Feuer nimmt. Endlich sind die en vogue, die sich absetzen. Klassiker werden wiederentdeckt. Denker wie John Kenneth Galbraith etwa, der schon lange vor dem neoliberalen Kreuzzug über „privaten Wohlstand und öffentliche Armut“ geschrieben hat – anno 1958.

Selbst der Wirtschaftspresse platzt inzwischen mitunter der Kragen. Als 190 deutsche Professoren im Februar 2011 mit den üblichen Argumenten gegen eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms wetterten, stöhnte die *Financial Times Deutschland*: „Ökonomen blamieren sich mit Arbeit zum Euro-Rettungsfonds“.

Neulich im *Uni-Spiegel* beschrieben Miriam Olbrisch und Michaela Schießl den verrückten Kosmos der deutschen ökonomischen Lehre. Anhand der Geschichte des jungen Henrik, der die Welt verstehen wollte und sich deshalb in Heidelberg als Student der Volkswirtschaft einschrieb:

„Außerhalb der altehrwürdigen Mauern spielten die Märkte verrückt, getrieben von Gier und Panik der Anleger. Drinnen lernten derweil die Studenten, dass "die unsichtbare Hand" des Marktes laut Adam Smith, Papst der Ökonomen, immer zu einem Gleichgewicht führe. Effizient seien die Märkte zudem, erklärten ihnen die Professoren, perfekt ausbalanciert durch Konkurrenz, Angebot und Nachfrage. Die Studenten büffelten sich durch neoklassische mathematische Modelle, in denen ausschließlich rationale Akteure existieren - willkommen in der Welt des Homo oeconomicus.“

Manch einer mag das nicht mehr ertragen. Weshalb die „postautistische Ökonomie“ auch in Deutschland angekommen ist. Postautisten – das ist die selbstironisch angehauchte Bezeichnung einer Bewegung von Wirtschaftswissenschaftlern, die dem enormen Konformitätsdruck der Disziplin widerstehen will. Die der leeren Lehre Paroli bieten und sie wieder in der Gesellschaft verankern will. Die begreift, dass auch die Ökonomie eine Sozialwissenschaft ist und das menschliche Subjekt mehr als ein auf Eigennutz programmierter Roboter.

Die Bewegung ist vor gut zehn Jahren an der Sorbonne entstanden. Seit 2000 erscheint ihr Organ, die *real-world economics review*, gelesen von über 17000 Interessierten in über 150

Ländern. Seither wächst, befeuert durch die Krise, der Hunger nach Pluralität, nach neuem Denken und klügeren Erklärungen. 2011 entstand die neue „World Economics Association“, der in den ersten zehn Tagen ihres Bestehens 3600 Ökonomen aus 110 Ländern beitraten. Die Wirtschaftswissenschaft, so ihr erklärtes Ziel, soll „der Gesellschaft besser dienen“. Sie fordert mehr Kompetenz, Relevanz und die Öffnung gegenüber anderen Fachgebieten. Höchste Zeit: Die Makroökonomie der letzten 30 Jahre, bilanziert Paul Krugman, sei „bestenfalls spektakulär nutzlos, schlimmstenfalls absolut schädlich“ gewesen.

Die Postautisten stehen nicht allein: 2009 wurde mit Geld von Georgs Soros das Institute for New Economic Thinking (INET) gegründet. In Deutschland entstand im gleichen Jahr das „Netzwerk nachhaltige Ökonomie“. Man rührt sich gegen die Verblendung. Gegen jene marktreligiösen Prediger, die sich selbst niemals als Ideologen sehen – lieber als Sachwalter einer vermeintlich objektiven Realität. Was an sich bereits kein Zeichen von Geistesgröße ist. Schon John Maynard Keynes wusste: „Praktiker, die von sich glauben, sie unterlägen keinerlei intellektuellen Einflüssen, sind gewöhnlich die Sklaven eines längst verstorbenen Ökonomen.“ Und selbst Hayek hatte erkannt: „Wer nur ein Ökonom ist, kann kein guter Ökonom sein.“

Was muss nun weiter geschehen? Wolfgang Streeck, Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) hat dazu einen pointierten Beitrag geliefert, der zur Pflichtlektüre erhoben werden sollte: „Man weiß es nicht genau“. Wichtige Voraussetzung für ein neues Denken, sagt er, „ist, dass die nachwachsende Generation, insbesondere ihr Wirtschaftswissenschaften studierender Teil, von der an den Universitäten betriebenen monokulturellen Gehirnwäsche mit standardökonomischen Rational- und Marktmodellen geschützt wird.“

Der Text ist eine kluge Abrechnung mit den Verirrungen der Standardökonomie und ihrem Prognosewahn. Zumal es beste Gründe gibt, „zu vermuten, dass es mit der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften nicht nur gegenwärtig und zufällig, sondern auch grundsätzlich nicht weit her ist.“ Streeck erinnert an die grandiosen Fehlprognosen der größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2009. Viel wichtiger aber ist ihm der enge Horizont der von der Politik so lange hofierten Hausökonomien: „Das Weltbild, das dabei heute nach meiner Meinung in erster Linie zur kritischen Debatte stehen muss, und eigentlich schon lange vor der gegenwärtigen Finanzkrise viel rücksichtsloser zu dieser hätte gestellt werden müssen, ist das der Standardökonomie, mit ihrem vom rationalen Egoismus autistischer Kalkulationsautomaten getriebenen Maschinenmodell einer sozialen Welt, die von selbst zur besten aller Welten wird, wenn die Politik sie nur dem sogenannten freien Spiel der Marktkräfte überlässt.“

Streeck greift auf den alten Keynes zurück, der schon vor einem Dreivierteljahrhundert dargelegt hat, warum die Ökonomie nichts vorhersagen kann. Und folgert: „Solange die Wirtschaft – und das heißt bei Keynes immer auch: die Gesellschaft – als Natur behandelt und die Wissenschaft von der Wirtschaft als Suche nach Naturgesetzen betrieben wird, wird man über die Welt nichts wissen können. Systeme von aufeinander bezogenen Handlungen sind ihrem Wesen nach zu komplex – das heißt zu lebendig, zu reagibel, zu historisch – um nach allgemeinen, unwandelbaren, ihnen äußerlichen Gesetzen berechenbar zu sein.“

Was derart schlüssig ist, dass wir uns fragen sollten, warum wir noch immer den Prognosen von IFO etc. lauschen müssen.

Von Politpop zu Hardcore (Musikkritik)

von Rhett Skai

Tausende Menschen zwischen 20 und 60 stehen auf dem Festgelände. Der Sänger betritt die Bühne und sagt: „I wanna see your fists in the air!“ (Ich will Eure Fäuste nach oben gestreckt sehen!) Tausende Fäuste recken sich in den Himmel, nahezu alle folgen. Der Sänger heißt Tim McIlrath von der Band *Rise Against* aus Chicago. Der Ort ist Eschwege in Nordhessen. Der Anlass ist nicht der 1. Mai, sondern das Open Flair Festival im Juli 2011.

Das politische Lied, der politische Musiker – sie sind nicht tot oder die letzten Überlebenden einer aussterbenden Art. Politische Musik ist quicklebendig und findet in vielen Formen und mit tausenden Fans statt.

Von was reden wir eigentlich?

Es gibt weiterhin alle Formen des politischen Liedes: das Kampf- und Freiheitslied, die Hymne und das Protestlied. Eine klare Abgrenzung ist jedoch nicht immer möglich, weil alle Aspekte aus unterschiedlichen Formen des politischen Liedes oftmals zusammenkommen. Politische Lieder gibt es in allen politischen Lagern und nahezu allen Stilrichtungen – leider auch bei Neo-Nazis. Das sollte hinlänglich bekannt sein, spätestens jedoch nach dem Song der *Dead Kennedys* „Nazi-Punks fuck off“.

Schwerpunkt der Betrachtung ist hier jedoch das Arbeiterlied innerhalb des demokratischen Spektrums: Gegenstand des Arbeiterliedes sind die abhängig Beschäftigten - das-ArbeiterInsein[i], die Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus sind oftmals Anklagen gegen Verelendung und Unterdrückung sowie (politische) Auseinandersetzung, u.a. mit ArbeitgeberInnen, in ArbeiterInnenliedern beschrieben.[ii]

Doch müssen politische KünstlerInnen immer nur von Politik singen? Oder dürfen sie zwischendurch auch Liebeslieder trällern? Muss man das ArbeiterInnenlied immer mitsingen können? Beweist sich ihr politisches Engagement nur im Lied oder auch in der Teilnahme an politischen Kampagnen oder politischen Aussagen auf ihren Internetseiten?

150 Jahre Arbeiter- und Freiheitslieder

So lautete der Untertitel des lobenswerten Unterfangens von Bear Family Records, im Jahre 2010 vier CD-Boxen mit insgesamt zwölf CDs herauszugeben.[iii] Unter dem programmatischen Titel „Dass nichts bleibt, wie es war!“ wird die Geschichte des

ArbeiterInnenliedes in zeitlicher Abfolge bis in die Ausläufer der nach 68er Jahre des 20. Jahrhunderts dargestellt. Danach jedoch scheint sich die Tradition des politischen Liedes, des ArbeiterInnenliedes, zu verflüchtigen – jedenfalls in der Wahrnehmung der überwiegenden Mehrheit. Das gilt leider auch für diese sonst handwerklich fein gemachten CD-Boxen mit wunderbaren Booklets, die die Texte und Geschichte der Lieder enthalten.

Die 80er Jahre: Das Jahrzehnt der Kampagnen

In Deutschland begann das Jahrzehnt der Kampagnen mit der Fortsetzung des 1979 gestarteten Projekts „Rock gegen Rechts“. Der Anlass war damals das NPD-Treffen am 17. Juni in Frankfurt am Main. An der unerlaubten Demo, zu der auch der DGB aufgerufen hatte, nahmen mehrere zehntausend Menschen teil. Bei dem angeschlossenen Konzert traten die *Schmetterlinge* aus Österreich und *Udo Lindenberg* auf. Damit begann auch in Deutschland eine insgesamt europaweite Kampagne gegen Rechtsextremisten und Nazis, in Großbritannien als RAR (Rock Against Racism) bekannt. Immer engagierten sich gegen Rechts auch prominente Bands – zum Beispiel *The Clash* und *Generation-X* (Sänger: *Billy Idol*), *Silbermond*, *Seeed*, *Klee*, *Sportfreunde Stiller*, die *Söhne Mannheims*, *Peter Maffay* sowie die *Toten Hosen* – und immer wieder *Udo Lindenberg*. Neben diesen deutschlandweiten bekannten MusikerInnen existieren aber auch viele Projekte auf lokaler und regionaler Ebene, die in einer Reihe mit der ursprünglichen Rock gegen Rechts-Kampagne stehen. Das Konzert „Arsch huh, Zäng ussenander“ am 9. November 1992 mit 100.000 Zuhörern in Köln ist sicherlich das größte Beispiel. Dort traten regionale Größen mit teilweise weiterreichendem Bekanntheitsgrad auf - unter anderem *BAP*, *Bläck Fööss*, *Höhner* und *Jürgen Zeltinger*.

Andere Beispiele für die große Kampagnen in den 80er Jahren waren die legendären Konzerte zu Band Aid for Africa 1985 und das Nelson Mandela 70th Birthday Tribute Concert.

Bei dem von *Bob Geldof* und *Midge Ure* initiierten Projekt Band Aid for Africa gegen die Hungersnot in Äthiopien wirkten weltweit Musikstars mit wie *Phil Collins*, *Paul Young*, *Duran Duran*, *Bananarama*, *Bono* (U2), *Paul Weller*, *Kool & The Gang*, *George Michael*, *Sting*, *David Bowie*, *Boy George* und *Holly Johnson* (Frankie Goes to Hollywood) mit. Band Aid for Africa hatte Nachfolgeprojekte wie Band Aid II 1989 und Band Aid 20 im Jahr 2004. Letztere bestand unter anderem aus *Paul McCartney*, *Bono*, *Sugababes*, *Robbie Williams*, *Dido*, *Katie Melua*, *Joss Stone*, *Dizzee Rascal* sowie MusikerInnen der Bands *The Darkness*, *Morcheeba*, *Coldplay*, *Travis*, *Supergrass*, *Moloko*, *Radiohead* und *Snow Patrol*.

Beim ebenfalls weltweit beachteten Nelson Mandela 70th Birthday Tribute Concert im Jahr 1988 traten als MusikerInnen auf: *Phil Collins*, *Simple Minds*, *Meat Loaf*, *Peter Gabriel*, *Bee Gees*, *Salt'N'Pepa*, *Eurythmics*, *Dire Straits featuring Eric Clapton*, *Whitney Houston*, *Wet Wet Wet*, *Fish*, *UB40*, *Miriam Makeba*, *George Michael*, *Bryan Adams*, *Youssou N'Dour*, *Jessye Norman*, *Sting*, *Midge Ure*, *Stevie Wonder* und *Paul Young*. Ziel war die Freilassung Mandelas, der damals immer noch im Gefängnis des Apartheid-Staates saß.

Neben diesen politisch breit getragenen Kampagnen mit Kampf gegen Rassismus, Hunger und Rechtsextremismus organisierten *Billy Bragg*, *Paul Weller* und *Jimmy Sommerville* 1987 eine Kampagne von MusikerInnen gegen die Wiederwahl von Margaret Thatcher und für die Wahl der Labour Party[iv]. Inspiriert von der Lithographie des russischen Künstlers *Lissitzky* „Beat the Whites with the Red Wedge“ (siehe oben) nannten sie ihre Kampagne Red Wedge (dt. Roter Keil). Das Logo der Kampagne gestaltete Designpapst *Neville Brody*. Mit einer ganzen Gruppe von britischen MusikerInnen ging Red Wedge auf Tour durch das Vereinigte Königreich. An Red Wedge waren unter anderem beteiligt: *The Style Council*, *Madness*, *The Communards*, *Lloyd Cole*, *Captain Sensible*, *The Smiths*, *Bananarama*, *The The* sowie die *Blow Monkeys*. 1990 löste sich Red Wedge formal auf.[v]

Doch auch neben den großen Kampagnen existierten MusikerInnen, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit einsetzten. Die 80er waren auch das Jahrzehnt des kometenhaften Aufstiegs der australischen Band *Midnight Oil*, die gegen Kolonialismus, Ausbeutung und für den Schutz der Natur sangen und kämpften. Legendär war ihr Konzert „Midnight Oil Makes You Dance, Exxon Oil Makes Us Sick“ 1990 nach dem Untergang der Exxon Valdez.

Die 90er Jahre: Härter und zersplitterter

Insgesamt zeichnet sich dieses Jahrzehnt dadurch aus, dass sich die Musik in zahllose Genres, Subgenres und Subsubgenres differenzierte – und: Sie wurde härter!

Anfang der 90er wurde der Rap (Hip-Hop) in deutscher Sprache hitparadenfähig. Vorreiter waren *Advanced Chemistry*, die politische Texte machten. Insbesondere *Torch* rappt kapitalismuskritisch und zu Bürgerrechtsthemen. Weitere sozialkritische deutschsprachige Rapper sind *Curse*, *Die Firma* und *Azad* sowie *Freundeskreis*. Diese Art Rap nennt sich auch Conscious Rap. Ganz neue Formen entwickelten sich aus der Fusion des Rap mit anderen Musikstilen, vor allem mit Jazz und Rock.

Letzteres führte zu einer zunächst als Crossover klassifizierten Mischung aus Rap und Rock mit den Superstars des Genres, *Rage Against The Machine*. Gegründet 1991 äußerten diese immer ausgesprochen deutlich ihre Kritik an sozialen und politischen Missständen und spendeten teilweise ihre Gagen für soziale Organisationen. Bereits 1999 produzierten sie ihr Video zu dem auf dem Album *Battle Of Los Angeles* befindlichem „Sleep No In The Fire“ verbotener Weise in der Wall Street. Dabei handelt es sich um eine radikale Kritik des Finanzkapitalismus und den sozialen Auswirkungen.[vi]

In Frankreich mischte die Band *Mano Negra* Punkrock mit Rai, Ska und Chanson sowie Latinostilen; sie selbst nannten ihren Stil mestizo or patchanka. Bekannter wurde sie Anfang der 90er Jahre. Ihr Sänger *Manu Chao* konnte sich mit einer Solokarriere nach der Auflösung der Band durchsetzen. Die Themen, - sowohl von *Mano Negra* als auch von *Manu Chao*-, waren stets auch soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität. 1998 begründete der Musiker Attac mit.

Die elektronische Musik etablierte sich ebenfalls. Die US-Industrialband *Ministry* wurde seit 1992 mehrfach für einen Grammy nominiert – eine Band, die sich insbesondere mit den

Fehlentwicklungen in den USA äußerst kritisch auseinandersetzte. Beispielsweise werden die Bush-Regierungsjahre und sein Konzept der Neuen Weltordnung in dem Lied „N.W.O.“ (1992 auf dem Album Psalm 69) musikalisch völlig demontiert.

Die 90er Jahre waren außerdem die Zeit des Techno als Breitenphänomen, wobei die Frage der Politik doch eher eine untergeordnete Rolle spielte. Höchstens als Aushängeschild der Love-Parades, um Veranstaltungskosten der Allgemeinheit unter zu schieben.

Sehr deutlich können die Veränderungen in den 90er Jahren an der Band *Killing Joke* nachvollzogen werden. Machten sie in den 80er Jahren hitparadenfähige Musik mit ihrem Tophit „Love Like Blood“, wurde 1990 ein sehr hartes Album (Extremities, Dirt and Various Repressed Emotions) veröffentlicht, das mit „Money Is Not Our God“ eine geradezu antikapitalistische Hymne enthält. 1992 zogen sie mit dem allerdings nur in interessierten Kreisen hoch gelobten Album Pandamomium nach – in ähnlicher Härte.

Ab 2000: Das Publikum wird härter

Zu Beginn des neuen Jahrtausends verschwand die Dominanz elektronischer Musik wieder. Politisch bemerkenswert war nur *Christian Kreuz*, der 2003 den Longplayer Diktatur des Kapitals veröffentlichte: harte Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Dekadenz („Koks & Prada“), aber auch mit Überwindungsperspektive („Freunde der Sonne“). Kreuz produzierte eine Mischung aus Elektronica, Funk, Dub und Rock.

Mitte der 90er Jahre wandelte sich der sogenannte Crossover-Rock mittels Funk und Hardcore zum Nu Metal. Um es älteren Semestern anschaulich zu machen: Daneben wirkt die ehemals lauteste und härteste Band *Motörhead* eher beschaulich. Anfang des neuen Jahrtausends bekam der Nu Metal dennoch immer mehr Fans, was an den hohen Chartplatzierungen ablesbar ist: *Linkin' Parks* zweites Album *Meteora* im Jahr 2003 schaffte in den USA und im UK Platz 1 und Australien 2 sowie Platz 1 in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit *Minutes to Minutes*, dem dritten Studioalbum, äußerten sich *Linkin' Park* auch politischer und kritisierten die US-Regierung wegen der Kriege, des Krisenmanagements beim Hurricane Katrina sowie wegen des Präsidenten im Allgemeinen. Dieses Album erreichte in Deutschland, Österreich, Schweiz, USA und UK ebenfalls Platz 1 der Albumcharts.

Ähnlich erfolgreich sind Nu Metal Bands wie *Staind*, *Korn*, *Slipnot*, die politisch eher eine untergeordnete Rolle spielen. Ganz anders jedoch *Disturbed*, die inzwischen 13 Millionen Alben verkauft haben. Mit ihrem dritten Album *Ten Thousand Fists In The Air* veröffentlichten sie 2005 eine Coverversion des *Genesis*-Hits „Land of Confusion“. Das dazugehörige Video hat eine klare Botschaft: Das unterdrückende Finanzkapital muss von den Menschen gestürzt werden.[vii]

Deutlich werden auch die *Dropkick Murphys* aus Boston, die 2003 eine Neuaufnahme des alten englischsprachigen "Worker's Song" veröffentlicht haben. Der musikalische Stil der *Murphys* ist Folk-Punk, wie er dem einen oder der anderen von den *Pogues* bekannt sein müsste. Der Unterschied ist hier: Es ist 20 Jahre später und ein bißchen Hardcore kam dazu.

Die Band ist bekannt für ihre Unterstützung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften – mit guten Verbindungen zum größten US-Gewerkschaftsdachverband American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO). Natürlich sangen auch sie gegen die Bush-Regierung an. Das letzte Murphys-Album *Going Out In Style* von 2011 schaffte es in Deutschland auf den 19. Platz der Albumcharts.

Ihr Gitarrist *Tom Morello* wird noch deutlicher als *Rage Against The Machine*. Er unterstützt in seinem Soloprojekt, u.a. *The Nightwatchman*, die Gewerkschaften massiv. Ausdrückliche Beispiele sind die Lieder „Union Town“ und „Union Song“. Zusätzlich tritt er auf Gewerkschaftsveranstaltungen auf und unterstützt auch im Internet die Gewerkschaften. Die *Dropkick Murphys* veröffentlichten zu den Anti-Gewerkschaftsgesetzen in Wisconsin ein eigenes T-Shirt („Unite - Take 'Em Down“) mit starken Botschaften. Eine ähnliche Haltung wie *Dropkick Murphys* pflegen die *Street Dogs* - ebenfalls aus Boston.

Etwas folkiger als die Murphys ist der Stil von *Flogging Molly*. Sie besingen ebenfalls die Wirklichkeit der ArbeiterInnen und die Arbeitslosigkeit durch die Finanzmarktkrise („Revolution“ auf dem 2011er Longplayer *Speed Of Darkness*).

Anfang 2010er: Weiter für Gewerkschaften?

Auch deutschsprachige Musik entwickelte sich weiter. Zum Beispiel die Band *Lex Barker Experience*: Sie betreiben mit ihrem Album Warreggae Kapitalismuskritik („Money“) in einer Mischung aus Rock, Reggae und singen Englisch, Französisch und Spanisch.

Ebenfalls zur Finanzmarktkrise macht die *Zeltinger Band* auf der 2010 erschienenen CD "Die Rückkehr des Retters" zum Thema. Das Lied heißt „Betrug“, während sie sich in „Haute Vollée“ die Eliten vornehmen.

Neben neuen Liedern werden aber auch in Deutschland alte Lieder gecovert, das heißt in ein neues Gewand gesteckt. Als Beispiel soll hier die Version von „Warschawjanka“, dem polnischen Freiheitslied, von der Potsdamer Band *44 Leningrad* dienen.

Billy Bragg war immer ein explizit politischer Sänger – nicht nur als Mitinitiator von Red Wedge. Bis heute tritt er für Gewerkschaften auf und singt ArbeiterInnenlieder, wie „Which Side Are You On?“. Er nutzt sogar die neuen sozialen Medien, um für die ArbeiterInnen und die Gewerkschaften zu werben.

Bragg steht in der Tradition der LiedermacherInnen – auch Songwriter genannt. Dabei geht es oft um eine Neu-Interpretation traditioneller ArbeiterInnenlieder. Die neufundländische Gruppe *Great Big Sea* soll hier noch mit einer mitreißenden Version des „Chemical Workers Song“ Erwähnung finden, ebenso die US-Sängerin *Natalie Merchant* mit der anrührenden Interpretation von „Which Side Are You On?“ auf ihrer CD *The House Carpenter's Daughter* oder auf der Kompilation *Coal Country Musik*.

Nur eigene Lieder singt *Funny van Dannen*, der auch für die Toten Hosen textet. Auf seiner CD Grooverman besingt er sein mit dem gleichnamigen Song sein Verhältnis zum „Kapitalismus“ .

Musikalisch-politische Spurensuche

Die Frage, auf welcher Seite MusikerInnen stehen, ist gar nicht einfach zu beantworten, denn in vielen Medien werden sie nicht danach gefragt. Radio, Fernsehen, Musikmagazine – kaum jemand stellt MusikerInnen politische Fragen oder Fragen zur Politik.

Zu den wenigen Fernsehsendungen, die auch anders können, gehört *Tracks*. Das Kultur-Magazin auf Arte scheut sich nicht davor, über politische MusikerInnen zu berichten. Doch zum ständigen Fragenkatalog gehört auch hier die politische Haltung nicht.

Ganz anders zwei Musikzeitschriften, die Beispiel ablegen, wie politisch Interviews mit MusikerInnen sein können: *OX* und *Wahrschauer*. Beide haben sich aus Punk-Fanzines entwickelt. Zu den aktuellen Verdiensten von *OX* gehört es den Sänger der Band *The Gaslight Anthem* Brian Fallon als Kreatonisten entlarvt zu haben.[viii]

Wer sich in Wikipedia über MusikerInnen informieren will, sollte gewöhnlich die englischsprachige Ausgabe anwählen. Dort sind wesentlich mehr politische Inhalte der Musik dargestellt. Die deutschsprachigen Einträge wirken eher wie Promo-Happen der Plattenverlage, die natürlich politisch nicht anecken wollen.

Leider besitzen viele MusikerInnen weder eine politische Haltung noch Engagement, sie betreiben L'Art pour l'art – Kunst um der Kunstwillen und verlassen ihren Elfenbeinturm nicht.

Epilog

Eschwege im Juli: „Wir machen nicht Musik um der Musik willen, sondern um zu verändern!“, ruft Tim McIlrath ins Publikum.

Literatur/Quellen:

[i] Das Wort ArbeiterIn wird hier für alle abhängig Beschäftigten verwandt, weil es den internationalen Geflogenheiten entspricht. Außerhalb Deutschlands, auch in internationalen Übereinkünften z.B. der Internationalen Arbeitsorganisation, wird selbstverständlich von „workers“ gesprochen, wenn auch in Deutschland Umschreibungen wie abhängig Beschäftigte oder ArbeitnehmerInnen benutzt werden.

[ii] vgl. Lammel, Inge: Arbeiterlied – Arbeitergesang. Hundert Jahre Arbeitermusikultur in Deutschland, Teetz 2002, S. 35ff.

[iii] Auch bei der Büchergilde Gutenberg erhältlich.

[iv] Die britische Labour Party ist immer mehr mit den Gewerkschaften verbunden als die deutsche Sozialdemokratische Partei.

[v] vgl. Manzoor, Sarfraz: The year rock found the power to unite. in: The Observer vom 20. April 2008 auf: <http://www.guardian.co.uk/music/2008/apr/20/popandrock.race>

[vi] Kann auf www.myvideo.de angesehen werden.

[vii] Schaut unter: <http://www.youtube.com/watch?v=u6KXgjLqSTg>.

[viii] vgl. OX-Fanzine, Nr. 98, Oktober/November 2011, Solingen 2011, S. 5.

Moderne Industriepolitik ist zuallererst Innovationspolitik

von Prof. Dr. Henning Kagermann

Auch wenn Elektrofahrzeuge noch nicht zum Straßenbild gehören und ab und zu kritische Kommentare zu lesen sind, so gibt es doch Einigkeit in einem Punkt: Die Elektromobilität wird kommen. Denn Mobilität ist ein wesentliches Merkmal der modernen Gesellschaft. Sie erhöht die Lebensqualität und ist Grundlage unserer globalen Wirtschaft. Das Bedürfnis nach Mobilität steigt weltweit und damit die Notwendigkeit ihrer Elektrifizierung: Umweltschonend und effizient mit einer drastischen Reduktion der Abgas- und Lärmemission insbesondere in den Ballungsgebieten.

Die Bundesregierung hat deshalb als Ziel vorgegeben: Deutschland soll bis 2020 Leitmarkt werden mit einer Million Elektrofahrzeugen. Aus Sicht des Kunden geht es vor allem um zwei Themen: Wirtschaftlichkeit und die Verfügbarkeit der Ladeinfrastruktur. Aus Energie- und umweltpolitischer Sicht sollte der Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Die Batterien der Elektrofahrzeuge sollten als mobile Stromspeicher wichtige Bausteine der neuen Energiesysteme werden. Die Wirtschaft schließlich muss frühzeitig Allianzen schmieden, um im weltweiten Innovationswettbewerb vorn dabei zu bleiben.

Einen so tiefgreifenden Wandel können weder die Regierung noch einzelne Unternehmen allein ausgestalten. Branchen, die bisher wenig miteinander zu tun hatten, müssen eng kooperieren. Wissenschaftler müssen interdisziplinär zusammenarbeiten, Arbeitnehmer rechtzeitig qualifiziert werden und die Gesellschaft muss mitziehen, sprich elektrische Fahrzeuge und neue Mobilitätsmodelle auch annehmen.

Die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE)

All das wird nicht von unsichtbarer Hand gelingen. Die Bundesregierung hat deshalb eine Nationale Plattform Elektromobilität (NPE) gegründet, die den Aufbruch orchestrieren soll. In der NPE arbeiten Industrie, Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zusammen. Eine solche Orchestrierung brauchen wir bei den großen Technologietrends. Moderne Industriepolitik ist daher zu einem großen Teil Innovationspolitik.

Doch kann eine derart breite Zusammenarbeit wie in der NPE Ergebnisse bringen? Die Frage war zu Beginn nicht unberechtigt. Die bisherige Arbeit hat gezeigt: Sie kann! Die NPE hat binnen sechs Monaten ihren ersten Bericht vorgelegt und im Mai 2011 nach kaum einem Jahr ihr zweites Gutachten. Die 150 Teilnehmer waren sich einig: Wir wollen nicht nur einen deutschen Leitmarkt etablieren, sondern auch Leitanbieter der Elektromobilität werden. Wir wollen Wertschöpfung und Jobs nicht nur halten, sondern zusätzlich schaffen.

Dazu sind unternehmerische Entscheidungen von enormer Tragweite zu fällen. Allein in der Phase der Marktvorbereitung wird die Wirtschaft rund 17 Milliarden Euro in alternative Antriebskonzepte investieren, überwiegend in Elektromobilität. Zudem hat die NPE ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm von etwa vier Milliarden Euro erarbeitet, das gemeinsam von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand finanziert wird. Die Politik hat wichtige Empfehlungen der NPE bereits aufgegriffen und Mittel bereitgestellt für Forschung und Entwicklung bis zur Großserientauglichkeit sowie Ausbildung und Qualifizierung. Ja, Industriepolitik kostet Geld. Als Innovationspolitik wird sie sich auszahlen.

Eine Journalistin fragte mich kürzlich, ob denn die Erfolge deutscher Autohersteller nicht die Fortschritte bei den E-Autos behindern. Warum stimmen uns eigentlich Erfolge zuallererst skeptisch? Dank der überraschend guten Ergebnisse verfügen wir über die notwendigen Mittel, um verstärkt in die Technologien von morgen zu investieren. Wir haben nicht nur Marken von Weltruf. Jüngsten Umfragen unter Branchenexperten zu Folge traut man den deutschen Herstellern zuvorderst eine Leitanbieterschaft zu.

Innovationspolitik ist kooperativ, zukunfts offen, systemisch und marktorientiert

Experten sehen die NPE als eine weltweit einzigartige und erfolgreiche Bündelung aller Kräfte: Als Dialogplattform ganz neuen Zuschnitts, als umfassendes Kompetenznetzwerk und als Brutstätte neuer Konsortien und Innovationsallianzen. Das wird auch international so gesehen. Kein Player kann Elektromobilität im Alleingang einführen, das haben alle erkannt.

Innovationspolitik muss systemisch sein und zukunfts offen bleiben. Zukunfts offen bleiben heißt, alle aussichtsreichen Technologiepfade zu verfolgen. Beim Auto sind das die Optimierung des Verbrennungsmotors, alternative Kraftstoffe, Wasserstoff und Brennstoffzelle sowie die Batterie. Ob und welche Technologie sich langfristig durchsetzen wird, kann bei einem Entwicklungshorizont von zehn oder mehr Jahren niemand verlässlich vorhersagen. Ein unerwarteter Durchbruch kann ebenso alles verändern wie ein nicht einkalkuliertes Käuferverhalten. Deshalb werden die Akteure der NPE die Fortschritte beobachten, einen jährlichen Fortschrittsbericht erstellen und bei neuen Erkenntnissen oder Marktentwicklungen korrigierend eingreifen.

Systemisch denken heißt, die gesamte Marktentwicklung bis zum Eintritt in den Massenmarkt im Blick zu halten, also die gesamte Wertschöpfungskette und alle Schlüsseltechnologien. Es bedeutet, Elektromobilität nicht allein als Elektrifizierung des Antriebes, sondern als System zu begreifen, als integrativen Bestandteil eines intelligenten Energie- und Verkehrssystems. Wir müssen das Verbraucherverhalten untersuchen,

Nutzungsprofile erstellen und neue tragfähige Geschäftsmodelle entwickeln. Die klassischen deutschen Stärken, Vernetzungsfähigkeit und Systemintegration, müssen wir dabei nutzen.

Die Verknüpfung eines umwelt- und energiepolitischen Zieles (Leitmarkt) mit einem industriepolitischen (Leitanbieter) macht Elektromobilität zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Das bedeutet Investitionen in Bildung und Qualifizierung, in Forschung und Entwicklung sowie Normung und Zertifizierung. Es erfordert aber auch Anreize beim Aufbau des Leitmarktes, auch wenn wir dies in der NPE immer als flankierende Maßnahme auf Zeit gesehen haben. Unsere Zielvorgabe war von Anfang an, noch vor 2020 zu einem sich selbst tragenden Markt zu kommen. Modellrechnungen bestätigen, dass dies bei rechtzeitigen Weichenstellungen möglich ist und wir positive Arbeitsplatzeffekte – nach unseren Berechnungen etwa 20.000 Jobs im Saldo – und jährliche Haushaltsüberschüsse erreichen können. Die Investition in Elektromobilität lohnt bei einem marktorientierten Vorgehen auch gesamtwirtschaftlich.

Die NPE – ein Modell für moderne Innovationspolitik?

Der Sachverständigenrat hat kürzlich die Prinzipien einer Erfolg versprechenden Innovationspolitik für Deutschland formuliert: „Sie sollte (i) einem umfassenden, konsistenten und transparenten Konzept folgen, das sie offensiv vermittelt, (ii) ihre Priorität durch die Betonung von Wettbewerb, Eigenverantwortlichkeit und -initiative auf wirtschaftliches Wachstum richten und (iii) durch Transparenz, regelmäßige Leistungskontrolle und die temporäre Ausgestaltung ihrer Förderaktivitäten ein positives Reizklima für innovative Leistungen schaffen.“ Gemessen daran kann der NPE-Ansatz beispielgebend sein – und sollte auch in anderen Technologiebereichen aufgegriffen werden.

Nach meiner Erfahrung brauchen wir eine übergeordnete innovationspolitische Kooperation in zwei Fällen: Wenn disruptive technologische Entwicklungen Paradigmenwechsel auslösen, also Märkte revolutionieren, etablierte Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle in Frage stellen und neue entstehen lassen, oder wenn globale Trends einen tiefgreifenden Wandel auslösen.

Disruptive Innovationen führen zum sogenannten „Dilemma des Innovators“, in das etablierte Standorte ebenso geraten können wie etablierte Firmen. Plakatig gesprochen kann der Erfolg der Vergangenheit ein Risiko für die Zukunft bedeuten, wenn man zu lange bestehende Produkte und Strukturen optimiert und sich zu spät auf Innovationen und Strukturanpassungen vorbereitet. Enorme Investitionen in der Vergangenheit können einen Rückstand gegenüber Wettbewerbern nach sich ziehen, die in neueste Infrastruktur investieren.

Paradigmenwechsel erleichtern den Markteintritt neuer Wettbewerber und verändern nachhaltig die Wettbewerbslandschaft – man erinnere sich nur an die digitale Fotografie, den Onlinehandel oder den erst kürzlich begonnenen Siegeszug der Smartphones. Bei der Elektromobilität kommen drei Paradigmenwechsel zusammen, nämlich in der Automobilindustrie, der Energiewirtschaft sowie den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT): Der elektrische Antrieb ermöglicht neue Fahrzeug- und

Mobilitätskonzepte und damit auch neue Geschäftsmodelle. Die Energiewende erzwingt den Übergang von einer am Verbrauch orientierten Energieproduktion hin zu einem produktionsorientierten Verbrauch, an den wir uns in naher Zukunft gewöhnen müssen. Und damit die Stromnetze der Zukunft intelligent werden, brauchen wir den nächsten Entwicklungsschritt zu einem Internet der Dinge, Daten und Dienste.

Kein Wunder also, dass wir bei der Elektromobilität eine enorme Wettbewerbsdynamik mit erheblicher staatlicher Subventionierung insbesondere in China, aber auch in den USA, Japan und Frankreich erleben. Sollte dies zu anhaltenden Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten Deutschlands führen, liegt ein Marktversagen vor und damit ein Grund für aktive Industriepolitik. Aber auch in diesem Fall ist es zweckmäßiger, Innovation zu subventionieren und nicht den Absatz von Elektrofahrzeugen.

Trends mit Innovationspolitik auffangen und gestalten

Globale Trends wie die Verknappung der Ressourcen, der Klima- und Umweltschutz, die Urbanisierung und der demografische Wandel sind ebenfalls Auslöser für eine Neuorientierung unserer Innovationspolitik. Wie werden Städte der Zukunft in den westlichen Industrienationen aussehen, in denen zunehmend ältere Menschen wohnen? Wie können wir die Zukunftsfähigkeit der herstellenden Industrie, das Rückgrat unseres volkswirtschaftlichen Erfolgsmodells, sicherstellen in einem Hochlohnland mit alternder Bevölkerung? Solche Herausforderungen können wir nur durch eine aktive Innovationspolitik bewältigen.

Disruptive neue Technologien und Globale Trends erfordern – hier schließt sich die Analogie zur Elektromobilität – die Kooperation von Unternehmen, Wirtschaftszweigen und politischen und gesellschaftlichen Playern. Wenn wir uns gut vorbereiten und frühzeitig die richtigen Impulse setzen, erreichen wir mehr Nachhaltigkeit und schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Die NPE zeigt, dass wir dazu in der Lage sind.

Von der Dienstleistungsökonomie zur Dienstleistungspolitik

von Bernd Bienzeisler

Wichtige Dienstleistungsbranchen sehen einer ungewissen Zukunft entgegen: Die Finanzindustrie, die in der Vergangenheit maßgeblich zum Wachstum und zur Produktivitätssteigerung von Dienstleistungen beigetragen hat, wird derzeit künstlich beatmet. Selbst wenn die Branche wieder auf die Beine kommt, besteht im Banken- und Versicherungssektor erheblicher Konsolidierungsbedarf, was den Druck auf Kostenreduktionen weiter steigern wird. Die Bereiche Verkehr und Logistik profitieren gegenwärtig von der Stärke der Exportindustrie, aber die Beschäftigten leben im

Bewusstsein, dass der nächste wirtschaftliche Einbruch vor der Tür stehen könnte. Und im Handel werden zwar Umsatzsteigerungen vermeldet, jedoch treibt der Online-Handel den Einzelhandel immer stärker vor sich her. Zudem unterliegen aufgrund der Einführung neuer Technologien, etwa automatische Kassensysteme, viele Tätigkeiten einer starken Rationalisierung.

Die Probleme der Dienstleistungsökonomie sind damit aber nicht zu Ende. Denn auch dort, wo es rund läuft, herrscht hinter den Kulissen vielfach Notstand: Der stark wachsende Pflegebereich leidet schon jetzt unter einem massiven Fachkräftemangel, der vor allem daher rührt, dass die Beschäftigten nur wenige Jahre in der Pflege verbleiben, bevor sie ausgebrannt und unterbezahlt sich neuen Aufgaben zuwenden. In der IT-Branche erwarten gemäß einer Studie vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation nahezu 60 Prozent der Unternehmen, dass sie aufgrund des wachsenden Mangels an Fachkräften schon bald weniger Kundenaufträge annehmen können. Und selbst das Reinigungs- und Hotelgewerbe beklagt einen Bedarf an qualifizierten Kräften, mit denen sich die Unternehmen im Spannungsfeld von Zeit, Kosten und Qualität behaupten können.

Im Gegenzug berichten die Medien täglich über Erfolge der deutschen Industrie. Egal ob Maschinenbau, Autoindustrie, Chemische Industrie oder Elektrotechnik – stets spielen deutsche Unternehmen an den Weltmärkten in der vordersten Liga mit. Und nicht zuletzt aufgrund jahrelanger Lohnzurückhaltung tun sie dies mit Kostenstrukturen, die weltweit wettbewerbsfähig sind. Kurz: Das deutsche Produktionsmodell gilt auf einmal wieder als Blaupause für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung. Die Krise macht's möglich. Andere Nationen, die den Weg der Deindustrialisierung und Dienstleistungsorientierung früher und konsequenter gegangen sind, stehen heute bei den volkswirtschaftlichen Fundamentaldaten deutlich schlechter dar. Sehen wir also das Ende der „Dienstleistungsgesellschaft“, bevor diese Realität werden konnte?

Triebkräfte von Veränderungsprozessen

Nicht ganz so schnell. Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was unter der Ausgestaltung einer Dienstleistungsgesellschaft im Allgemeinen und einer Dienstleistungsökonomie im Besonderen zu verstehen ist. Wenn damit gemeint sein soll, dass künftig die Mehrzahl der Beschäftigten personenbezogene Dienstleistungstätigkeiten ausübt und wir uns gegenseitig mit Kultur- Freizeit- und Gesundheitsleistungen versorgen, wäre das Ende der Dienstleistungsökonomie kaum zu beklagen. Es spricht nämlich nichts dafür, dass ein Land wie Deutschland mit beschränkten Bodenschätzen, mäßigem Wetter und einem schmalen Finanzdienstleistungssektor sich ausschließlich auf die Produktion von konsumorientierten Dienstleistungen verlassen kann, um seinen Wohlstand zu wahren.

Wenn aber mit Dienstleistungsgesellschaft und Dienstleistungsökonomie gemeint ist, dass die typischen Merkmale von Dienstleistungen – also die Integration von Kunden in den Prozess der Leistungserstellung und die Immaterialität von Leistungen – immer mehr Tätigkeiten ihren Stempel aufdrücken und zugleich den Charakter von Arbeit und Wertschöpfung verändern, dann lautet die Antwort: Wir stehen erst am Anfang einer neuen

Dienstleistungsgesellschaft und die Konturen einer neuen Dienstleistungsökonomie zeichnen sich erst schemenhaft ab.

Was aber sind die inneren Triebkräfte einer neuen Dienstleistungsökonomie? Was sind ihre wesentlichen Merkmale und wie kann und muss die Politik auf die damit einhergehenden Herausforderungen reagieren? Die Antworten auf diese Fragen sind vielschichtig und komplex – genau wie der Gegenstand „Dienstleistungen“ selbst. Hier hilft es sich zu vergegenwärtigen, was Dienstleistungen eigentlich sind. In ihrer basalen Form sind Dienstleistungen öffentlich oder privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen, die darauf abzielen, an Menschen (z.B. Kunden) oder Objekten (z.B. Autos) Nutzen stiftende Wirkungen zu erzielen.

In diesem Sinne vernetzen Dienstleistungen über das Medium der „Kommunikation“ Menschen mit Menschen oder Menschen mit Objekten, wobei der Einsatz von Geld die Wahrscheinlichkeit einer gelungenen Dienstleistungserbringung entscheidend erhöht. Wer ins Restaurant geht und verlangt kostenlos bedient zu werden, wird höchstwahrscheinlich enttäuscht werden. Diese Erkenntnis ist freilich nicht neu, sondern gilt seit Jahrhunderten. Neu ist jedoch, dass uns inzwischen Technologien zur Verfügung stehen, die den kommunikativen Vernetzungsprozess, den Dienstleistungen voraussetzen, massiv steigern. Gemeint ist die Informations- und Kommunikationstechnologie, die das Einsatzpotenzial für Dienstleistungen um ein Vielfaches erhöht. Hervorzuheben sind hierbei vor allem drei Punkte:

1. Erstens führt die vernetzte digitale Kommunikation zu einer Entkopplung von Produkten und Dienstleistungen, denn die digitale Kommunikation ist nicht mehr starr an Produkte wie Bücher, Briefe oder Festplatten gebunden. Damit kann erstmals die Kommunikation selbst als Dienstleistung organisiert werden. Wer über ein Smartphone kommuniziert, braucht zwar ein physisches Gerät, entscheidend sind aber die Dienste und Services die über das Gerät in Anspruch genommen werden. Weil heute nicht nur Telefone, sondern auch Autos, Werkzeugmaschinen und Stromzähler digital kommunizieren, werden Produkte zu Plattformen für kommunikationsorientierte Dienste und Dienstleistungen, die um diese Produkte herum angesiedelt sind. Die klassische Unterscheidung von Produktion und Dienstleistung verliert damit an Trennschärfe.

2. Zweitens steigert Informationstechnologie massiv die Chance auf interaktive Vernetzung zwischen Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsabnehmer. So können Bankgeschäfte heute rund um die Uhr getätigt werden, jedoch hinterlässt jede Interaktion digitale Spuren, die von der Bank (oder anderen Dienstleistern) wieder genutzt werden können, um neue Dienstleistungen anzubieten. Auch im Gesundheitsbereich sind vermehrt „intelligente“ Medizinprodukte zu beobachten, die permanent Daten und Informationen senden, die von Ärzten, Herstellern oder Pharmakonzernen für neue Dienstleistungen verwendet werden. Damit sind freilich nicht nur Chancen, sondern auch Risiken verbunden und die Frage des Umgangs mit solchen Datenspuren verweist bereits auf wichtigen Aufgaben einer Dienstleistungspolitik.

3. Drittens führt die Informationstechnologie zur Vernetzung von isolierten Dienstleistungsangeboten zu ganzen „Dienstleistungssystemen“, weil durch den elektronischen Zahlungsverkehr erstmals die Möglichkeit besteht, einzelne Dienstleistungen so miteinander zu verknüpfen, dass eine nutzenorientierte Abrechnung erfolgen kann. Eine solche verbrauchsorientierte Verrechnung von Dienstleistungen, die heute z.B. im Mobilfunkbereich selbstverständlich ist, wird schon sehr bald auf andere Dienstleistungssysteme, etwa in den Bereichen Verkehr, Handel oder Gesundheit übertragen. Auch hier zeichnen sich Aufgaben für eine Dienstleistungspolitik ab, denn im Zuge der Vernetzung einzelner Dienstleistungsangebote besteht die Gefahr, dass die Preis- und Leistungstransparenz für Kunden verloren geht.

Eine Dienstleistungsgesellschaft neuen Zuschnitts

Insgesamt können die Veränderungen, die mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einhergehen, kaum überschätzt werden. Sie führen zu einer Dienstleistungsgesellschaft neuen Zuschnitts, in der Kunden, Unternehmen und Anbieter öffentlicher Dienste in neuer Art und Weise miteinander interagieren und dabei gemeinsam Wertschöpfung betreiben. Ein solcher Transformationsprozess ist in seinen Auswirkungen allenfalls vergleichbar mit dem Prozess der Industrialisierung, wobei vieles darauf hindeutet, dass sich die Entwicklung zu einer neuen Dienstleistungsökonomie um ein Vielfaches schneller vollzieht. Gefragt ist daher eine Dienstleistungspolitik, die sich nicht darauf beschränkt, die klassischen Dienstleistungsbereiche zu regulieren, sondern die die Entwicklungen und Transformationsprozesse aktiv in wünschenswerte Bahnen lenkt.

Eine solche Dienstleistungspolitik steht vor großen Herausforderungen: Sie muss zum einen eine Vorstellung entwickeln, wie Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer Gesellschaft organisiert werden kann, die sich in ihrer Handlungs- und Wertschöpfungslogik zunehmend von den Grundlagen ihres industriellen Ursprungs entfernt. Sie muss sich zum anderen darüber im Klaren sein, dass der Einsatz neuer Technologien viele Branchen so stark transformiert, dass diese Transformationsprozesse sozial- und bildungspolitisch abgefedert werden müssen. Und sie muss vor dem Hintergrund der Verwendung privater Daten und Informationen neue Vorstellungen für das Arrangement einer öffentlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungserbringung entwickeln. Es ist völlig klar, dass sich eine solche Dienstleistungspolitik nicht auf einen einzelnen ökonomischen Sektor reduzieren lässt. So wie Industriepolitik schon immer Gesellschaftspolitik war, so wird Dienstleistungspolitik künftig Gesellschaftspolitik sein.

Eine nachhaltige Rating-Agentur für die Gesellschaft und das Gemeinwohl

von Dr. Christian Neugebauer

Der Finanzmarkt ist außer Rand und Band. Wenige werden reich, viele werden ärmer. Das ist nicht fair, deshalb benötigen wir Steuern für Vermögende und für Finanztransaktionen. Beides wird kommen. Doch wird der Finanzmarkt damit fair und nachhaltig?

Nein, denn die Maßstäbe der Gier und des grenzenlosen Wachstums bleiben weitgehend unberührt. Diese Maßstäbe werden definiert durch die großen drei Ratingagenturen, die im Dienste ihrer Auftraggeber stehen. Sie sind **NICHT** nachhaltig, gemeinnützig, fair, transparent und ohne Wettbewerb.

Sie haben falsche Maßstäbe, die die Armut steigern, die Natur zerstören, die Realwirtschaft wie Staaten ruinieren und sprachlos machen. Alle vier Dimensionen der Nachhaltigkeit werden durch das Ratingkartell und die ihm zugrundeliegende Wachstumsideologie missachtet und zerstört. Man könnte den Neoliberalismus pointiert auf die Formel bringen: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Unterlegt mit der Annahme, ein grenzenloses Wachstum sei möglich.

Diese neoliberale Wachstumsideologie ist mittlerweile auch für die Wirtschaft kontraproduktiv und schädlich; vor allem für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen. Steuereinnahmen dürfen nicht mehr zur Bankenrettung auf Kosten der Allgemeinheit eingesetzt werden. Sie müssen nachhaltig investiert werden.

Eine Unruhe geht im Lande um. Bürger/innen fragen sich, wo heute Wandel und Hoffnung in Europa liegen? Eine repräsentative Umfrage aus Deutschland (Bertelsmann Stiftung, August 2010) besagt, dass 90% der Bevölkerung nicht mehr an die Marktwirtschaft glauben und sich vielmehr eine nachhaltige Wirtschaft wünschen, in der Umwelt und Mensch im Mittelpunkt stehen. Dafür braucht es neue Maßstäbe und neue Rahmenbedingungen. Das Projekt einer Europäischen Nachhaltigen Ratingagentur (ENRA), welches die Deutsche Umweltstiftung im Oktober 2011 gestartet hat, soll hierzu einen Beitrag leisten.

Die Alternative – ENRA

Die Alternative ist die Gründung einer gemeinnützigen auf Kriterien der Nachhaltigkeit fußenden Ratingagentur. Eine Forderung, die die Deutsche Umweltstiftung (mit eh. Stifter/innen wie Heinrich Böll und Petra Kelly) Ende Oktober unter dem Namen „ENRA“ gestartet hat und die aktuell von rund 500 Persönlichkeiten unterstützt wird. Zu ihnen zählen: Herbert Tumpel (Präsident der Bundesarbeitskammer), Heiner Geißler, Erhard Eppler, Ernst Ulrich von Weizsäcker und zahlreiche Abgeordnete der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Partei DIE LINKE wie Edelgard Buhmann, Roland Claus, Barbara Hendricks, Tobias Lindner, Matthias Miersch, Hermann Ott, Stefan Rebmann,

Sylvia Kotting-Uhl. Zu den Unterstützern zählen auch führende Wissenschaftler und zahlreiche Unternehmen wie die EthikBank, Triodos Bank, ForestFinance Gruppe, NFN AG, Zotter Schokolade oder GLS Bank.

ENRA wird von führenden Kreisen der nachhaltigen Finanzwirtschaft unterstützt, damit sprechen sich höchst erfolgreiche Unternehmen für eine gemeinnützige Ratingagentur aus, die soziale, ökonomische, ökologische und kommunikative Gerechtigkeit in den Fokus stellt. Das ist eine neue Qualität von Bündnis zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

ENRA wird die Gesetze des Finanzmarktes nicht aufheben oder gar abschaffen, sondern in eine alternative Richtung umgestalten, wie es auch die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer anstrebt. Durch ENRA wird Raubtierkapitalismus gebrandmarkt, werden nicht-nachhaltige Fonds, Anlageprodukte oder Unternehmen negativ bewertet. Ein Beispiel: Renten zu kürzen und die Kaufkraft implodieren zu lassen, ist nicht nachhaltig. Fonds und Maßnahmen, die darauf setzen, werden entsprechend schlechter geratet, da sie nicht zukunftsfähig sind.

Die Grundidee

Die Grundidee der gemeinnützigen Ratingagentur kann man zugespitzt so formulieren: Geht es dem Bürger gut, geht es der Wirtschaft gut. Umgekehrt gilt dieser Satz nicht zwingend. Deshalb sollte ein Rating erstens unabhängig und zweitens von der Idee des Gemeinwohls getragen sein. Beides verspricht auch und gerade für den Anleger, perspektivisch einen Gewinn im Einklang mit Natur und Mensch. Beides geht nicht ohne soziale, ökonomische, ökologische und kommunikative Gerechtigkeit, also nicht ohne Nachhaltigkeit. Die Unabhängigkeit bedeutet, dass kein Geschäftsinteresse zu Grunde liegt. ENRA ist angedacht als gemeinnützige Stiftung. Sie ratet ohne Auftrag, aus sich heraus und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung unter Abbildung der jeweils verwendeten Methoden. Sie ist eine Art „Open source“, das durch engagierte Bürger/innen begleitet von Expert/innen laufend verbessert werden soll.

Damit will ENRA eine europäische, transparente, gemeinnützige und nachhaltige Alternative zu den drei großen Ratingagenturen darstellen.

Durch ENRA sollen in Zukunft Geldanlagen und ihr Einsatz bewertet werden, ob sie

- nachhaltig sind
- die Schöpfung und die Natur bewahren
- den Wohlstand für Alle mehren
- die Menschenrechte befördern
- und eine nachhaltige Realwirtschaft ermöglichen.

Nachhaltigkeit heißt daher nicht ausschließlich nur die Welt zu bewahren wie sie ist, sondern eine bessere Welt (Chancengerechtigkeit) für zukünftige Generationen (Langfristigkeit) zu schaffen und zu hinterlassen.

Was ist Nachhaltigkeit?

Oft ist Nachhaltigkeit angesprochen worden. Jeder versteht etwas anderes darunter. Der Begriff ist heiß umstritten und das ist auch gut so. Nachhaltigkeit ist im Wesentlichen eine gesellschaftspolitische, dynamische Kategorie und keine technokratische, statische Definition. Hier muss auch die Wissenschaft lernen. Darum soll der Begriff „Nachhaltigkeit“ in diesem Kontext ein wenig ausgeführt werden:

Bisher wird Nachhaltigkeit statisch aufgefasst. Ausgehend vom klassischen, statischen „Drei-Säulenmodell der Nachhaltigkeit“ (ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Säulen). Zu ihnen sollte der Bereich Kommunikation als die dynamische, Ganzheitlichkeit schaffende vierte Dimension gesetzt werden. So entsteht ein dynamisches Modell der Nachhaltigkeit, welches auch eine dezidiert politische Dimension aufweist: die Realisierung und Orientierung an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieser Ansatz gewährleistet den 360 Grad Blick, da die Menschenrechte als Grundrechte alle für den Menschen relevanten Dimensionen abbilden und damit Basis für die Herstellung von Glück sind.

Bei Nachhaltigkeit geht es darum eine grundsätzlich neue Sichtweise des innovativen Wandels einzunehmen, der weniger auf das Bewahren von nicht-nachhaltigen Strukturen abzielt, sondern auf deren Transformation. Nachhaltigkeit ist daher im Kern als kooperative Modernisierungs- und Innovationsstrategie zur Herstellung von Zukunftsfähigkeit der vier Dimensionen zu verstehen. Nachhaltigkeit heißt daher nicht ausschließlich nur die Welt zu bewahren wie sie ist (statisches Konzept!), sondern eine bessere Welt (Chancengerechtigkeit) für zukünftige Generationen (Langfristigkeit) zu schaffen.

Grundlage und Basis einer jeden Nachhaltigkeitsstrategie ist der Einzelne, der Mensch. Von daher ist eine nachhaltige Strategie nur realisierbar, wenn der Mensch sich glücklich fühlt. Der glückliche Mensch ist Voraussetzung für die Wende zur Nachhaltigkeit. All dies setzt Kommunikation als dynamisches Element voraus, denn „Information ist Alles“. Dies meint aber nicht die Trivialisierung der Information, denn zugespitzt formuliert ist Nachhaltigkeit eine komplexe Strategie in einer komplexen Welt und beansprucht daher komplexe Lösungen, die komplexes Denken verlangen.

Die Perspektive

Gelingt es uns eine europäische, nachhaltige Ratingagentur Wirklichkeit werden zu lassen? Es bleibt abzuwarten, jedoch beginnen alle gesellschaftlichen Innovationen mit ersten, kleinen Schritten.

Die Deutsche Umweltstiftung will im Frühjahr 2012 eine Machbarkeitsstudie hierzu starten, denn viele Fragen – auf die wir uns freuen, brauchen noch ausgefeilte Antworten. Wir haben eine Vision vorgelegt, die gleichermaßen von der Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und gewerkschaftlichen wie kirchlichen Kreisen mitgetragen wird, jetzt muss zügig der Bauplan erstellt werden, mit dem man dann das Schiff baut. Das Konzept und die laufenden Diskussionen sind einsehbar unter: www.enra.deutscheumweltstiftung.de

Die Revolutionserinnerung im kubanischen Alltag (Buchrezension)

von Nikos Wallburger

Ist ein weiteres Buch zur kubanischen Revolution sinnvoll, einem Thema zu dem bereits eine Vielzahl an Literatur existiert? Wenn John Nicolas Williams der umfassenden Sekundärliteratur nur eine weitere Interpretation „von Außen“ hinzuzufügen hätte, wäre eine solche Frage wahrscheinlich berechtigt. Stattdessen hat er mit „Das Gedächtnis Kubas. Die Revolution im Interview“ eine Analyse der individuellen und kollektiven kubanischen Erinnerungskultur vorgelegt. Es handelt sich um ein auf 32 Interviews aufbauendes Oral History Projekt, das sich der Frage widmet, wie die Kubaner selbst die kubanische Revolution sehen. In Anknüpfung an die Erkenntnisse zu Erinnerung und Gedächtnis von Assmann und Halbwachs widmet Williams sich der Frage, „wie diese [die kubanische Revolution] sich aus Sicht des Gedächtnisses ihrer Teilnehmer darstellt“ und wie dieses Gedächtnis dazu beiträgt die kubanische Gesellschaft zusammenzuhalten.[1] Entsprechend legt das Projekt den Fokus auf die Sicht der Kubaner und Kubanerinnen selber.

Dieses Vorgehen hat im Wesentlichen zwei Vorteile gegenüber einem monographischen Geschichtswerk. Einerseits zielt es auf die Behandlung einer Dimension der Geschichte der kubanischen Revolution, die sich durch andere Quellen nur schlecht oder gar nicht erfassen lässt. Andererseits erlaubt die Oral History die Erinnerungen jener Menschen aufzunehmen, die in der offiziellen Geschichtsschreibung und den gängigen wissenschaftlichen Verfahrensweisen keine Berücksichtigung finden.

Oral History - zwischen individuellem und kollektivem Gedächtnis

Für ein Oral History Projekt spricht nicht zuletzt der Umstand, dass es nur sehr wenige Ansätze gibt, die in eine ähnliche methodische Richtung gehen. Bis dato existiert nur ein 33 Jahre altes abgebrochenes Oral History Projekt zur kubanischen Gesellschaft, das aber eher lebensgeschichtlich orientiert ist. Methodisch folgt Williams Assman,[2] der in Anknüpfung an Halbwachs davon ausgeht, dass sich das individuelle und kollektive Gedächtnis gegenseitig beeinflussen und einander bedingen. Das individuelle Gedächtnis besitze einen „kommunikative[n] Aspekt“.[3] „Das individuelle Gedächtnis bietet die Grundlage, mit dem das kollektive Gedächtnis interagiert, indem es dieses mitkonstituiert und von ihm mit geprägt wird. Individuelles und kollektives Gedächtnis sind keine Einbahnstraßen, sondern einander gegenseitig beeinflussende Strukturen, die auf Verabredung beruhen.“[4]

Kubanische Geschichte und Gesellschaft

Williams schließt sich der Position von Lievesly[5] an, dass „die kubanische Revolution – trotz ihrer nicht zu leugnenden ökonomischen wie demokratischen Defizite – im Wesentlichen durch Konsens zusammengehalten wird“.[6] Entsprechend steht für Williams die Frage nach dem Substrat dieses Konsenses im Fokus seiner Untersuchung. Neben den

durchgeführten Interviews behandelt er, gestützt auf einschlägige Sekundärliteratur, die Geschichte der kubanischen Gesellschaft von der Unabhängigkeit 1898, die Beziehungen zu den USA, die zweifache Herrschaft von Fulgencio Batista 1934-1944 und 1952-1959, mit Schwerpunkt auf der Phase ab Beginn des Guerillakrieges 1956 und die Entwicklung der Revolution bis zur Kubakrise 1962, im kubanischen Sprachgebrauch wird von „Oktoberkrise“ gesprochen. Diese zeitliche Auswahl ist dadurch begründet, dass in diese Zeit die wichtigsten gesellschaftlichen Umwälzungen fallen, bis 1962 jedoch weitgehend abgeschlossen waren: „Agrarreform, Nationalisierung der US-Unternehmen auf Kuba durch den kubanischen Staat, sowie die Deklaration des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution.“[7] Die Position, dass die kubanische Gesellschaft anfangs mehr auf Konsens als auf Repression beruhte, kann Williams durch eine schlüssige und überzeugende Argumentation stützen. Konkret kommt er zu dem Ergebnis, dass die Revolutionserinnerung die Fähigkeit besitzt, gerade aus Krisen – wie der Invasion in der Schweinebucht – gestärkt hervorzugehen und dass die US-Politik gegenüber Kuba für das kubanische System mehr eine stabilisierende als destabilisierende Funktion hat. Ähnlich fällt die Bewertung der Herrschaft Fulgencio Batistas aus. Die Erinnerung an das Elend und die Brutalität der Batista Diktatur, die Inhalt der Erinnerungen der älteren Interviewpartner sind, bewirkten und bewirken die Parteinahme zugunsten der Rebellen der Bewegung des 26. Juli und der späteren Regierung Fidel Castros.

Insgesamt besticht Williams Arbeit nicht nur durch eine plausible und sehr gut nachvollziehbare Argumentation, sondern auch durch hohe Lesbarkeit. Inhaltlich gelingt es Williams sein Interesse an dem kubanisch-gesellschaftlichen Gedächtnis und der Entwicklung der Revolution, aber auch an der zukünftigen Entwicklung der kubanischen Gesellschaft nachvollziehbar zu machen. Seine politische Stellungnahme für mehr Freiheit und Menschenrechte unter Beibehaltung sozialer Errungenschaften, insbesondere dem Gesundheitssystem, unterscheidet sich zudem von platten Dämonisierungen, aber auch von einer unkritischen Verherrlichung der kubanischen Revolution.

Rezension von „Das Gedächtnis Kubas. Die Revolution im Interview“ von Nicolas John Williams. Das Buch ist 2011 im Tectum Verlag in Marburg erschienen. 291 Seiten. 29,90€. ISBN: 978-3-8288-2663-2.

Literatur/Quellen:

[1] S. 19.

[2] A. Assmann: Der Lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, hier verwendet: BFB Lizenzausgabe, Bonn 2007.

[3] Williams, S. 24f.

[4] S. 23.

[5] G. Lievesly: The Cuban Revolution. Past, Present and Future Perspectives, Houndmills, New York 2004, S. 3.

[6] Williams, S. 23.

[7] S. 24.

Die Ordnung des Lobbyismus

von Herbert Hönigsberger

Nichts gibt so schnell, kontinuierlich und umfassend Auskunft über die Stimmung im Lande wie das Internet. Scannt man die politische Alltagskommunikation im Netz[1], erhält man einen so einfachen wie eindeutigen, dabei keineswegs überraschenden Befund. Die Menschen hoffen auf Demokratie und sie wollen Gerechtigkeit. Aber sie zweifeln an der Marktwirtschaft und am Sozial- und Rechtsstaat. Vor allem aber treiben sie beträchtliche Zweifel um, ob die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik überhaupt noch Gerechtigkeit herstellen kann. Und sie kennen einen Schuldigen: die Lobby, die Lobbyisten. Sie zerstören die Demokratie, sie verhindern Gerechtigkeit.[2]

1968 waren das System, der Kapitalismus respektive das Establishment und die Bourgeoisie oder die bürgerliche Klasse der Erzfeind und die Wurzel allen Übels - heute sind es die Lobby und die Lobbyisten. Gleichermäßen aber auch die willfähigen und eigensüchtigen Politiker, die nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet zu sein scheinen, sondern vielfältigen persönlichen und fremden Interessen, die von Lobbyisten befriedigt und geäußert werden. „Lobby“ und „Lobbyismus“ sind zu Inbegriffen für einen übermächtigen, ungenierten und illegitimen Einfluss auf die Politik geworden. Das Ansehen der repräsentativen Politik ist damit auf dem Tiefstand. Bundestagspräsident Lammert beklagt diesen "massiven, flächendeckenden Vertrauensverlust".

Deutungsmuster

„Die immer weiter ausufernde Finanzdiktatur, der Lobbykratismus, (die Politik, die an den Marionettenfäden der Großkonzerne hängt) wird nicht die Antwort geben auf die Lebensumstände von bald 10 Milliarden Menschen auf dieser Erde.“ Derartige Statements findet man tausendfach im Netz. Man muss dieses schlichte Weltbild nicht teilen. Es muss, so verkürzt es oft vorgetragen wird, nicht einmal stimmen. Aber es ist ein zentrales Deutungsmuster, mit dem im gesellschaftlichen Alltagsbewusstsein die komplexe Wirklichkeit zerlegt und zu Recht gelegt wird, um sie überhaupt verstehen zu können. Dieses Deutungsmuster ist präsent, es ist relevant und es ist wirkungsmächtig. Die Lobbyisten sind der Staatsfeind Nr. 1.

Für die Wirkungsmächtigkeit des Deutungsmusters „Lobbyismus“ gibt es einen zentralen Grund. Den hat die Politik jenseits aller Verdächtigungen und Unterstellungen von Abhängigkeit und Willfährigkeit ausschließlich selbst zu verantworten. Das Tätigkeitsfeld des Lobbyismus ist in Deutschland unzulänglich reguliert, wie gerade vor kurzem auch *Transparency International* bezüglich der UN Konvention zur Abgeordnetenbestechung bemängelte. Die Ordnung des Lobbyismus hinkt internationalen Trends hinterher. Vorsichtige parlamentarische Initiativen von SPD und Grünen werden immer wieder von der schwarzgelben Koalition abgeblockt. Durch Untätigkeit trägt das Parlament selbst zu dem von seinem Präsidenten konstatierten Vertrauensverlust bei. Es ist ein Versäumnis der

Politik, nicht schon längst auf die anschwellende öffentliche Meinung demonstrativ reagiert zu haben. Denn niemand hindert sie daran.

Regelungsbedarf

Und es besteht doch Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Denn sollte die politische Klasse nicht vollständig blind sein, dürfte auch ihr dämmern, dass die Regulierung des Lobbyismus in ihrem Interesse ist. Dafür gibt es viele Gründe und einen äußerst aktuellen Grund. Wer kann der Politik noch abnehmen, sie sei fähig, den Finanzmärkten Paroli zu bieten, wenn sie es nicht einmal schafft, im eigenen Haus Ordnung zu halten und den überbordenden Lobbyismus in die Schranken zu verweisen. Ein neuer Anlauf zur politischen Regulierung des Lobbyismus wird zwangsläufig kommen, wenn nicht diese Legislaturperiode, dann in der Nächsten. Das ist auch im Interesse der Gewerkschaften.

Die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) ist mit ihrem Vorschlag für eine „Marktordnung für Lobbyisten“, den sie im November 2011 vorgelegt hat[3], auf der Höhe der Zeit. Sie profiliert damit die Gewerkschaftsbewegung als Protagonisten einer legitimen Interessenvertretung in einer diskursiven politischen Kultur. Der Vorschlag bündelt Anregungen zur Ordnung des Lobbyismus, die teils auch in der öffentlichen Diskussion sind, zu zehn Eckpunkten. Sie werden ausführlich erläutert und begründet, wie dies bislang noch nicht versucht wurde. Es handelt sich um einen Impuls, der unmittelbar in parlamentarische Initiativen übersetzt werden kann. Das ganze Projekt kreist um eine zentrale Überlegung: Lobbyisten haben im Parlament nichts zu suchen. Lobbyisten gehören in die Lobby und nicht in den Plenarsaal.

Ein Phänomen fügt der Demokratie üblen Schaden zu und das ist die privilegierte Präsenz von Lobbyisten im Parlament, die sogenannte innere Lobby. Ungefähr sechs Prozent der Verbände, die auf der aktuellen Verbändeliste stehen, werden direkt durch Abgeordnete, die bezahlt oder ehrenamtlich für sie tätig sind, repräsentiert. Ein knappes Viertel der Bundestagsabgeordneten hat diese ehrenamtlichen oder bezahlten Funktionen bei Verbänden inne. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Chancengleichheit politischer Verbände und stärkt die Privilegierung einer Minderheit von Abgeordneten.

Transparenz und nochmals Transparenz

Das Parlament braucht endlich ein detailliertes Transparenzregister, so wie es die OBS-Studie vorschlägt. In dieses Register müssen sich alle Verbände, Agenturen, Kanzleien etc. eintragen, wenn sie einen legitimen Zugang zum Parlament haben wollen. Gewählte Abgeordnete müssen ihre ehrenamtlichen oder bezahlten Funktionen für alle Organisationen niederlegen, die auf der Lobbyliste stehen. Mandat und Funktionen, die auch nur den Lobbyverdacht erwecken können, müssen unterbunden werden. Beides, Mandat und Amt, ist nicht gemeinsam zu haben. Das gilt für die Tätigkeit als Vorstand ebenso wie für das ganze Beirats- und Kuratoriumswesen. Ein Vorschlag, der sich an rechtsstaatlichen Prinzipien orientiert, kann dabei nicht zwischen gutem und schlechtem Lobbyismus unterscheiden, wiewohl dies im politischen Schlagabtausch sinnvoll ist.

Der Vorschlag gilt für alle Organisationen, die auf der Lobbyliste stehen, für die Kirchen oder Verbände der Rüstungswirtschaft, für Umweltverbände und die Gewerkschaften. Er gilt – so ist das im Rechtsstaat – allgemein. Er gilt nicht für einfache Mitgliedschaften, womit die Lebenswirklichkeit berücksichtigt wird. Diese “Marktordnung für Lobbyisten” zerschneidet nicht Biografien, aber sie zerschneidet Einflusstänge zwischen einer privilegierten Minderheit von Verbänden und Abgeordneten. Der Vorstand der kassenärztlichen Vereinigung müsste demnach seinen Posten aufgeben und verbandsintern für einen Nicht-Parlamentarier Platz machen oder auf das Mandat verzichten. Dass die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften mittlerweile aus vielerlei guten Gründen – von der Arbeitsbelastung über machtpolitische Erwägungen bis zur Wahrung des Grundsatzes der Einheitsgewerkschaft – auf den früher selbstverständlichen Sitz im Bundestag verzichten, entspricht der vorgeschlagenen Regelung. Von den 28 ehemals hauptamtlichen Gewerkschaftern, die derzeit im Bundestag sitzen, wären nur sieben (ein Viertel) betroffen, vier von der SPD und drei von der Linken. Sie gehen nach eigener Auskunft auf der Website des Bundestages noch neben dem Mandat einer bezahlten Tätigkeit für die Gewerkschaften nach. Drei Viertel der ehemals hauptamtlichen haben diese Tätigkeiten entweder sofort zu Beginn oder im Laufe des Mandats aufgegeben.

Die größten Sozialpartner sollten aktiv werden

Ein Vorschlag der OBS – Studie plädiert für eine Vereinbarung zwischen DGB und BDA, künftig auf eine Platzierung von hauptamtlich tätigen Funktionären aus den eigenen Reihen im Parlament zu verzichten. Die Vereinbarung sollte eine Aufforderung an das Parlament enthalten, dies verbindlich und allgemein zu regeln. Nach Lage der Dinge muss der Impuls von den Gewerkschaften ausgehen. Der Legitimationsgewinn ist nicht hoch genug einzuschätzen, die – vereinzelt befürchteten – negativen Folgen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung sind dagegen zu vernachlässigen. Die Organisation wird durch den Vorschlag der OBS eher gestärkt, denn er macht deutlich, dass die Gewerkschaften auf eine demokratisch-legitime und geordnete Interessenvertretung setzen, auf die Stärke ihrer Argumente und nicht ihrer Beziehungen.

Gewerkschafter sollen im parlamentarischen Prozess die Perspektive der Arbeitnehmer einnehmen und sich an dem schwierigen Versuch beteiligen, das Allgemeinwohl zu stärken – aber nicht als Interessenvertreter, sondern als Volksvertreter. Deshalb müssen kenntnisreiche (ehemalige) Hauptamtliche in den Bundestag, die der Aufgabe gewachsen sind. Aber es ist weder sachlich notwendig noch politisch sinnvoll, dass sie ihren alten Beruf weiter ausüben. Unbedingt wünschenswert ist es, dass viel mehr Gewerkschaftsmitglieder ihre Berufs- und Lebenserfahrung sowie Kenntnisse über die Arbeitswelt ins Parlament einbringen. Derzeit sind es nur noch um die 170 Gewerkschaftsmitglieder und ihre Zahl nähert sich dem historischen Tiefstand der 50er Jahre. Aber Durchsetzungsfähigkeit und Einfluss der Gewerkschaften hängen nicht vorrangig von ihrer parlamentarischen Präsenz ab.

Bei der Ordnung des Lobbyismus geht es um das öffentliche Bild der repräsentativen Politik, ebenso wie um ihr Selbstbild, und auch um so etwas wie die Ästhetik unseres demokratischen Gemeinwesens. Es geht um die demonstrative Selbstbehauptung der Demokratie, die klar

bekundet, welche Formen der Interessenvertretung sie für notwendig hält. Und die eine rote Linie zieht, was mit ihr nicht zu machen ist und in der Demokratie nicht zu tolerieren ist. In einer solchen Frage der Demokratie ist es gut, wenn die Gewerkschaften vorangehen.

Literatur/Quellen:

[1] In verschiedenen Projekten sichtet Nautilus Politikberatung große Foren und Blogs und stellt die User-Statements zu einem Textkorpus „Politische Alltagskommunikation im Internet“ zusammen. Der Textkorpus ist Basis von Auswertungen zur politischen Stimmungslage im Internet und wird laufend fortgeschrieben. Derzeit umfasst er ca. 100.000 Statements auf 16.000 Textseiten.

[2] Wir können auf 2500 User-Statements zur Demokratie, je 800 zu Gerechtigkeit bzw. Marktwirtschaft, Sozial- und Rechtsstaat sowie knapp 1400 zum Lobbyismus zurückgreifen.

[3] Kolbe A., Hönigsberger H., Osterberg S.: Marktordnung für Lobbyisten – Wie Politik den Lobbyismus regulieren kann; Frankfurt a. M. 2011; Arbeitsheft 70 der Otto-Brenner-Stiftung; www.lobby-studie.de

Industrie -und Dienstleistungspolitik als integrierte Wirtschaftspolitik

von Michael Sommer

Die wirtschaftspolitischen Diskussionen in Deutschland bewegen sich seit geraumer Zeit um die Frage, ob Industrie oder Dienstleistung die Priorität in der Förderpolitik besitzen sollen. Diese Unterscheidung wirkt vor dem Hintergrund der ökonomischen Realität zunehmend überholt. Industrielle Produktion ist immer stärker mit Dienstleistungsarbeit verwoben. Sie kommt ohne Forschungsdienstleistungen, aber auch soziale Dienstleistungen nicht mehr aus. Zudem entstehen immer mehr „hybride“ Produkte, die ohne spezifische Dienstleistungen nicht marktfähig wären (bestes Bsp. sind die Apple-Produkte). Industrie und Dienstleistung müssen in wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine gleichwertige Stellung einnehmen. Der Trend zu einer Dienstleistungsgesellschaft ist keinesfalls mit De-Industrialisierung gleichzusetzen – ganz im Gegenteil.

Die Industrie wird bei Fragen nach der volkswirtschaftlichen Produktivität und dem Wachstum häufig als ausschlaggebender Wirtschaftszweig genannt. Deutschland ist gewiss eine der stärksten Industrienationen der Welt. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung ist seit annähernd 20 Jahren relativ konstant und liegt bei 23,7 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch, wie in Frankreich[1]. 7,7 Millionen Menschen arbeiten hierzulande auf Industriearbeitsplätzen. Diese Zahlen belegen zwar die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie im Vergleich zu anderen Ländern, sagen aber noch nicht exakt etwas über industrielle Wertschöpfungsketten aus, denn schwache Dienstleistungssektoren können statistisch den Industrieanteil (wie in Deutschland) immens erhöhen. Zudem sind

inzwischen die industriellen Wertschöpfungsketten stark von ausgelagerten Dienstleistungsbetrieben geprägt. Der Anteil der industrienahen Dienstleistungen wird in Deutschland auf ca. 25 Prozent an der Bruttowertschöpfung geschätzt – also knapp mehr als der klassische Industriesektor.

Dienstleistungen können aber auch unabhängig von der Industrie Wachstum und Beschäftigung generieren. In Schweden, den Niederlanden und den USA ist von 1995 bis heute die Dienstleistungsproduktivität im Gegensatz zu Deutschland deutlich gestiegen – unabhängig von der Finanzbranche. Welche Rolle hierbei den Informationstechnologien zukommt, hat uns das *Skype*-Beispiel aus Estland gezeigt. Die Entwicklung dieses Computerprogramms hat der estnischen Wirtschaft einen gewaltigen Impuls gegeben. Die Zunahme von wissensintensiven Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich ist durch die Durchdringung aller Wirtschaftsbereiche mit IuK-Technologie enorm gestiegen. In Deutschland wurde die Bedeutung dieses Dienstleistungssektors nach dem Platzen der „Dot.com“-Blase in 2000 stark vernachlässigt.

Die klassische Industriepolitik ist in Deutschland an regionale und branchenspezifische Institutionen der Wirtschaftsförderung gebunden. Sie ist in diesem Kontext eine selektive Politik, die sich auf förderungswürdige Produkte und Branchen stützt (Cluster und Leitmärkte sind der neue industriepolitische *Sprech*). Hierbei stehen die Forschungs- und Entwicklungspotentiale im Vordergrund. Die Förderpolitik sollte jedoch stets mit den zu erwartenden Arbeitsplätzen aufgerechnet werden. Auch Dienstleistungspolitik und Dienstleistungsforschung beschreiten seit ca. 10 Jahren ähnliche Wege, um Branchen und Leistungen zu bewerten. Der Vergleich dieser selektiven Förderprogramme macht aber deutlich, dass sich die innovationspolitischen Potentiale häufig nicht mehr zwischen Industrie und Dienstleistung trennen lassen. Deshalb sollten gesamtwirtschaftliche Maßnahmen einer integrierten Industrie- und Dienstleistungspolitik folgen.

Vor allem die öffentlichen Dienstleistungen sind seit einigen Jahren heftigen Vorurteilen ausgesetzt. Diese Diskriminierung drückte das Lohnniveau in den entsprechenden Bereichen und führte zu einer volkswirtschaftlich fatalen Unterbewertung der Leistungen und Berufe. Der Glaube, sie wären in privater Hand volkswirtschaftlich rentabler, ist inzwischen widerlegt – viele Beispiele im kommunalen Wohnungsbau und bei Private-Public-Partnership-Projekten sprechen für sich. Zudem wird die politische Vernachlässigung der sozialen Dienstleistungen im Pflege-, Erziehungs- und Bildungsbereich dem demographischen und familienstrukturellen Wandel nicht mehr gerecht. Dienstleistungspolitik muss hier den Bedarf an öffentlichen Investitionen herausstellen, denn auch ausländische Investoren schätzen die Zuverlässigkeit, Gründlichkeit und das Niveau des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Er ist nicht nur der Garant für Gemeinwohl, sondern auch ein großer Standortvorteil.

Die europäische Dimension

Industriepolitik spielt auch auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle, da die industriellen Strukturen auf dem Kontinent inzwischen soweit verflochten sind, dass sie häufig nur noch als Einheit global konkurrieren. Inzwischen nehmen Schwellenländer wie China oder

Russland nur noch den europäischen Wirtschaftsraum wahr. Auch Europa muss diese Sicht stärker verinnerlichen und darf sich nicht ständig mit Wettbewerbskriterien und nationalen Egoismen selbst blockieren.

Die „Europa 2020“ - Strategie der Kommission geht zwar von einem europäischen Wirtschaftsraum aus. Aber an anderer Stelle wird wieder der innereuropäische Wettbewerb beschworen, der zu Lohndumping führt und die Abwanderung von Fachleuten begünstigt. Es ist an der Zeit eine einheitliche europäische Wirtschaftspolitik zu konstituieren. Wir brauchen in Europa kein *Standorthopping* zu Lasten der Beschäftigten (siehe das Bsp. Nokia), denn dadurch wird die industrielle Basis massiv gefährdet. Wir brauchen in Europa eine innovationspolitische Offensive, die den gesamten Wirtschaftsraum betrifft und den Dienstleistungssektor als bedeutenden Faktor mit einbezieht.

Die zukünftigen politischen Herausforderungen

Deutschland steht vor großen Herausforderungen der wirtschaftspolitischen Modernisierung. Dazu zählen:

- Die Energiewende, die Produktion und Dienstleistung zu ressourceneffizientem Wirtschaften zwingt.
- Der demographische Wandel, der in den kommenden Jahren eine steigende Nachfrage nach qualitativ-hochwertigen sozialen Dienstleistungen hervorbringt. Hiervon sind zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft und das Bildungswesen massiv betroffen.
- Der Innovationsdruck der sogenannten Grünen Technologien, der Investitionen in Forschung und Bildung erfordert, um die deutsche Wirtschaft weltmarktfähig zu erhalten.

Die Konsequenzen der Energiewende für die deutsche Industrie sind gewaltig. Die Unternehmen müssen nicht nur ihre Produktion, sondern auch ihre Produkte den Kriterien ressourceneffizienten Verbrauchs unterstellen. Die Nachfrage nach umweltschonenden Produkten im Fahrzeug- und Maschinenbau wird in den nächsten Jahren immens steigen. Das Marktvolumen der sogenannten grünen Technologien (Elektromobilität, energetische Gebäudesanierung, Infrastrukturausbau etc.) wird sich bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Diese Trends müssen politisch flankiert werden, damit das Beschäftigungsniveau gesichert bleibt.

Die zukünftigen Herausforderungen sind nur zu bewältigen, wenn alle Akteure gemeinsam Industrie und Dienstleistung angemessen fördern. Denn trotz der hohen Exportquote sinkt die Investitionsquote in Deutschland permanent, was ein Zeichen für das innovationspolitische Klima im Land ist. Die größten Potentiale für Investitionen besitzt Deutschland in folgenden Feldern:

- Den Ausbau der intelligenten Netze (Breitband, Transport und Energie) als zentrales Infrastrukturprojekt.
- Den Erhalt und Ausbau der führenden Rolle Deutschlands im Bereich der Produktionstechnik. Nanotechnologie, Materialforschung, Informations- und Kommunikationstechnologie und Verfahren der Umwelttechnologie sind hierbei wichtige Bereiche.
- Die Förderung der Gesundheitswirtschaft als Zukunftsbranche. Dieser Komplex beinhaltet die Forschungspotentiale der Medizintechnik, Pharmaindustrie und Biotechnologie, aber auch deren Anwendungen in sozialen Dienstleistungen.
- Der deutsche Bildungssektor, der nicht mehr den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Das fängt im unterbewerteten frühkindlichen Bereich an, geht über den „prekarierten“ Weiterbildungsbereich und hört bei der personellen und finanziellen Ausstattung der Hochschulen auf.

Jedes Innovationssystem ist vom Bildungsniveau seiner Fachleute abhängig, deshalb zielt eine integrierte Industrie- und Dienstleistungspolitik primär auf Deutschlands und Europas Stellung in der internationalen Arbeitsteilung. Auf keinem Kontinent der Welt ist das Bildungs- und Spezialisierungsniveau der Beschäftigten so hoch. Das betrifft Bildung in „industrienahen“, technischen Fächern ebenso wie in „dienstleistungsnahen“, sozialen Fachgebieten.

Gute Arbeit für Industrie und Dienstleistung

Der gewerkschaftliche Maßstab für integrierte Industrie- und Dienstleistungspolitik ist nicht nur der Erhalt und Aufbau von Beschäftigung. Die Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung müssen sich auch an den Kriterien „Gute Arbeit“ messen lassen. Gute Arbeit impliziert nicht nur gesellschaftlichen Fortschritt, sie wird auch dem technischen Niveau der deutschen Wirtschaft gerecht. Gegenwärtig werden viele industrielle Tätigkeiten von angelernten Leiharbeitnehmern betrieben. Die Folgen liegen u.a. in einem erhöhten Berufsunfallrisiko, das letztendlich zu Lasten der Allgemeinheit und der Qualität der Produkte geht. Ebenso werden viele Dienstleistungen mit Mini-Jobs und unter Niedriglöhnen betrieben, die kaum zum Leben reichen.

Die Qualität von Dienstleistungen macht sich unmittelbar an der Qualität der Arbeitsplätze fest. Sie sind Voraussetzung für hochwertige Standards im Sozial- und Bildungsbereich und damit für die Bereitschaft zu privaten Investitionen im Land. Nicht nur das klassische, deutsche Wirtschaftsmodell ist weltmarktfähig, sondern auch das klassische, deutsche Sozialmodell.

Die Lohndrückerei in zentralen Bereichen der deutschen Wirtschaft schwächt das gesamte Innovationssystem. Die Folgen sind Fachleutemangel aufgrund von Abwanderungen und massive Einschränkungen des Hochtechnologiestandorts, weil entsprechende Glieder der zunehmend integrierten Wertschöpfungsketten vernachlässigt werden und damit das Niveau

der gesamten Branche (z. B. die Gesundheitswirtschaft) in Frage steht. Schon jetzt wird Deutschland von seinen europäischen Nachbarn als Niedriglohnland kritisiert, z. B. weil es noch keinen allgemeinen Mindestlohn eingeführt hat.

Heute wissen wir, dass wir nicht dauerhaft dort produzieren und leben können, wo wissenschaftliche Forschungstätigkeiten schlecht entlohnt werden, die Infrastruktur unmodern ist, keine oder schlechte Betreuungsplätze für unsere Kinder vorhanden sind, keine oder schlechte Pflegeplätze für unsere Eltern und Großeltern vorhanden sind, und die soziale Balance aufgrund falscher Politik aus den Fugen gerät.

Deutschland benötigt eine aktive Wirtschaftspolitik, die sich den oben beschriebenen Herausforderungen stellt. Die Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise haben uns gezeigt, dass die politisch gewollte Globalisierung der Märkte immense politische und demokratische Defizite aufweist. Wir benötigen eine neue politische Steuerung, die sich den sozialen und ökologischen Aufgaben der Zukunft annimmt. Deshalb ist eine aktive Wirtschaftspolitik als integrierte Industrie- und Dienstleistungspolitik auf deutscher und europäischer Ebene dringend erforderlich.

Literatur/Quellen:

[1] Alle Zahlen von Eurostat/OECD aus 2010

Unausgewogene Wirtschaftsstruktur

von Prof. Dr. Hagen Krämer

Die Globalisierung hat neben zahlreichen positiven Effekten auch einige Entwicklungen hervorgerufen, die durchaus kritisch zu sehen sind. Zum Einen fällt hierunter der Einfluss, den die Globalisierung auf die empirisch gut belegte Ungleichheit der Einkommensverteilung ausgeübt hat, die sich auch in jüngster Zeit weiter fortgesetzt hat.[1] Zum anderen sind im Zuge der internationalen Arbeitsteilung globale Leistungsbilanzungleichgewichte entstanden, die auf Dauer keinen Bestand haben können. Deutschland hat hierzu mit seinen chronischen Exportüberschüssen in den letzten Jahren in starkem Maße beigetragen. Die gegenwärtige Krise der EWU, die in ihrem Kern als eine Leistungsbilanzkrise angesehen werden muss, ist ein eindrucksvoller Beleg für Probleme, die sich aus lang anhaltenden Handelsungleichgewichten ergeben können.

Die industrielle Exportorientierung Deutschlands hat hierzulande eine Wirtschaftsstruktur entstehen lassen, die sich von derjenigen in vielen anderen entwickelten Ländern unterscheidet. Da das hiesige BIP-Wachstum in der vergangenen Dekade im Wesentlichen exportgetrieben war und die deutschen Exporte in der Mehrzahl Industriegüter sind, hat

Deutschland im Vergleich zu vielen anderen entwickelten Ländern einen großen Industrie- und spiegelbildlich dazu einen relativ kleinen Dienstleistungssektor.

Während in der deutschen Öffentlichkeit die Auffassung vorherrscht, dass die jüngsten Exporterfolge der deutschen Industrie Ausdruck der Stärke der deutschen Volkswirtschaft seien und es diese unbedingt zu verteidigen gelte[2], heben Kritiker dagegen die problematischen Voraussetzungen und die langfristigen Risiken dieser industriellen

Wandel im Muster des exportbasierten Wachstums

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass die Exporterfolge Deutschlands auch darauf beruhen, dass die deutsche Wirtschaft bei vielen hochwertigen Investitions- und Konsumgütern komparative Vorteile besitzt und von der kräftigen Nachfrage der Schwellenländer nach diesen Gütern profitiert. Zunächst einmal ist es daher überhaupt nicht als ungewöhnlich oder gar als problematisch anzusehen, wenn ein Land im Zuge der internationalen Arbeitsteilung einen überdurchschnittlich großen Industrieanteil aufweist. Dieser Anteilswert ist jedoch insoweit als überhöht zu bezeichnen, da ein Teil der relativen Stärke der Industrie auf Faktoren beruht, die auf Dauer keinen Bestand haben können und die zudem an anderer Stelle „Kollateralschäden“ verursacht haben. Denn die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Jahre basieren auch auf einer durchaus problematischen Lohnentwicklung. Die Lohnmoderation der vergangenen Jahre hat zwar die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrien deutlich erhöht, hat aber im Verbund mit der hohen Arbeitslosigkeit eine Schwächung der Konsumnachfrage bewirkt und damit zur Stagnation der Binnenwirtschaft beigetragen.[3] Die Tatsache, dass Deutschland seit dem Eintritt in die Europäische Währungsunion zu den Ländern mit den im Durchschnitt niedrigsten Wachstumsraten in der Europäischen Union gehört sowie die trotz der jüngsten positiven Entwicklungen immer noch unbefriedigende Beschäftigungslage, sind Ausdruck von Fehlentwicklungen der letzten Dekaden. Zu dieser Negativbilanz eines deutschen Geschäftsmodells, das primär auf Exportüberschüsse setzt, gehören auch die enormen deutschen Kapitalexporte, die zum Teil fehlinvestiert wurden und abgeschrieben werden müssen. Die seit geraumer Zeit zu beobachtende mangelnde inländische Absorption kann daher als Ausdruck eines nicht nachhaltigen wirtschaftspolitischen Konzepts angesehen werden; sie hat in diesem Sinne eine *unausgewogene Wirtschaftsstruktur* in Deutschland hervorgerufen, die in dieser übermäßigen Ausprägung langfristig keinen Bestand haben wird.[4]

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg war immer wieder durch Phasen hoher Exportüberschüsse geprägt. Hierzu trugen zum einen die bereits in der frühen Industrialisierungsphase entstandenen industriellen Kerne in den Investitionsgüterindustrien bei. Nicht zu vernachlässigen ist zum anderen aber auch der hilfreiche Einfluss der tendenziell unterbewerteten D-Mark in der Zeit des Bretton-Woods-Systems. Dieser hat seine historische Fortsetzung in der gegenwärtigen realen Abwertung erfahren, von der die deutschen Exportgüter innerhalb der Europäischen Währungsunion profitiert haben.

Insofern stellen die Exporterfolge des Industriesektors prinzipiell keine neuartige Situation dar. Zum traditionellen Muster des erfolgreichen *export-led growth* in Deutschland gehörte jedoch in früheren Zeiten ein anschließendes *spill-over* des außenwirtschaftlichen Impulses auf die Binnenwirtschaft, der in einen binnenwirtschaftlichen Dreiklang – bestehend aus einem Anstieg der Inlandsinvestitionen, gefolgt von einem Zuwachs der Löhne und schließlich des Konsums – mündete. Erst in der jüngeren Globalisierungsphase ist diese Prozesskette abgerissen: Die Lohneinkommen blieben tendenziell hinter dem Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Einkommens zurück, was sich unter anderem in einer deutlich verringerten Lohnquote niedergeschlagen hat.[5] Dadurch fehlte kaufkräftige Nachfrage für den Konsum, der ansonsten zu einem nicht unerheblichen Teil den inländischen Dienstleistungen zugute gekommen wäre. Da auch die inländischen Investitionen unter anderem wegen der unzureichenden nationalen Wachstumsperspektiven weitestgehend stagnierten, konnte die Binnenwirtschaft die Produktion nicht vollständig absorbieren, so dass sich wachsende Leistungsbilanzüberschüsse aufgebaut haben.

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass die Ausrichtung der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrien die Wachstumschancen anderer Wirtschaftsbereiche – vor allem des Dienstleistungssektors – beeinträchtigt hat und damit zur Herausbildung einer Wirtschaftsstruktur geführt hat, die als unausgewogen und nicht nachhaltig angesehen muss.

Strukturwandel hin zu Dienstleistungen

Da die derzeitigen Leistungsbilanzungleichgewichte nicht nachhaltig sind, bedeutet dies in der Konsequenz, dass mittelfristig entweder die Exporte aus Deutschland zu drosseln sind, unsere Importe zu steigen haben oder eine Kombination von beidem eintreten muss.

Ökonomen wie Hans-Werner Sinn oder auch die Mehrheit des Sachverständigenrates sehen in einer fortgesetzten Lohnzurückhaltung die wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich die Investitionsbedingungen im Inland verbessern und damit das Kapital nicht mehr weiter aus Deutschland ins Ausland abfließt, so dass die Binnenwirtschaft neue Wachstumsimpulse erfährt. In einer nachfrageorientierten Sichtweise sind dagegen gerade kontinuierliche Lohnsteigerungen im Gleichschritt mit der Produktivität notwendig, um in einem ersten Schritt den privaten Konsum anzuregen. Dies würde dann einerseits die Binnennachfrage stimulieren, andererseits die Importnachfrage steigern, so dass sich der Leistungsbilanzüberschuss allmählich wieder zurückbilden könne.[6]

Auf welchem Weg eine Rückführung des deutschen Exportüberschusses auch immer zustande kommt, klar ist, dass dies mittelfristig eine spürbare Restrukturierung der deutschen Wirtschaft herbeiführen wird. Zwei zentrale Argumente sprechen dafür, dass diese Umstrukturierung weg von der Industrie und hin zu den Dienstleistungen gehen würde. Erstens würde der Industriesektor, der durch die nicht nachhaltigen Exporterfolge in Deutschland unangemessen groß geworden ist, wahrscheinlich in Richtung eines international üblichen Anteilswertes schrumpfen. Basiert die Entwicklung auf einer Abkehr von der Lohnmoderation kann zweitens erwartet werden, dass aufgrund des

Einkommensanstiegs die privaten Haushalte überproportional Dienstleistungen nachfragen werden, wie dies auch den Erfahrungen der Vergangenheit entspricht.[7]

Vorbehalte gegenüber Dienstleistungen

Die Perspektive eines schrumpfenden Industriesektors ist in Deutschland allerdings nicht sonderlich populär. Generell wird die zentrale Bedeutung der industriellen Kerne einer Ökonomie für Wohlstand und Beschäftigung eines Landes hervorgehoben. Dagegen wird dem Dienstleistungssektor eine solche Eigenschaft generell nicht zugesprochen. Häufig ist man beispielsweise der Ansicht, dass nur mittels physischer Güter Werte und damit Einkommen geschaffen werden könnten, während immaterielle Dienstleistungen wertverbrauchend seien.

Aus diesem und aus einigen anderen Gründen ist es um das Ansehen von Dienstleistungen trotz der dynamischen Entwicklung des Dienstleistungssektors der Vergangenheit und trotz positiver Wachstumsprognosen häufig nicht gut bestellt. Es muss festgehalten werden, dass Dienstleistungen in der öffentlichen Debatte häufig als kein vollwertiger Ersatz für den schrumpfenden Industriesektor angesehen werden. Die gängigen Vorbehalte, die gegenüber Dienstleistungen geäußert werden, halten aber einer näheren Analyse nicht stand.[8]

Den Strukturwandel flankieren

Man kann davon ausgehen, dass der Strukturwandel zu den Dienstleistungen ohnehin stattfinden wird, ob er nun mit einer bewusst herbeigeführten Abkehr vom bisherigen exportorientierten Geschäftsmodell einhergeht oder nicht. Dieser Trend wird unter anderem durch Veränderungen von Technologien, Konsumentenpräferenzen oder sozialen Strukturen vorangetrieben. Der Gang in die Dienstleistungswirtschaft erscheint aus einer Vielzahl von Gründen unaufhaltsam; es gibt keinen Anlass ihn aufzuhalten.

Bei jeder Form des Strukturwandels kommt es darauf an, die entsprechenden Übergangsprozesse gesellschafts- und sozialpolitisch zu begleiten und mögliche Verlierer des sektoralen Wandels in geeigneter Weise aufzufangen. Akzeptiert man die Auffassung, dass der sektorale Strukturwandel weder langfristig zu unterbinden noch per se etwas Schlechtes ist, dann lässt sich die Ansicht vertreten, dass es vorteilhafter ist, den ablaufenden Strukturwandel wirtschaftspolitisch zu flankieren und ihn nicht zu behindern. Zu solchen flankierenden Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels zur Dienstleistungsgesellschaft gehört vor allem eine zukunftsorientierte Bildungspolitik, die den hohen Qualifikationsanforderungen der wissensintensiven Dienstleistungen entspricht. Auch das bewährte duale Ausbildungssystem muss fortentwickelt werden, indem neue Ausbildungsberufe für die Dienstleistungswirtschaft geschaffen werden. Darüber hinaus sollten Handelsbarrieren beseitigt werden, die gegenwärtig noch dafür sorgen, dass im internationalen Handel mit Dienstleistungen zahlreiche ungenutzte Potenziale nicht ausgeschöpft werden.[9]

Literatur/Quellen:

- [1] Aktuelle Tendenzen der funktionalen und personellen Einkommensverteilung sowie der Vermögensverteilung sind dargelegt in: R. Hauser und H. Krämer, H. (2011), Zunehmende Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Empirische Entwicklungen in ausgewählten OECD-Ländern, in: Jürgen Kromphardt (Hrsg.), *Keynes's „General Theory“ nach 75 Jahren*, Marburg, S. 21-57.
- [2] So hat sich die deutsche Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Eurokrise erfolgreich bemüht, alle Vorschläge zu unterbinden, die darauf abzielen, dass auch die Überschussländer einen aktiven Beitrag zum Abbau der innereuropäischen Leistungsbilanzungleichgewichte leisten.
- [3] Vgl. G. Horn, H. Joebges, R. Zwiener (2009), *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II), Globale Ungleichgewichte. Ursache der Krise und Auswegstrategien für Deutschland*. IMK Report Nr. 40, Juli 2009, Düsseldorf.
- [4] Der Begriff lehnt sich an Keynes an, der den durch außenwirtschaftliche Einflüsse verursachten Strukturwandel in Großbritannien sehr kritisch sah. Seine Sichtweise lässt sich durchaus auch auf ein Überschussland wie Deutschland übertragen. Vgl. H. Krämer (2011), Keynes, Globalisierung und Strukturwandel, in: H. Hagemann und H. Krämer (Hrsg.), *Keynes 2.0. Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft 23, Marburg, S. 183-215.
- [5] Vgl. H. Krämer (2011), Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung und ihrer Einflussfaktoren in ausgewählten Industrieländern 1960–2010, IMK Studies Nr. 1/2011, Düsseldorf.
- [6] Ein weiterer Effekt von Lohnsteigerungen wäre, dass dies tendenziell die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft verschlechtern würde. Die dadurch bewirkte Drosselung der Exporte, ist eine öffentlich nicht so leicht zu vermittelnde Konsequenz, die in den wirtschaftspolitischen Positionierungen der Befürworter einer expansiven Lohnpolitik nicht so gern erwähnt wird, aber dennoch nicht von der Hand zu weisen ist.
- [7] Nicht vernachlässigt werden darf jedoch, dass die Schrumpfung der Industrie die qualitativ und quantitativ bedeutsame Nachfrage nach unternehmensbezogenen Dienstleistungen beeinträchtigen würde. Vgl. P. Kalmbach (2005), *Die Interdependenz von Industrie und Dienstleistungen: Zur Dynamik eines komplexen Beziehungsgeflechts*, Berlin.
- [8] Siehe zu einer Auseinandersetzung mit typischen Vorbehalten gegen Dienstleistungen: H. Krämer (2011), Dienstleistungen im Strukturwandel. Entwicklung und Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung in Europa, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 2/2011, S. 269-291.
- [9] Vgl. G. Nerb et al. (2006), *Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie*, ifo Forschungsbericht Nr. 29, München 2006.

Die Arbeitsverhältnisse im chinesischen Wachstumsmodell

von Prof. Dr. Boy Lühje

Chinas märchenhaftes Wirtschaftswachstum erscheint zu Beginn des Jahres 2012 mehr denn je als Kontrastprogramm zu den Turbulenzen des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems. Trotz deutlicher Rückgänge im Exportgeschäft im Gefolge der Euro-Finanzkrise und der Dauerstagnation in den USA betrug das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auch im abgelaufenen Jahr 9,2%. Diese Entwicklung wird zunehmend mitgetragen von der raschen Expansion des chinesischen Binnenmarktes. Dessen Entwicklung wurde von der politischen Führung des Landes im Gefolge der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. zur Top-Priorität erklärt, um damit die Abhängigkeit von den zunehmend unsicheren Exportmärkten in den entwickelten Industrieländern zu vermindern.

Der Umbau des wirtschaftlichen Wachstumsmodells ist bei näherem Hinsehen allerdings nicht sehr weit voran gekommen. Zwar ist im Fünf-Jahres-Plan von 2011 viel von „volksorientiertem Wachstum“ und einer besseren Balance zwischen Lohneinkommen und Profiten die Rede. Tatsache ist aber, dass sich die Diskrepanzen seit der Krise 2008-09 eher noch verschärft haben. Nach Daten des nationalen Statistikbüros stagniert der Anteil der Lohneinkommen am GDP seit Jahren bei ca. 35%, obwohl die Löhne in den letzten drei Jahren zum Teil kräftig erhöht wurden. Der Anteil der Investitionen ist gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007 sogar noch einmal deutlich gestiegen, von gut 40 auf fast 55%. Der Anteil der Nettoexporte am Volkseinkommen beträgt unverändert ca. 10%.

Fortgesetzt wird damit eine Wachstumsstrategie, die sich in extremer Weise auf Überschüsse in einigen exportstarken Schlüsselsektoren verlässt, in denen China heute die bedeutendsten Anteile an der Weltproduktion stellt - z.B. Informationstechnik, Textil und Bekleidung oder viele Haushaltswaren und Konsumgüter. Die dafür vorhandenen Produktionskomplexe in den Küstenregionen wie Shanghai, Zhejiang oder dem Pearl River Delta (PRD) werden weiter ausgebaut und ergänzt um neue, ähnliche Strukturen in Inlandsregionen, namentlich in der Provinz Sichuan und in Chongqing. Abgestützt wird das ganze durch massive staatliche Investitionen in fortgeschrittene Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die in den letzten Jahren zu einem beispiellosen Ausbau von Autobahnen, Hochgeschwindigkeitsbahnen und modernsten Handynetzen geführt haben.

Die anhaltenden Ungleichgewichte zwischen Investitionen und Konsum beschleunigen die Tendenzen zur Überakkumulation von Kapital in zentralen Industriesektoren. Wenn die Exportnachfrage abkühlt, wie es seit Mitte 2011 wieder der Fall ist, werden diese akut. Kapital verschiebt sich dann regelmäßig in spekulative Bereiche, zuletzt vor allem in den Immobiliensektor.

Die Preisspekulation hat hier solche Ausmaße erreicht, dass die Regierung eine Reihe von drastischen Maßnahmen zur Begrenzung von Preisen und Bauangebot verhängen musste.

Der nunmehr eingesetzte Rückgang des Preisniveaus hat nicht nur viele Immobilienneubesitzer in finanzielle Bedrängnis gebracht. Auch die lokalen Regierungen verlieren hierdurch einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte aus Landverpachtungen, die in einigen Regionen 40% der kommunalen Einnahmen ausmachen.

Soziale Unruhen als Motor des Umbaus?

Diese Widersprüche im ökonomischen Entwicklungsmodell sind der Boden für soziale Unruhen, die vor allem die wirtschaftlich entwickelten Küstenregionen erfasst haben. Proteste von betrogenen Wohnungskäufern, unrechtmäßig enteigneten Bauern und um ihre Löhne geprellten Arbeitern haben sich hier im letzten Jahr immer wieder gehäuft. Dazu kommen Proteste gegen die Vergiftung von Menschen und Umwelt durch unkontrollierte Industrieemissionen, die in einigen Regionen den Charakter von Massenbewegungen angenommen haben.

Weltweite Schlagzeilen machten die Streiks bei Zulieferern von japanischen Autokonzernen wie Honda in Südchina im Frühsommer 2010. Diese richteten sich gegen willkürliche Kürzungen von Löhnen und Zulagen, mit denen der gerade erhöhte gesetzliche Mindestlohn unterlaufen werden sollte. Insgesamt waren etwa 100 Betriebe im Ausstand. In einigen Betrieben kam es zu offenen Konfrontationen zwischen Belegschaften und lokalen Regierungen und Gewerkschaften. In anderen Fällen stellten sich die offiziellen Gewerkschaften aber vor die Arbeiter und konnten zumeist recht kräftige Lohnerhöhungen aushandeln.

Trotz des beachtlichen Umfangs solcher Konflikte sollte man allerdings nicht von einer Massenstreikbewegung sprechen, wie von manchen Beobachtern nahe gelegt wurde. Produktions- und Sozialbedingungen in Chinas Industriebetrieben sind außerordentlich differenziert. Bezahlung, Beschäftigungsbedingungen und Zusammensetzung der Belegschaften unterscheiden sich erheblich, ebenso sind Gewerkschaften in ganz unterschiedlichem Ausmaß präsent und aktiv.

Dies schlägt sich in einer Reihe unterschiedlicher Produktionsregimes in den Kernbereichen der Industrie nieder. Diese reichen vom marktwirtschaftlich gewendeten Staatsbetrieb mit spät-sozialistischer Betriebsgemeinschaftsideologie bis zur Familienbude mit Migranten im Niedriglohn. Zugleich verschieben sich mit dem Vordringen moderner Produktionskonzepte auch die Grenzen zwischen den Produktionsregimes innerhalb bedeutender Branchen und Betriebe[1].

Die Automobilbranche bietet ein besonderes Beispiel. Sie ist traditionell ein Hochlohnbereich, der von prominenten Gemeinschaftsunternehmen multinationaler Autokonzerne und chinesischen Staatsunternehmen geführt wird. Firmen wie Shanghai-Volkswagen zahlen hohe Löhne, die Arbeitsbedingungen sind relativ gesichert und die Sozialleistungen entsprechen internationalen Standards.

Dagegen ist der Zulieferbereich, vor allem in der zweiten und dritten Reihe, von Regimes der flexiblen Massenproduktion in mehr oder weniger modernen Betrieben mit

Niedriglohnarbeit beherrscht. Durch die Modularisierung der Produktion wandert ein zunehmender Teil der Produktion in diesen Bereich. Zugleich experimentieren die führenden Autohersteller mit neuen flexiblen Fertigungsbetrieben in Standorten mit niedrigen Löhnen außerhalb der etablierten Industriezentren.

Kein New Deal für Chinas Werktätige

Die Autostreiks in Südchina waren vor allem deshalb brisant, weil dort das untere Segment der flexiblen Massenproduktion in besonderer Weise vertreten ist. Die Belegschaften sind hier fast durchweg junge ArbeitsmigrantInnen, deren Protestbewegungen in den letzten Jahren immer stärker zum Motor sozialer Reformen geworden sind. Diese flammten im Herbst 2011 wieder in einer Reihe von größeren Streiks auf, nicht nur in Südchina, sondern zuletzt auch in Nanjing beim koreanischen Elektronikhersteller LG.

Mit flexiblen Löhnen und Beschäftigungsbedingungen sind aber die meisten Lohnabhängigen in China konfrontiert. Das Grundproblem dabei sind die Lohnsysteme. Fast überall liegen die Basislöhne nicht höher als 50 oder 60% des regelmäßigen monatlichen Verdienstes. Der Rest wird durch Zulagen, Leistungsprämien oder Überstunden verdient. Der Zwang zu überlangen Arbeitszeiten ist so in die Lohnsysteme eingebaut. Solche Lohnstrukturen finden sich fast unter allen Produktionsregimes, namentlich auch staatseigener Betriebe. Nur einige Flaggschiffbetriebe, wie die der Autoindustrie, zahlen höhere Grundlöhne.

Eine tarifvertragliche Regulierung der Löhne fehlt fast völlig. Selbst in Betrieben mit starken Betriebsgewerkschaften werden keine echten Verhandlungen über Löhne geführt. Stundenlöhne sind fast nirgendwo in Kollektivvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern fixiert. Dies entspricht dem traditionellen Selbstverständnis der chinesischen Staatsgewerkschaften. Deren Unterordnung unter Staat und Partei wird unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen zu einer direkten Abhängigkeit vom Kapital, da die Betriebe in der Regel die Gewerkschaften mit finanzieren.

Die mangelnde institutionelle Absicherung der Löhne bildet damit ein Kernproblem der Umstrukturierung von Chinas Wirtschaftsmodell. Ein durchgreifender Kurswechsel erscheint kaum möglich ohne grundlegende arbeitspolitische Strukturreformen und (vom Kapital) unabhängige Gewerkschaften mit demokratischen Strukturen. Relevante Experten aus den Gewerkschaften in China verfechten heute durchaus solche Vorstellungen. Sie nehmen auch gerne Bezug auf den US-amerikanischen New Deal in den 1930er Jahren, unter dem die Gewerkschaften von der Politik als Bündnispartner für eine Hebung des Lebensstandards der Lohnabhängigen anerkannt wurden.

Davon ist China im Jahre 2012 weit entfernt. Die Autostreiks in Südchina haben in dieser Hinsicht allerdings Fortschritte erbracht. In einigen wichtigen Standorten experimentieren die lokalen Gewerkschaften heute mit Lohnverhandlungen und demokratischen Wahlen der betrieblichen Vertreter. „Collective bargaining“ ist ein von Gewerkschaftern in der Region häufig zu hörender Begriff. Abgestützt wurde dies durch den Entwurf einer Richtlinie der

Provinzregierung zum „demokratischen Management“, die Tarifverhandlungen und Streiks mit wirtschaftlichen Zielsetzungen faktisch anerkannte.

Deren Umsetzung scheiterte aber am Widerstand maßgeblicher lokaler Kapitalgruppen, namentlich der in Südchina sehr starken Lobby der Hongkong und Taiwan-Unternehmen. Provinzparteichef Wang Yang preist inzwischen wieder öffentlich Foxconn, den wegen einer Selbstmordserie junger ArbeitsmigrantInnen in Verruf gekommenen Elektronikfertiger aus Taiwan. Auf einer hochrangigen Konferenz der Provinzregierung wurden kürzlich 185 Modellunternehmen für harmonische Arbeitsbeziehungen vorgestellt. Als besonderes Modell wurde ein Werk des für seine gewerkschaftsfeindlichen Praktiken bekannten Samsung-Konzerns ausgezeichnet.

Literatur/Quellen:

[1] Für eine systematische Analyse dieses Produktionsregimes siehe den vom Autor zusammen mit Luo Siqi und Zhang Hao im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegten Forschungsbericht „Socio-Economic Transformation and Industrial Relations in China“, aus dem demnächst auch in deutscher Sprache veröffentlicht wird.

Dienstleistungsmetropole Berlin – Chance und Herausforderung

von: Mechthild Kopel

Die Lebensqualität der Menschen ist maßgeblich von der Qualität und zeitlichen Verfügbarkeit von Dienstleistungen abhängig. In gleichem Maße ist auch für Industrie und Mittelstand eine gute Infrastruktur leistungsfähiger Dienstleistungen ein wichtiger Standortfaktor. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen: Wirft man einen Blick auf die zentralen Faktoren, die die Nachfrage insbesondere nach personenbezogenen Dienstleistungen sowie den Angeboten leistungsfähiger Infrastruktur verursachen, ist zu erkennen, dass der Bedarf auch weiterhin steigen wird. Die Nachfrage nach Dienstleistungen ist eng mit gesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft, die unsere künftige Lebensweise prägen werden.

Gerade für die Metropole Berlin ist der Dienstleistungssektor wirtschafts- und beschäftigungspolitisch von großer Bedeutung. Er prägt die Stadt, ist Wachstumsmotor und bedeutende Wertschöpfungsquelle. Und der Sektor boomt: So stieg die Bruttowertschöpfung etwa im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr zwischen 2004 und 2009 um mehr als zehn Prozent. Die Berliner Tourismusbranche verzeichnete – trotz Wirtschafts- und Finanzkrise – steigende Besucherzahlen. In 2010 wurde mit mehr als 9 Millionen Besucherinnen und Besuchern ein neuer Rekord erreicht. Insgesamt wurden 2009 82 Prozent des Berliner Bruttoinlandsprodukts im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. 86 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Bundeshauptstadt arbeiten im Dienstleistungssektor. Auffallend und typisch ist: Mehr als die Hälfte der Beschäftigten (56 Prozent) sind weiblich. Im Gesundheits- und Sozialwesen liegt der Frauenanteil sogar bei 78

Prozent. Berlin kann also durchaus als „Dienstleistungsmetropole“ bezeichnet werden und muss den damit verbundenen Chancen und Herausforderungen begegnen.

Dienstleistungsqualität braucht Wertschätzung

Obwohl sich der Dienstleistungsmarkt zahlenmäßig rasant entwickelt, sind die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten einiger Segmente – zum Beispiel im Bereich von Einzelhandel, Gastgewerbe, Wach- und Sicherheitsdienstleistungen, Gebäudemanagement, Reinigung oder Pflegedienstleistungen – vielfach schwierig, oftmals prekär: Ein hoher Anteil an geringfügiger Beschäftigung, Niedriglöhnen, stark flexibilisierten (aber nicht verlässlichen) Arbeitszeiten und geringen Möglichkeiten der Qualifikation prägt den Arbeitsalltag vieler Beschäftigter. Trotz der hohen Bedeutung der Tätigkeiten für einen funktionierenden Alltag ist die Wertschätzung oftmals gering. Freundlichkeit am Hotelpflicht, Einfühlungsvermögen bei der Pflege Kranker und Alter und Öffnungszeiten bis mitten in die Nacht werden selten als Leistung wahrgenommen. Oft bestimmt der (niedrige) Preis darüber, ob eine Dienstleistung als „gut“ befunden wird.

Anerkennung und Wertschätzung entstehen durch eine Reihe von Faktoren, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf betrieblicher Ebene. Eine wichtige Säule der Wertschätzung ist die Anerkennung der Qualifikation, die hochwertige Dienstleistungen erfordern, und verbunden damit die Möglichkeit, diese durch Weiterbildung aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Zu nennen sind weiterhin ausreichende Möglichkeiten, eine gute Balance zwischen Beruf und Privatleben zu realisieren – was gerade angesichts der notwendigen Arbeitszeiten oft besonders schwierig ist. Aber es kann auch gelingen, durch Möglichkeiten der (Mit-)Gestaltung von Arbeitszeiten funktionierende Zeitarrangements zu finden, die Kunden und Beschäftigten entgegenkommen. Wertschätzung ist auch aus der Perspektive Kundinnen und Kunden ein lohnender Begriff. Wer den Wert einer Leistung zu schätzen weiß, ist – kurz gesprochen – auch bereit, sie zu bezahlen, wenn er dazu in der Lage ist.

Gesellschaftliche Wertschätzung von Dienstleistungen steigern!

Innovation und Qualität im Dienstleistungsbereich hängen von Motivation, Qualifikation, Kompetenz und Handlungsspielraum der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen ab. Um Innovationsprozesse zu erleichtern und vorhandene Potentiale zu entwickeln, richtet das Projekt *„Gesellschaftliche Wertschätzung von Dienstleistungen steigern!“*

den Fokus auf die Dienstleistungsarbeit, die Beschäftigten und die Unternehmen des Sektors. Ziel ist es, den Zusammenhang und die Wichtigkeit von Arbeitsqualität, Dienstleistungsqualität und Zeitinnovationen für die positive Entwicklung des Berliner Dienstleistungssektors deutlich zu machen und diese Aspekte in die politische Diskussion und den betrieblichen Alltag von Dienstleistungsunternehmen einzubringen. Hierzu sind zahlreiche öffentliche Fachveranstaltungen durchgeführt worden und auch weiterhin geplant. Aktivitäten auf betrieblicher Ebene beinhalten Workshops mit Beschäftigten von Unternehmen verschiedener Branchen, um Wege und Möglichkeiten für mehr Arbeits- und Servicequalität im betrieblichen Alltag der Beschäftigten auszuloten. Das Projekt rückt Wertschätzung der Beschäftigten und Wertschöpfung gleichermaßen in den Mittelpunkt. Denn: Nachhaltige Wertschöpfung ist nur mit der Anerkennung der Arbeit der Beschäftigten zu erzielen.

Projektpartner sind der Landesbezirk Berlin-Brandenburg der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di, der Bezirk Berlin-Brandenburg des Deutschen Gewerkschaftsbunds – DGB und die Wert.Arbeit GmbH, Berlin. Gefördert wird das Projekt von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Impulse für Innovationen und neue Perspektiven in der Praxis der Dienstleistungspolitik

Um eine lebendige Diskussion zum Thema anzustoßen, wurden im Vorgängerprojekt „16 Impulse für innovative Dienstleistungspolitik in der Metropolregion Berlin“ erarbeitet. Sie stellen eine inhaltliche Grundlage zur Diskussion um einen zukunftsfähigen Dienstleistungssektor in Berlin dar. Zentrale Eckpunkte innovativer Dienstleistungspolitik werden benannt, z.B. (Lebens-)Qualität, Zeitpolitik, Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen, gute Arbeit, Wertschöpfung und Wertschätzung. Daraus lassen sich neben inhaltlichen Leitplanken auch die Spannungsfelder ableiten, die entstehen, wenn ein lebendiger Dienstleistungsstandort, eine breit zugängliche Versorgung mit bezahlbaren Angeboten, eine auch unter zeitlichen Aspekten anspruchsvolle Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erreicht werden soll. Der Beitrag „*Neue Perspektiven für gute Dienstleistungen*“ gibt einen neuen Impuls für die Debatte, wie zukunftsfähige Dienstleistungspolitik im Spannungsfeld der unterschiedlichen Perspektiven und Interessen gelingen kann: Eine gute Infrastruktur mit vielfältigen Leistungen, zufriedene Kundinnen und Kunden, bezahlbare Angebote mit nachhaltig guter Qualität und Beschäftigte, deren Arbeit wertgeschätzt wird – durch Anerkennung und Löhne, von denen man leben kann. Denn Armutslöhne und Qualitätsdienstleistung passen nicht zueinander.

Dienstleistungsqualität braucht aktive Zeitpolitik

Ein Fokus des Projektes liegt auf der zeitlichen Gestaltung der Dienstleistungslandschaft. Mit dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft geht auch ein zunehmender Wechsel von kollektiven und standardisierten Zeitmustern zu individualisierten, flexibilisierten und entgrenzten Arbeitszeiten einher. Die Gesellschaft gibt den Takt vor: Faktoren wie die Länge und Lage der Arbeitszeiten, Öffnungszeiten von Behörden und Geschäften, das Angebot an öffentlicher Infrastruktur, zum Beispiel bei sozialen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Pflege, oder die Wertschätzung und kulturelle Bedeutung des Wochenendes bestimmen die Lebensqualität entscheidend mit. Folglich sind Wertschöpfung und Wertschätzung im Dienstleistungssektor eng mit der zeitlichen Struktur des Angebotes verknüpft. Daher ist es notwendig, zeitpolitische Fragestellungen auf das Potenzial für Wertschöpfung und Wertschätzung von Dienstleistungen hin zu überprüfen
Es wird deutlich: Die zeitliche Struktur des Angebotes ist von zentraler Bedeutung – und zwar in doppelter Hinsicht. Einerseits müssen die Dienstleistungen dann angeboten werden, wenn sie (zeitlich) benötigt werden – und das kann buchstäblich zu jeder Tages- und Nachtzeit sein. Andererseits erfordern Dienstleistungen und damit die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich zu – nach herkömmlichem Verständnis eher ungewöhnlichen Zeiten – eine Infrastruktur, die es auch den Beschäftigten ermöglicht, ihren Alltag zu managen und ihrerseits Dienstleistungen zu nutzen.

Aus der Praxis

Kinder können auch dann krank werden, wenn die Kinderarztpraxis geschlossen hat, wie an Wochenenden und Feiertagen. Wohin dann? Als Antwort auf diese drängende Frage, die häufig dazu führte, dass Eltern mit ihren kranken Kindern die Notaufnahmen der Krankenhäuser aufsuchten, hat Dr. med. Peter Hauber eine Praxis für akut kranke Kinder gegründet, die genau dann geöffnet ist, wenn die Kinderarztpraxen in der Regel geschlossen haben. Der Erfolg gibt ihm Recht: An manchen Wochenenden nehmen mehr als 200 Eltern mit ihren Kindern das Angebot wahr. Die Praxis arbeitet inzwischen mit vier Fachärztinnen und -ärzten und einigen Halbtagskrankenschwestern, die die Wochenenddienste abwechselnd leisten.

Fest steht für alle am Projekt Beteiligten: Die Steigerung der Wertschätzung und der Wertschöpfung von Dienstleistungen in und für Berlin ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Viel Arbeit, aber auch viel ungenutztes Potenzial liegen dabei für Berlin noch bereit!

Mehr Informationen, die erwähnten Publikationen und Dokumentationen aller Veranstaltungen finden sich auf dem Internetportal zum Projekt www.dienstleistungsmetropole-berlin.de. Dort besteht auch die Möglichkeit, den regelmäßigen Newsletter zu abonnieren. Kontakt: Wert.Arbeit GmbH, Berlin, mechthild.kopel@wertarbeitgmbh.de

Die Berlinale 2012: Empfehlungen aus erster Hand

von Jürgen Kiontke

Der „Arabische Frühling“ steht dieses Jahr im Fokus der Berliner Filmfestspiele vom 9. bis 19. Februar: Eine ganze Reihe von Filmen quer durch alle Sparten reflektiert die sozialen und individuellen Kämpfe in Nordafrika und anderswo. Das ist aber längst nicht alles: Denn insgesamt 395 Filme werden in Berlin gezeigt, eine gigantische Anzahl. Das Amt des Präsidenten der Hauptjury hat dieses Jahr der britische Filmregisseur Mike Leigh übernommen. Die Trophäen des Wettbewerbs sind, wie sollte es anders sein: Bären. Neben dieser Jury gibt es viele weitere: So verleiht das Deutsch-Französische Jugendwerk einen eigenen Preis und auch die Ökumene der Kirchen. Auch Amnesty International zeichnet einen Film aus - und viele weitere Organisationen und Verbände sind dabei.

Der Wettbewerb ist jedoch nur eine Berlinale-Kategorie. Neben ihm gibt es weitere Sektionen, von denen die wichtigsten Panorama und Forum sind. GEGENBLENDE präsentiert ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Auswahl an Filmen - und eine Veranstaltung -, die für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter interessant sein könnten: weil sie prekäre Lebenswelten thematisieren, Demokratisierungsprozesse, den Kampf um bessere Verhältnisse veranschaulichen oder ganz einfach politische Missstände und Rechtsextremismus anprangern.

Der Wettbewerb

Der Wettbewerb ist der Königstiger unter den Festivalparten der Berlinale. Hier werden die Bären verteilt. Und die 18 Filme, die um die begehrten Trophäen konkurrieren, bringen meist eine ansehnliche Schar von Prominenten in die Stadt. Wenig steht so im Mittelpunkt wie die Filmauswahl und über nichts wird mehr gemeckert. Denn die Berlinale ist ein sogenanntes A-Festival: also mit internationaler Konkurrenz und vom Produzentenverband anerkannt. In Cannes und Venedig seien die Filme viel interessanter, mosert die Kritik seit Jahren. Auch die haben Schwachstellen, kontert Berlinale-Chef Dieter Kosslick.

Jedenfalls hat kein Filmfestival der Profiklasse ein so großes Besucheraufkommen - bis zu 300.000 Karten werden in den zehn Tagen verkauft. Ein Wettbewerbsticket kostet zwölf Euro (Wiederholungen: neun Euro). Karten gibt es online und am zentralen Ticket-Schalter in den Arkaden am Potsdamer Platz. Hier nun die Auswahl:

- **Csak a szél (Just the Wind)**

Drama um einen Serienmord an Roma in Ungarn. Ausgehend von einer realen Mordserie, der in Ungarn in wenig mehr als einem Jahr acht Menschen zum Opfer fielen, schildert Bence Fliegauf die Pogromstimmung, aus der Gewalt gegen Minderheiten entsteht.
UN/D/F 2012. Regie: Bence Fliegauf

- **L'enfant d'en haut (Sister)**

Film über das prekäre Leben eines Jugendlichen. Er lebt in der Nähe eines Skihotels, lebt von Weggeworfenem und Geklautem.
CH/F 2011. Regie: Ursula Meier

- **Rebelle (War Witch)**

Ein Bürgerkrieg in Afrika. Nachdem ihr Dorf von Rebellen niedergebrannt und ihre Eltern ermordet wurden, sieht sich die junge Komona gezwungen, als Kindersoldatin in den Urwald zu ziehen. Ihr brutaler Kommandant bildet sie nicht nur an der Waffe aus, sondern verlangt auch, dass sie mit ihm schläft. Konsequenterweise aus der Perspektive einer Heranwachsenden erzählt, zeigt der Film, wie aus Kindern Soldaten gemacht werden. Und wie sie doch noch zu Hoffnungsträgerin des Friedens werden können
CAN 2012. Regie: Kim Nguyen

Berlinale Spezial

Berlinale Spezial ist eine Sonderabteilung für besondere Neuproduktionen. Hier die Empfehlungen:

- **Althawra... Khabar (Reporting... A Revolution)**

Ein in 18 Tagen verfasster Bericht junger Reporter in Ägypten. Obwohl die Staatssicherheit Mobil- und Internetkommunikation fast unmöglich machte, fanden die Reporter einen Weg, um ihre Videos zu verbreiten.

EGY 2012. Regie: Bassam Mortada

- **Angriff auf die Demokratie - Eine Intervention**

Mit der Eurokrise hat die scheinbar alternativlose Rettung der Märkte, der Poker um die gemeinsame Währung die Oberhand über politische Visionen und Institutionen gewonnen. In dieser Dokumentation mahnen Publizisten, Künstler und Intellektuelle Widerstand an.

D 2012. Regie: Romuald Karmakar

- **Blood must flow**

Als der Journalist Thomas Kuban zum ersten Mal ein Neonazi-Konzert mit versteckter Kamera drehte, ermöglichte er Einblicke in eine Jugendszene, in die sich kaum ein Außenstehender hineinwagt. Sechs Jahre recherchierte er in der rechtsextremen Musikszene, auch jenseits deutscher Grenzen. Sein Fazit: Mit Rechtsrock junge Menschen zu ködern und zu radikalisieren - dieses Vorgehen scheint gut zu funktionieren.

D 2012. Regie: Peter Ohlendorf

- **Death Row**

Der deutsche Regisseur Werner Herzog hat Todeskandidaten in ihren Zellen in US-amerikanischen Gefängnissen besucht. Es ist nicht schön, was sie zu sagen haben.

US/GB/A 2012. Regie: Werner Herzog

- **Glück**

Ein Bürgerkrieg überrollt Irinas Land. Soldaten dringen auch ins Haus ihrer Familie ein, töten die Angehörigen und vergewaltigen die junge Frau. Traumatisiert flieht Irina nach Berlin, arbeitet illegal als Prostituierte. Sie lernt Kalle kennen, einen arbeitslosen Punker, den sie in ihrer Wohnung aufnimmt. Beide verlieben sich ineinander. Doris Dörrie drehte ihren neuen Film nach einer Kurzgeschichte von Erfolgsautor Ferdinand von Schirach.

D 2011. Regie: Doris Dörrie

- **In the Land of Blood and Honey**

Auf der Tanzfläche kommen sie sich näher, der Serbe Danijel und die Bosnierin Ajla. Der Flirt wird durch ein Bombenattentat beendet. Es ist 1992, und der Bürgerkrieg in Jugoslawien beherrscht das Land. Plötzlich ist Danijel Soldat, der Befehlen zu gehorchen hat,

und sie ist eine Frau, die um Leib und Leben bangen muss. Kurz darauf wird Ajla in ein Internierungslager gebracht, in dem Vergewaltigungen und Folter zur Tagesordnung gehören. Wen trifft sie wieder? Eben: Danijel, als Lagerwächter. Dies ist das Spielfilmdebüt von Angelina Jolie, dem Vernehmen nach wird sie selbst nach Berlin kommen, um das Werk vorzustellen.

USA 2011. Regie: Angelina Jolie

Panorama

Die Programm-Schiene Panorama stellt neue Filme renommierter Regisseure und Regisseurinnen, Debütfilme und Neuentdeckungen vor. Es erlaubt einen Einblick in die gegenwärtigen Tendenzen des Arthouse-Kinos. Traditionell werden hier viele schwul-lesbische Filme gezeigt. (Ein Panorama-Ticket kostet neun Euro). Die Empfehlungen:

- **Chocó**

Prekär leben in Kolumbien: Chocó hat zwei Kinder, eine kleine Holzhütte am Rand eines kolumbianischen Dörfchens, einen unterbezahlten Job in einer Goldmine und einen nichtsnutzigen Mann. Als sie ihre Arbeit verliert, ihre Tochter die versprochene Geburtstagstorte fordert und ihr Typ auch die letzte Kohle durchbringt, steht Chocó vor den Trümmern ihrer Existenz.

COL 2011. Regie: Jhonny Hendrix Hinestroza

- **Iron Sky**

Hier mal was richtig Abgedrehtes: In „Iron Sky“ haben sich die Nazis 1945 auf den Mond zurückgezogen. 2018 wollen sie nun die Erde mit Ufos erobern. Weltraum-Trash aus Finnland. Viel Vergnügen!

FIN/NL/AUS 2011. Regie: Timo Vuorensola

- **Kuma**

Ein Leben zwischen den Welten: In diesem Drama um die türkischen Heiratsgepflogenheiten wird die junge Ayşe nach Wien vermählt, wo sie von der Familie ihres Mannes erstmal abgelehnt wird. Das Mädchen tritt eine Stelle im Supermarkt an - und verliebt sich in einen jungen Kollegen.

A 2011. Regie: Umut Dag

- **The Reluctant Revolutionary**

Der Reiseveranstalter Quais lebt in Jemens Hauptstadt Sana'a, als die arabische Revolte ausbricht. Regisseur Sean McAllister begleitet den jungen Mann in seinem Dokumentarfilm auf seinem Weg in die Politisierung. Allister dreht inmitten von Demonstrationen, in denen scharf geschossen wird. Achtung: Explizite Bilder.

GB/IR 2011. Regie: Sean McAllister

- **The Summit**

Die Anti-Globalisierungsproteste anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 waren hochbrutal - Hunderte von Menschen wurden von der Polizei zusammengeschlagen, es gab einen Toten. „The Summit“ erzählt die Ereignisse anhand von Zeugenberichten nach. Auch viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren vor Ort. Der Film nimmt langsam Dynamik auf - dann aber kommen auch hochrangige Polizeibeamte zu Wort: Sie berichten über seltsame Befehle und Undercover-Aktionen. Amnesty International attestierte ihren Einsätzen, sie seien der gravierendste Verstoß gegen demokratische Rechte in einem europäischen Land nach dem Zweiten Weltkrieg!

I 2011. Regie: Franco Fracassi, Massimo Lauria

- **Words Of Witness**

Heba Afify ist eine engagierte junge Journalistin in Kairo. Sie gerät mitten rein in die arabischen Umwälzungen und berichtet für die englischsprachige Ausgabe der unabhängigen ägyptischen Tageszeitung Al-Masry Al-Youm. Was Afify auf dem Tahirr-Platz erlebt und was ihre konservativen Eltern verlangen, passt nicht immer zusammen. Ein dichtes Porträt der ägyptisch-amerikanischen Dokumentarfilmerin Mai Iskander.

USA 2012. Regie: Mai Iskander

- **Habiter/Construire (Living/Building)**

Straßenbau im Tschad: Mitten durch die Wüste baut eine französische Firma eine Trasse für den Verkehr. In diesem Film kommen die Arbeiter zu Wort und was sie sich von der Straße erhoffen. Sie berichten von den Arbeitsbedingungen und von den Klassenschranken in ihren Siedlungen. Für die Nomaden der Wüste ist das Bauprojekt nicht willkommen - oder doch? Auf dem Weg in die Moderne prallen hier jedenfalls ganz unterschiedliche Lebensrealitäten aufeinander.

F 2012. Regie: Clémence Ancelin

Forum

Kunst im Kino: Die Festivalsparte Forum soll für eine gewisse Risikofreudigkeit stehen. Formenkriterien gibt es hier wenige, man möchte noch unbekanntes filmisches Welten eine Bühne geben. (Ein Forum-Ticket kostet 8 Euro) Hier die Empfehlungen:

- **Jaurès**

Und gleich gibt es einen Gewerkschafter im Film: Schauspielerin Eva Truffaut und Filmemacher Vincent Dieutre unterhalten sich über die Liebe. Unser Mann ist Simon, der Geliebte, der Gewerkschafter und Bürgerrechtler. Der spielt im Hintergrund Klavier. Ein Held sei er für ihn gewesen, sagt Dieutre: „Simon hat mich wieder gelehrt, was Mitgefühl heißt.“

Nichts Abgehobenes, Leute: Vor der Tür campen illegale Migranten an der Seine. Der Film reflektiert die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten.

F 2012. Regie: Vincent Dieutre

- **La demora (The Delay)**

Der Plot: Überarbeitete, unterbezahlte Mutter sieht sich gezwungen, ihren senilen Vater auszusetzen, um ihre drei Kinder besser versorgen zu können. Das Sozialamt stellt fest: Sie ist zwar zu arm sich einen Heimplatz für ihren Vater zu leisten, aber nicht arm genug, um Anspruch auf Unterstützung zu haben. Harter Blick auf soziale Realitäten.

U/MEX/F 2012. Regie: Rodrigo Plá

Retrospektive: Die rote Traumfabrik

Die Retrospektive ist einem wichtigen Regisseur oder einem ganzen filmhistorischen Thema gewidmet. Sie bringt Filme auf die große Leinwand, die vielleicht noch nie zu sehen waren. Man restauriert jahrelang oder findet eine Kopie, die als verschollen galt.

Dieses Jahr wartet die Retrospektive der Berlinale mit ganz großem Stoff auf: Sektions-Chef Rainer Rother und seine Mitstreiter haben sich wie die Wühlmäuse in die Archive gegraben und dabei Filmgeschichte zutage gefördert: die Werke der Meschrabpom-Film und ihres deutschen Ablegers, der Verleih-Firma Prometheus. Ja, in den zwanziger Jahren, da hatten die Linken sogar noch eigene Filmverleihe - mit gewichtigem Stoff: Prometheus-Film, eine Schöpfung des linken Medienunternehmers Willi Münzenberg, brachte Filme wie Sergej Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ nach Deutschland.

Das assoziierte Filmstudio Meschrabpom in Moskau - übrigens eine privatwirtschaftliche Firmengründung mitten im Kommunismus - brachte Werke wie „Konez Sankt Peterburga“ (SU 1927. Regie: Vsevolod Pudovkin) hervor, die auch weltweit das Publikum begeisterten. Der russische Film war ein Avantgarde-Unterfangen: Sowjetmacht und *Elektrifizierung* des ganzen Kopfes - sogar die Darstellung der Revolution auf dem Mars in („Aelita“. SU 1924. Regie: Jakow Protasanow) ist dabei herausgekommen. Sergej Eisensteins irdisches Pendant „Oktjabr“ (SU 1928) wird im - wohl standesgemäßen - Friedrichstadtpalast, der größten Tanzbude Europas, gezeigt.

Die Berlinale-Retrospektive zeigt über 40 Ton- und Stummfilme. Die letzteren werden mit Live-Musik durch Künstler begleitet - selbst stumm sind sie noch ein brausendes Ereignis. Viele der Retrospektive-Filme haben Deutschland noch gar nicht von innen gesehen, sind also Erstaufführungen. Rund 600 Filme konnten die russisch-deutschen Unternehmer produzieren.

Mitten in die Dreharbeiten des Prometheus-Films „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ (D/SCHW 1932. Regie Slatan Dudow) fiel auch der sich anschließende Konkurs der Firma. Das Werk wurde von der Schweizer Gesellschaft Präsens-Film fertiggestellt. Was treiben die Hauptdarsteller Hertha Thiele und Ernst Busch in „Kuhle Wampe“, der Zeltstadt am Berliner Müggelsee? Sie schauen skeptisch auf Gegenwart und Zukunft. Denn der Nationalsozialismus kündigt sich gewalttätig an. Dieser Film aus der Feder von Bert Brecht ist nach wie vor aktuell. Wem gehört die Welt? - Das fragen sich in Zeiten der Finanzmarkt-

und Regierungskrisen schließlich die Menschen rund um den Globus. (Retrospektive-Ticket: Acht Euro)

Kulinarisches Kino

Essen und Kino - was als Petitesse und private Vorliebe von Festival-Chef Dieter Kosslick begann, ist nun zu einem globalisierungskritischen eigenen kleinen Filmfest geworden, dessen Beiträge oft eine kritische Haltung zu Konsum und Nahrungsmittelindustrie einnehmen. (Ticket nur Film: Acht Euro) Hier einige Empfehlungen:

- **Last Call At The Oasis**

Was ist das kostbarste Nahrungsmittel? Genau, Wasser. Und trotzdem wird seine Verschmutzung mit giftigen Chemikalien und anderem Müll zugelassen. Wie lange halten da die Ressourcen noch? Der Film möchte die Aufmerksamkeit auf die globale Wasserkrise lenken. Betroffene kommen zu Wort, Prominente mahnen.

US 2011. Regie: Jessica Yu

- **Canned Dreams**

Dieser Film zeigt die Verrücktheiten der Lebensmittelproduktion in Europa. Am Beispiel einer Dose Ravioli wird die gesamte Produktionskette aufgerollt. Das Getreide stammt aus der Ukraine, nach Frankreich geht's zur Teigproduktion. Die Tomaten kommen aus Portugal, Olivenöl aus Italien. An vielen Orten werden die Ravioli zusammengetackert. Das Endprodukt steht dann im Supermarktregal - in Finnland. „On the Road“ wäre auch kein schlechter Titel gewesen. Die beteiligten Arbeiter erzählen von ihrer Tätigkeit; und davon, wie das Leben rund um die Ravioli aussieht.

FIN 2011. Regie: Katja Gauriloff

- **Tea Time: The Real Erin Brockovich**

Hier ein Hinweis auf eine der zahlreichen Veranstaltungen: Die Aktivistin Erin Brockovich-Ellis aus den USA, die als Sekretärin in einem Anwaltsbüro einen Skandal um verseuchtes Grundwasser aufdeckte. Ihr Leben wurde in einem eindrucksvollen und erfolgreichen Film mit Julia Roberts porträtiert. Brockovich gibt sich in Berlin die Ehre. Und steht Rede und Antwort zum Thema Recht und Umwelt.

15. Februar 2012. 17 Uhr im Spiegelzelt

Und wie geht's weiter im Kulinarischen Kino? Nach den Filmen des Hauptprogramms um 19:30 Uhr servieren Sterneköche im Spiegelzeltrestaurant „Gropius Mirror“ jeweils ein Menü, das vom Film des Abends inspiriert ist. Der Film mit Essen kostet 59 Euro.

GEGENBLENDE sagt: Guten Appetit.

9. bis 19. Februar 2012. Berliner Filmfestspiele.

In verschiedenen Berliner Kinos. Alle Vorführungstermine und Informationen über weitere Festivalsektionen gibt es auf der Homepage der Berlinale: www.berlinale.de

Aus der Krise lernen: Von industrieller Entwicklung zu vielfältigen Industriestrategiepolitiken

von Prof. Dr. Ulrich Hilpert

Die Erschütterungen seit der Finanzkrise haben den Blick auf die Industrieproduktion verändert. Erneut haben sich leistungsfähige Unternehmen und Branchen sowie deren hochwertige Produkte als wesentliche Träger einer soliden Entwicklung erwiesen. Manche Unternehmen mit besonders gefragten Angeboten hatten die Krise nicht einmal zu spüren bekommen und haben – Krise hin oder her – weiterhin nach hochqualifiziertem Personal gesucht. Das unterstreicht zum einen wie unterschiedlich und spezifisch die Entwicklungen sein können, und zeigt zum anderen wie differenziert die Betrachtung der Industrie, industrienaher Dienstleistungen und deren Standorte sein muss. Industrie ist ebenso vielfältig wie hochwertige produktionsorientierte Dienstleistung und Regionen eignen sich in unterschiedlicher Weise für industriepolitische Strategien. Ungeachtet dessen hat die in letzter Zeit wieder intensiver diskutierte Frage des heraufziehenden Fachkräftemangels deutlich dargelegt, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur eine Frage des Kapitals sondern zunehmend auch des *Humankapitals* sein wird. Ohne entsprechend qualifizierte Arbeitnehmer wird die industrielle Modernisierung hin zu einer wissensintensiven Industrie mit hoher Wertschöpfung nicht gelingen. Damit steht die Industriepolitik in Deutschland vor einer Reihe von Herausforderungen.

Technologieentwicklung in Metropolen

Wie in allen anderen führenden Industrieländern verändern sich auch in Deutschland mit dem Wandel zu High Tech-Industrien die Standortbedingungen. Gute Forschungseinrichtungen, hochqualifizierte Absolventen der Hochschulen, ein reger Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft und ein Zugang zum internationalen Stand der Forschung sind für viele Branchen und neue Technologiebereiche grundlegend. Die internationale Verflechtung auf den Gebieten der Forschung und Technologieentwicklung erfordert mehr Kommunikation, die nur begrenzt durch Internet und neue Kommunikationstechniken ersetzt werden kann. Kurze Wege und schneller Transport werden zu wichtigen Elementen wertschöpfungsintensiver High Tech-Industrien und der darauf orientierten High Tech-Dienstleistungen.

Was sich zunächst in den USA an einigen Stellen (z.B. Boston, San Francisco Bay, Los Angeles) zeigte und auch in Europa wiederholte (z.B. Kopenhagen und der Öresund) ist auch in Deutschland festzustellen: Unternehmen der Spitzentechnologien konzentrieren sich auf einige wenige Standorte und bilden dort Innovationsinseln (z.B. die Großräume München oder Stuttgart und in zunehmendem Maße auch Berlin). Metropolen werden zu wichtigen Industriestandorten, hier findet auf der Grundlage neuer Technologien und Forschungsergebnisse die besonders hohe Wertschöpfung statt. Hier werden die nationalen Entwicklungen an internationale Tendenzen gebunden und zwischen den Metropolen wird

das besonders hochqualifizierte Personal in Forschung und Entwicklung ausgetauscht. Mit dem Austausch des Personals werden zwangsläufig auch innovative Kompetenzen aufgebaut und neue Möglichkeiten des Austauschs eröffnet.

Industrie für die Peripherie

Während also in Metropolen zunehmend die High Tech-Industrie Einzug hält, die durch weniger Flächenkonsum, Lärm, Schmutz und Umweltbelastung geprägt ist, eignet sich ein weites Spektrum anspruchsvoller und innovativer Produktionen nicht für die Metropole – und lässt so Raum dafür, dass eher periphere Regionen auch in Zukunft Standorte moderner Industrien bilden können (z.B. Gummi- und Kunststoffindustrie in Thüringen oder Maschinenbau auf der Schwäbischen Alb). In dem Maße, wie die Metropolen einen Sog auf hochqualifizierte junge Menschen ausüben, wird die Lage für Betriebe außerhalb dieser zentralen Räume schwierig. Es entsteht zunehmend Konkurrenz um die knappe Arbeitskraft; und auch in eher peripheren Räumen suchen Betriebe nach Auszubildenden, Jungingenieuren etc.. Der demographische Wandel mit bisweilen erheblichen Einbrüchen bei den Zahlen der Schulabgänger trägt zu weiteren Verschärfungen dieser Situationen in den Regionen bei. Damit entsteht eine Konstellation, in der wirtschaftlich mögliche Entwicklungen zunehmend damit konfrontiert werden, dass ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitnehmern vom Facharbeiter bis zum Entwicklungsingenieur die Wahrnehmung der Chancen innovativer Unternehmen und ihres Beitrags zur Wirtschaftsentwicklung begrenzt.

Beide Konstellationen – die der Metropolen wie die der peripheren Räume – verweisen auf die Bedeutung der Arbeitskräfte und der Förderung ihrer Fähigkeiten für eine Fortsetzung moderner, innovativer Entwicklung. Dabei sind die Konstellationen in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich und bedürfen spezifischer Entwicklungsstrategien. Wie sich manche Branchen nur für bestimmte Standorte eignen, so können Programme der Bundesländer auch nur dann die größtmögliche Wirkung erzielen, wenn sie auf die tatsächlich bestehenden Chancen zielen. In Zeiten des Fachkräftemangels werden manche Standorte, wie die vitalen und attraktiven Metropolen, weniger Schwierigkeiten haben, hoch- und höchstqualifiziertes Personal anzuwerben, während in abgelegenen Gebieten das Problem bereits aktuell ist. Hier ist eine aktive und offensive Fachkräftepolitik eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaft und Beschäftigung und schließlich auch für die Regionalentwicklung insgesamt. Fehlen die entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte, dann fehlen auch die Träger von Wissen, Kompetenz, Kreativität und Innovation.

Ausbildung für Innovationspotenziale

So wie die Beteiligung an internationaler Spitzenforschung den nationalen Zugang zu neuen Innovations- und Produktfeldern eröffnet und erhält, so ist die betriebliche Ausbildung für die Umsetzung in wertschöpfungs- und technologieintensive Produkte grundlegend. Damit wird eine gute Grundqualifikation durch die schulische Ausbildung und die Förderung aller Talente in unserer Gesellschaft zu einem wichtigen Element der Industriepolitik: auf dieser Grundlage bauen betriebliche Ausbildungen und Hochschulen auf. Vermitteln Schulen und Hochschulen die erforderliche Kompetenz, dann können innovative Unternehmen in

Metropolen und peripheren Räumen moderne Produkte weiterhin herstellen und auch neu entwickeln. Industriebezogene und High Tech-Dienstleistungen benötigen solche Arbeitskräfte, um ihren Beitrag zur dynamischen Entwicklung in der internationalen Arbeitsteilung zu liefern – sowie die Fähigkeit anderer Hersteller an anderen Standorten mit der Zeit ähnliche Produkte herzustellen. Das erfordert beständigen Wandel und Modernisierung.

Erst das Zusammentreffen dieser vielseitigen Kompetenzen in Forschung, Entwicklung und Produktion erlaubt eine heterogene und flexible Wirtschaftsstruktur. Mit der hochwertigen Produktion von High Tech- und Medium Tech-Gütern wird dann nicht nur ein qualitativ hohes Niveau der Erzeugnisse, eine gute Position in der internationalen Arbeitsteilung und eine stabile Konstellation der regionalen Struktur erzielt. Zumal Metropolen, die durch entsprechend innovative und moderne Industriestrukturen (incl. der darauf orientierten hochwertigen Dienstleistungen) gekennzeichnet sind, auch einen höheren Beschäftigungsstand aufweisen, höhere Arbeitnehmereinkommen besitzen (bei gleichzeitig weiterhin bestehenden hohen Spitzeneinkommen), weniger von Armut bedrohte Personen und eine günstige Integration von Personen mit Migrationshintergrund haben. Der Austausch mit der Welt wird dann nicht nur über Waren realisiert, sondern umfasst zunehmend auch Arbeitnehmer. Die USA als klassisches Einwanderungsland zeigt diese Differenzierung besonders deutlich.

Differenzen sind Potentiale

Die Gesellschaft in modernen Industriemetropolen ist günstiger strukturiert und erlaubt eine breitere Beteiligung an dem durch moderne und High Tech-Industrien erwirtschafteten Wohlstand. Hohe Wertschöpfung bedarf aber grundlegend hoher Qualifikation – und die erfordert in Zeiten des demographischen Wandels des wachsenden Fachkräftemangels die Entfaltung aller Talente, zumal derjenigen, die sich in bildungsfernen Schichten und bisher eher am Rande der Gesellschaft verbargen. Bildungschancen und Förderung sind also nicht nur Fragen gesellschaftlicher Chancengleichheit, sie sind sogar wesentliche Grundlagen für die Zukunft einer modernen und wohlhabenden Industriegesellschaft.

Die regionale Differenzierung (z.B. Metropolen vs. periphere Räume) betont die Bedeutung qualifizierter Arbeitskraft besonders stark. Dadurch ist Qualifikation nicht mehr *allgemein* gesucht, sondern *spezifisch* solche, wie sie der regionalen Struktur entspricht und viele Unternehmen aus den unterschiedlichsten Regionen und Metropolen bemühen sich um diese Träger der Kompetenz. Dann werden angebotene Arbeitsplätze vergleichbar; Lebensqualität und persönliche Orientierung, Heimatgebundenheit und Wanderlust werden Kriterien für eine Entscheidung, aber auch wie zukunftsweisend die Arbeitsplätze sind und welche Gehälter angeboten werden. Da qualifiziertes Personal auch immer mit Einkommen verbunden ist, liefern moderne und innovative Industriestrukturen einen Beitrag zu Einkommensentwicklungen in peripheren Regionen.

Industriepolitik steht nun nicht nur vor einem Wandel durch neue Herausforderungen, sondern muss sich selbst wandeln: hin zu einer Industriest**ategie**politik, einem umfassenden Bemühen um eine industrielle Zukunft sehr unterschiedlicher Standorte. Als

Strategie umfasst sie die beständige Steigerung der – schulischen und betrieblichen – Ausbildung und hat den demographischen Wandel sowie die Entwicklung der Fachkräfte als Ausgangspunkt. Soviel hat uns die Finanzkrise gelehrt: Moderne und innovative Industrie bietet stabilere Entwicklungen und vielseitige Möglichkeiten für einen nachhaltigen gesellschaftlichen Wohlstand in Metropolen und peripheren Räumen – aber die *Strategieoption* muss politisch und gesellschaftlich wahrgenommen werden!

Die Energiewende als Hebel für eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik

von Dietmar Hexel und Dr. Inge Lippert

Mit den Beschlüssen zur Energiewende sind in Deutschland 2011 die Weichen auf einen tiefgreifenden Wandel gestellt. Nicht nur die Struktur der Energieerzeugung und -versorgung steht damit vor einem Umbruch. Die Herausforderungen gehen weit über das Energiesystem hinaus. Klimawandel, zunehmende soziale Spannungen und der wachsende Verbrauch natürlicher Ressourcen erfordern den sozial-ökologischen Umbau der gesamten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Die große Reichweite dieser Veränderungen und die Notwendigkeit, sie nachhaltig zu gestalten, verlangen nach einer grundlegenden Änderung der Industrie- und Dienstleistungspolitik.

Kurswechsel zu einem „Governancemodell der Nachhaltigkeit“

Zukunftsfähigkeit setzt angesichts der stetig wachsenden Weltbevölkerung heute drängender denn je voraus, dass wir den bislang verfolgten kohlenstoff- und ressourcenintensiven Pfad des Wachstums ändern und ihn durch ein klima- und sozialverträgliches Wirtschaften ersetzen. Die Marktkräfte allein werden diesen Kurswechsel kaum einleiten. Hierzu bedarf es klarer gesellschaftlich akzeptierter Ziele, gesetzlicher Regeln und der Definition von Obergrenzen („caps“), um ein anderes Handlungsbewusstsein zu erzeugen.

Der Neoliberalismus und die zunehmende Orientierung der Unternehmen am kurzfristigen Shareholder-Value haben nicht zur Lösung der Probleme beigetragen, sondern die Klimakrise und die sozialen Ungleichheiten in der Welt vertieft. Gier, altes Modelldenken und falsche Anreize in den Unternehmen durch Bonus-Systeme waren eine wesentliche Triebkraft der Krise. Es geriet in Vergessenheit, dass Unternehmen soziale Organisationen sind, die gute Dienstleistungen und Güter hervorbringen sollen, um das Leben der Menschen zu erleichtern – nicht um Eigentümer und Manager reich zu machen.

Seit der internationalen Wirtschaftskrise sind die zerstörerischen Grenzen dieses Wirtschaftsmodells nicht mehr zu übersehen.[1] Selbst bei Wirtschaftsvertretern und ihren Verbänden wird mittlerweile der Ruf nach einem nachhaltigeren Wirtschaften laut, wie beim Weltwirtschaftsforum in Davos. In immer weiteren Teilen der Gesellschaft und Wissenschaft wird in diesem Zusammenhang auch über ein neues Verhältnis von Markt und Staat

diskutiert. Dabei geht es nicht nur um die einfache Alternative von „mehr Markt“ oder „mehr Staat“. Es geht um gemeinsame Lösungen, eine neue Qualität und Balance zwischen Markt und Politik, d.h. ein neues „Governancemodell der Nachhaltigkeit“, das sich in der Formel des „Primats der Politik“ nicht vollständig widerspiegelt.

Ein solches Modell basiert auf neuen Aushandlungsprozessen und Kompromissen. Es ist gegenüber den entfesselten und sich beschleunigenden Märkten deutlich langsamer, denn Politik muss notwendigerweise demokratische Prozesse durchlaufen. Die deutsche Energiewende ist ein exemplarisches Beispiel hierfür. Die Weichen für einen Kurswechsel zu einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise sind mit der politischen Entscheidung für die Energiewende gestellt. Doch nun kommt es darauf an, wie der Prozess umgesetzt wird.

Vieles ist noch unklar, schafft jedoch Raum für Innovation und Eigeninitiative. Einige Unternehmen, wenn auch noch zu wenig, haben ihre Produkte und Prozesse schon deutlich auf die Ziele einer CO₂-armen Wirtschaft ausgerichtet. Die Energiewende bietet vielen von ihnen die Chance, sich mit neuen Umwelttechnologien in führender Stellung am Weltmarkt zu positionieren. Doch wirklich nachhaltig ist diese Entwicklung erst, wenn sie durch stabile Rahmenbedingungen und eine konsequente Politik in die Breite getragen und so weiterentwickelt wird, dass sich auch in der CO₂-Bilanz deutliche Wirkungen zeigen.

Elemente einer aktiven Industrie- und Dienstleistungspolitik

Der Einstieg in eine „Grüne Wirtschaft“ steht nicht in Widerspruch zu wirtschaftlicher Prosperität. Er gibt neue Impulse, die eine andere Form des Denkens und Wirtschaftens erfordern und umfasst neue Ziele, die sich nicht nur an der Kapitalrendite ausrichten, sondern an den Menschen als Kunden und Bürger sowie an den natürlichen Ressourcen. Das bedeutet im Ergebnis ein qualitatives Wachstum, das zur Schonung und Erholung der natürlichen Ressourcen beiträgt und qualitativ hochwertige Arbeitsprozesse und -plätze generiert.

Die deutsche und europäische Industrie steht damit vor der großen Herausforderung, einen strukturellen Wandel einzuleiten, der einerseits den demographischen Veränderungen gerecht wird und andererseits den Umstieg auf umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren forciert. Stets ist dabei ein Schub zu höherer Energie- und Rohstoffeffizienz auszulösen, ohne den neue Verfahren nicht zum Einsatz kommen dürfen. Diese Transformation geschieht in enger Wechselwirkung mit dem Dienstleistungssektor, der sich gleichermaßen auf neue Zukunftsfelder ausrichtet. Von der Finanzierung über IT bis hin zur Energieberatung und Weiterbildung müssen neue innovative Lösungen angeboten werden. Industriepolitik darf die Dienstleistungen nicht vernachlässigen. Für die Gewerkschaften ist dabei vorrangig, dass der Transformationsprozess sozial gerecht und ohne beschäftigungspolitische Verwerfungen erfolgt und ein Auseinanderdriften von „Gewinnern“ und „Verlierern“ verhindert wird. Dies erfordert auch neue, soziale Innovationen.

Aus Sicht des DGB beruht eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik, die diesen Zielen verpflichtet ist, auf folgenden Elementen:

- Entwicklung gesellschaftspolitisch relevanter Zukunftsfelder für eine bessere soziale Situation der Gesellschaft und eine Beschäftigung aller arbeitsfähigen Menschen, weil Arbeit deutlich mehr ist als nur monetäre Wohlstandssicherung.
- Gezielte Förderung neuer sozial und ökologisch nachhaltiger Industrien und Dienstleistungen in Europa, um Produkte zu erzeugen, die die Armut in der Welt lindern, die Energiewende voranbringen, Ressourcen sparen und Marktführerschaft sichern.
- Erhöhung der beruflichen Qualifikationen und sozialen Kompetenzen der Beschäftigten, um vorhandene Potentiale besser zu nutzen und einen nützlichen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.
- Steigerung der sozialen Sicherheit durch Schaffung dauerhafter Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven (inkl. gesicherter Übergänge in neue Beschäftigung, z.B. durch Lebensarbeitszeitkonten) und eine regional ausgewogene Entwicklung durch gesteuerte Wirtschaftsförderung.
- Freisetzen von Innovationen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlich notwendiger Umstrukturierungen, auch im Bildungsbereich.
- Korrektur der erkennbaren ökonomischen, ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen durch geeignete gesetzliche Regeln.

Ausrichtung an einem stimmigen Gesamtkonzept

In der Vergangenheit sind die Ziele Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Soziales oft gegeneinander ausgespielt worden. Die Dreieckskonstruktion einer Balance hat nicht funktioniert: statt mehr Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, haben die sozialen Spaltungen zugenommen, die Umweltzerstörung wurde nicht gestoppt. Eine zukunftsfähige Industrie- und Dienstleistungspolitik muss daher darauf ausgerichtet sein, die Ziele „Lebensqualität“, „soziale Sicherheit“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ produktiv zu verbinden und zu einem stimmigen Gesamtkonzept zusammenzuführen. So gesehen bilden die ökonomischen Ziele um einen Kern von Verantwortung für die Zukunft herum die erste innere Schale eines Ringes. Die zweite Schale sind die sozialen Ziele, die die Ökonomie bestimmen. Und die Klimaziele sind als natürliche, nicht veränderbare Grenze, die äußere dritte Schale, innerhalb derer sich die nachhaltige Entwicklung abspielen wird.

Eine vernünftig angelegte ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik kann dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft auf Wachstumsmärkte der Zukunft – wie Ressourceneffizienz und Mobilität – auszurichten. Auch wenn der Transformationsprozess im Einzelfall sehr unterschiedliche Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen kann, erweist

sich der Aufbau neuer Zukunftsindustrien, einschließlich ihrer industriellen Dienstleistungen, schon jetzt als starkes Zugpferd für eine zukunftsfähige Beschäftigung.

Nach Zahlen des Bundesumweltministeriums waren im Jahr 2010 nach starkem Anstieg in den Jahren zuvor schon über 367.000 Personen mit der Herstellung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (EE), ihrem Betrieb und ihrer Wartung sowie der Bereitstellung von Bio- und Kraftstoffen beschäftigt.[2] In dem Maße, wie neue Technologien zur Energie- und Materialeffizienz breiten Zugang zu den traditionellen Branchen der Industrie (Automobil/Transport, Maschinenbau, Chemie) sowie zu Dienstleistungen und Handwerk finden, werden auch hier massiv neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. In den Ökotechnologien insgesamt sind nach Angaben der Bundesregierung gegenwärtig knapp 2 Mio. Personen beschäftigt.[3]

Den Ausbau an „Guter Arbeit“ orientieren

Kernelement eines sozial-ökologischen Umbaus in Industrie und Dienstleistung ist neben der Quantität auch eine hohe Qualität der Arbeit. Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen sind kein Ansatz, der dem Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zuträglich ist. Ein langfristig tragfähiger makro-ökonomischer Rahmen setzt vielmehr das Gegenteil voraus: die Rückkehr zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und einem Konzept „Guter Arbeit“.

Fair und gut bezahlte Arbeit sichert den sozialen Frieden und stärkt die private Konsumnachfrage als das mit Abstand größte gesamtwirtschaftliche Nachfrageaggregat. Qualifizierung und gute Arbeit sind zudem Kernelemente der Wettbewerbsfähigkeit in einer Wirtschaft, die sich auf hohem technologischem Niveau bewegt und die Fähigkeit zu permanenter Innovation voraussetzt. Auf der anderen Seite sinken die Potenziale in Industrie und Dienstleistungen, wenn Arbeit durch unzureichende Ausbildung, niedrige Löhne, ungesicherte Befristungen und schlechte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist.

Mindestens nötig ist daher eine Selbstverpflichtung deutscher und europäischer Unternehmen zu ökologischen und sozialen Standards, wie sie im CSR-Bereich diskutiert wird. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass öffentliche Mittel nur an Unternehmen fließen, die die geltenden Arbeits- und Sozialstandards einhalten, Tariflöhne zahlen und Betriebsratswahlen nicht behindern. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich nachdrücklich für die Verbreitung Guter Arbeit einsetzen, insbesondere auch in den Branchen der Erneuerbaren Energien, die in einigen Teilen diesbezüglich noch einen großen Nachholbedarf haben. Der Umstieg auf ein neues Wirtschafts- und Wachstumsmodell darf nicht auf der Grundlage von Arbeitssystemen auf der „low road“ stattfinden.

Fünf Engpässe der Energiewende ...

Der Energieumstieg wird die bisherige Energieversorgungsstruktur maßgeblich verändern. Dabei zeichnen sich schon jetzt fünf Engpässe ab, die das Tempo und den Erfolg stark beeinflussen:

1. die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Fachkräften, die die neuen Technologien entwickeln und Anlagen betreiben,
2. der Ausbau der Stromübertragungs- und -verteilnetze, um den regenerativ erzeugten Strom zu transportieren,
3. die Entwicklung leistungsfähiger Speicher, um Schwankungen der volatilen Erneuerbaren Energien auszugleichen,
4. ausreichende Investitionen und Kreditlinien, um die neuen, hoch effizienten Kraftwerke und die benötigte Infrastruktur zu bauen und Innovationen in Unternehmen anzustoßen und
5. eine Beteiligung der Arbeitnehmer/innen in den betroffenen Industrien sowie der Bürger/innen bereits zu Beginn der Planungen, um die Akzeptanz zu erhöhen und unnötige Zeitverzögerungen und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Die Überwindung dieser fünf Engpässe ist ein langfristiger Prozess, der eine kontinuierliche und solide Finanzierungsbasis voraussetzt. Die KfW hat angekündigt, die Energiewende in den nächsten fünf Jahren mit mehr als 100 Mrd. Euro zu fördern. Darüber hinaus werden aber noch zusätzliche 25 Mrd. Euro pro Jahr als erforderlich angesehen, um die Erneuerbaren Energien auszubauen und den Energiebedarf durch effizientere Energienutzung zu reduzieren. [4] Die Steigerung der Energieeffizienz ist dabei auch ein wichtiges Instrument, um Zeit zu gewinnen und den Handlungsdruck bei den anderen Engpässen zu entschärfen. Denn Energie, die nicht verbraucht wird, muss gar nicht erst – auch nicht regenerativ – erzeugt werden.

Eine Schlüsselfunktion bei der Energieeffizienz hat der Gebäudesektor. Der DGB sieht es deshalb als dringend notwendig an, die gegenwärtige Blockade in der energetischen Gebäudesanierung zu durchbrechen. Dafür sind verlässliche und mit ausreichenden Mitteln bereitstehende Förderprogramme, wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Grundvoraussetzung. Allen Ankündigungen zum Trotz handelt die Politik hierbei nach wie vor unzuverlässig. Die jüngste Förderkürzung beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm hat dies erneut gezeigt. Jetzt kommt es darauf an, die fehlenden Einnahmen aus dem Emissionshandel durch die prognostizierten Steuermehreinnahmen aufzufangen und das Fördervolumen mittelfristig auf 5 Mrd. Euro pro Jahr zu erhöhen.

Ein breiter Investitionsstrom in den genannten Feldern hat aber nicht nur Umwelteffekte. Er trägt auch dazu bei, regionale Arbeit zu schaffen und die Binnennachfrage zu stärken. Investitionen in den Umweltschutz können daher gerade vor dem Hintergrund der wieder aufflammenden Finanzkrise in Europa wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur, vor allem in den stark betroffenen Ländern, beitragen und einem Durchschlag der Finanzkrise auf die Realwirtschaft entgegenwirken.

Die Investitionen müssen durch einen aktiven Staat gezielt gesteuert und durch zuverlässige Rahmenbedingungen abgesichert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Energiewende und der damit verbundene Transformationsprozess der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft versanden. Nach aktuellen Erfahrungen ist schon jetzt zu erkennen, dass sich die Privatbanken bei der Finanzierung längerfristiger Projekte im Umweltschutz- und Infrastrukturbereich sehr zögerlich verhalten. Auch Unternehmen halten

sich wegen der Unsicherheit über den Konjunkturverlauf mit Investitionen zurück. Die Krise in Europa darf nicht dazu führen, dass Investitionen in den Klimaschutz nicht mehr vorgenommen werden. Aber die europäischen Staaten tun ihr Möglichstes, um gerade diesen Effekt zu verstärken. Wird die Lösung der Krise einzig in EU-weiter Sparpolitik gesucht, werden die Wachstumskräfte des Umbauprozesses blockiert, die Engpässe zementiert und die Umbaupläne im Energiebereich stagnieren.

... und zwei Antworten

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Chancen für mehr Lebensqualität und neue Arbeitsplätze bietet. Sie beginnt national und ist in ein europäisches Projekt zu überführen. Europa hat genügend Ressourcen, um die Energiewende zu schaffen, sich aus der Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran zu befreien und Chancen für ein neues, qualitatives Wachstum einer modernen CO₂-armen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu generieren.

Der Prozess verläuft aber nicht zwangsläufig in die gewünschte Richtung. Denkbar ist auch, dass es zu Stagnation und Beschäftigungsabbau kommt. Um dies zu verhindern, ist auf nationaler Ebene das aktive und koordinierte Vorgehen aller beteiligten Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erforderlich. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich aktiv an der Gestaltung dieses Gemeinschaftswerks beteiligen. Um ein Forum hierfür zu schaffen, muss die Einrichtung einer „Nationalen Plattform Energiewende“ vorangebracht werden, wie sie von der „Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung“ vorgeschlagen wurde.

Auf der europäischen Ebene setzt sich der DGB abweichend vom bisher verfolgten Pfad für einen anderen Weg der Krisenlösung ein. Kurzfristige Rettungs- und Reparaturmaßnahmen werden in der gegenwärtigen Situation nicht mehr ausreichen, um die Stabilität wieder herzustellen. Hierzu bedarf es einer wirksamen Reform der Finanzmärkte und einer Politik, die ihr Augenmerk auf die Stärkung der Realwirtschaft für nachhaltiges Wachstum richtet. Die Überlegungen in Richtung einer „Europäisierung der Energiewende“ als Marshallplan für angeschlagene EU-Länder sind vielversprechende Ansatzpunkte in diese Richtung.

Literatur/Quellen:

[1] Vgl. Wolfgang Streeck (2011): Die Krisen des demokratischen Kapitalismus. In: Lettre International, Winter 2011, S. 7-13.

[2] Bundesministerium für Umwelt (2011): Erneuerbar beschäftigt!. Juli 2011. Berlin.

[3] Bundesministerium für Umwelt/Umweltbundesamt (2011): Umweltbundesbericht 2011. Berlin.

[4] Kfw Themendienst: KfW fördert Energiewende mit 100 Mrd. Euro. www.kfw.de.

Sozialer Basisschutz – eine Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung?

von Dr. Thomas Greven

Bei ihrem letztem Treffen Anfang November 2011 hat die G20-Gruppe in Cannes die Relevanz des UN-Konzepts eines sozialen Basisschutzes (*Social Protection Floor*) anerkannt, gleichzeitig allerdings auf die Bedeutung „nationaler Bedingungen“ hingewiesen. Eine klare Finanzierungsplanung wurde nicht vorgelegt.

Mit dem Konzept hat sich vor allem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) neu in die Debatte um soziale Sicherung in Entwicklungsländern eingebracht. Soziale Sicherung ist Teil der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit (*Decent Work Agenda*) von 1999, und für 2012 wird erwartet, dass die ILO einen Aktionsplan für die Umsetzung des sozialen Basisschutzes entwickelt.

Einerseits ist dies der Versuch dieser ebenso altherwürdigen wie zahnlosen Organisation, ihre alten Themen (vor allem das Übereinkommen Nr. 102 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit von 1952) neu verpackt ins Spiel zu bringen. Andererseits vollzieht die ILO einen gewissen Paradigmenwechsel, denn während sich die von nur 47 Ländern, darunter nur eine Handvoll Entwicklungsländer, ratifizierte Konvention Nr. 102 auf Versicherungsleistungen fokussierte und damit auf formal Beschäftigte, wie sie in der entwickelten Welt die Regel sind, „entdeckt“ der *Social Protection Floor* die informelle Wirtschaft und schlägt Grundsicherungsmaßnahmen vor, die u.a. über Transfers erfolgen sollen.

Worum geht es genau?

Alle Länder sollen einen Basisschutz zur Verfügung stellen, der vier grundlegende Garantien enthält: Erstens sollen alle Einwohner Zugang zu einer gesundheitlichen Grundversorgung haben. Zweitens sollen alle Kinder Einkommenssicherheit genießen, mindestens in Höhe der nationalen Armutsgrenze. Dies kann durch Geld- oder Sachleistungen erfolgen und schließt den Zugang zu Bildung ein. Drittens sollen auch alle Menschen in aktiven Altersgruppen, die kein oder ein zu geringes Einkommen durch Erwerbsarbeit erzielen, Einkommenssicherheit auf dem Niveau der nationalen Armutsgrenze erhalten, wiederum durch Geld- oder Sachleistungen; der Zugang zu Nahrung und Bildung soll gesichert sein. Viertens soll in gleicher Weise auch die Einkommenssicherheit älterer und behinderter Menschen gesichert werden.

Auf die Kritik, die z.T. auch von Gewerkschaften vorgebracht wird, dass diese Grundsicherung Gefahr läuft, bestehende Maßnahmen zu unterlaufen, antwortet die ILO, dass der Basisschutz Teil eines zweidimensionalen und dreistufigen Konzepts ist. Die drei Stufen sind Grundsicherung, Pflichtversicherungen und freiwillige Versicherungen, wobei sich der Schutz mit steigendem Einkommen verstärkt.

Die ILO gibt nicht bestimmten Konzepten den Vorrang, die Grundabsicherung der Bevölkerung kann über unterschiedliche Maßnahmen erfolgen: universelles Grundeinkommen, unbedingte Sozialtransfers, bedarfsorientierte Sozialleistungen sowie Mischungen. Im Vordergrund steht die Garantie von Zugängen zu Gesundheit, Nahrung und Bildung.

Paradigmenwechsel der sozialen Sicherung

Ob der Ansatz des *Social Protection Floor* geeignet ist, die Debatte zu prägen und politisch wirkmächtig zu werden, ist noch unklar. Die ILO betont, dass soziale Sicherung Menschenrecht ist und nicht freiwillige „Gabe“. Möglicherweise ist am Ende eine Argumentation, die soziale Sicherung als Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung sieht, einflussreicher. Diese Begründung für soziale Grundsicherung wird nachrangig auch von der ILO genannt, prägt aber vor allem die noch laufende Diskussion bei der Weltbank. Für diese wäre dies ein bedeutender Paradigmenwechsel, nämlich der Abschied von der neoklassisch-neoliberalen Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum gegenüber allem anderem Vorrang haben muss, weil sich in seiner Folge die gewünschten sozialen Segnungen schon einstellen werden. Mit Blick auf die fundamentalen Lebensunsicherheiten in armen Ländern und insbesondere in deren informellen Wirtschaften wird zunehmend erkannt, dass ein Mindestmaß an sozialer Sicherung eine grundlegende Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung ist.

Außer Frage steht in der Tat die Brisanz des Problems: Etwa 80% der Weltbevölkerung haben keinen umfassenden Zugang zur Abdeckung sozialer Risiken, etwa 60% erhalten keine Rente, 30% haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Umgekehrt haben nur 15% Zugang zu einer Arbeitslosenversicherung. Das Problem ist besonders virulent in der informellen Wirtschaft, in der in vielen Entwicklungsländern die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten tätig ist. Zwar ist die Zugehörigkeit zum informellen Sektor nicht gleichbedeutend mit Armut, tatsächlich gibt es dort äußerst erfolgreiche, kreative und innovative Wirtschaftsakteure. Es ist auch keineswegs so, dass die Menschen in der informellen Wirtschaft keine Steuern oder andere Beiträge bezahlen würden oder könnten, aber weil grundlegende Lebensunsicherheiten dort sehr stark verbreitet sind, können sie dies oft nicht in der Regelmäßigkeit und gleichbleibenden Höhe tun, wie es im formellen Sektor und in an diesem orientierten Versicherungssystemen üblich ist. Hier müssen (und können) Lösungen gefunden werden. Ganz klar ist, dass Maßnahmen, die den informellen Sektor nicht mit einbeziehen, nicht geeignet sind, für das Problem der sozialen Unsicherheit Abhilfe zu schaffen.

Schritte der Umsetzung

Viele Studien zeigen, dass die Finanzierung von inklusiven Maßnahmen zur sozialen Grundsicherung möglich ist. Bereits eine Investition von 4% des Bruttoinlandsprodukts könnte die Armutsrate um 40% reduzieren (bezogen auf den Nahrungsmittelbedarf). Damit könnte man der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele näher kommen. Wie so oft, ist der politische Wille der verantwortlichen Entscheidungsträger entscheidend. Daran mangelt es national wie international, wiewohl viele Entwürfe kursieren.

Bekanntlich ist Papier geduldig, und auch bei der ILO wird viel davon produziert. Aktionspläne werden diskutiert, z.B. in Afrika (basierend auf der *Yaoundé Tripartite Declaration on the Implementation of the Social Protection Floor* von 2010), aber man wird bis zur Internationalen Arbeitskonferenz 2012 im Juni warten müssen, um zu sehen, ob die ILO einen wirksamen Maßnahmenkatalog entwickeln und finanzieren kann.

Grundsätzlich werden drei Ansätze diskutiert, die alle ihre Stärken und Schwächen haben:

1. Der Ausbau bestehender Versicherungssysteme, die aber meist wie bisher Beschäftigte in der informellen Wirtschaft und deren Angehörige nicht erreichen.
2. Steuerfinanzierte Zahlungen für verschiedene Zwecke, universell oder bedarfsorientiert (Renten, Sozialhilfen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Schule etc.). Hier wird von Kritikern befürchtet, dass insbesondere universelle Programme zu Abhängigkeiten und negativen Folgen für den Arbeitsmarkt führen, es geht also u.a. darum, sie zielgruppenspezifisch auszugestalten.
3. Lokale Kleinprogramme und Programme speziell für den informellen Sektor, z.B. Genossenschaften im Gesundheitsbereich. Hier bestehen offensichtlich Reichweiteprobleme und z.T. auch Finanzierungsprobleme. Andererseits sind hier die kreative Beteiligung und die Selbstermächtigung der Betroffenen am größten.

Diese Fragen der Beteiligung und Ermächtigung der Betroffenen und auch die verwandte Frage der Macht am Arbeitsplatz, sind in der Debatte um soziale Grundsicherung zumeist nur ein Randthema. Bei der ILO, die das Thema der sozialen Sicherung im Kontext ihrer Agenda für menschenwürdige Arbeit diskutiert, wo es auch um grundlegende Arbeitnehmerrechte geht, nimmt es noch den größten Stellenwert ein. Dies ist sicherlich auch der starken Stellung der Gewerkschaften zu verdanken, für die soziale Sicherung als Instrument der Armutsreduktion gleichzeitig auch der Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit dient.

Sicherungssysteme für den informellen Sektor

Die Vielfalt der nationalen und lokalen Ansätze zur Förderung der sozialen Sicherung, insbesondere in der informellen Wirtschaft, wurde bei einer regionalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako, Mali, im November 2011, deutlich. Hier diskutierten Praktiker und Experten aus ganz Westafrika (und Kamerun) nicht nur über die Programme aus Brasilien (*Bolsa Familia*, das u.a. Geldzahlungen an arme Familien vorsieht, wenn diese ihre Kinder zur Schule schicken und impfen lassen) und Namibia (Pilotprojekt mit bedingungslosen Geldzahlungen), die weltweit Aufmerksamkeit erlangt haben, sondern auch über erste Erfahrungen mit innovativen lokalen Programmen in Benin und Senegal (Gesundheitsgenossenschaften). Traditionell überwiegen in Westafrika, wo die informelle Wirtschaft im Schnitt 80% ausmacht (was sie in den Worten eines Teilnehmers zur „l'économie populaire“, zur volkstümlichen Wirtschaft, macht), Systeme der sozialen Sicherung, die auf weitverzweigten Großfamilien beruhen. Angesichts des großen Misstrauens gegenüber dem Staat, der meist als Selbstbedienungsladen korrupter (städtischer) Eliten wahrgenommen wird (oft zu Recht), werden die großfamiliären Solidarsysteme vielfach gar als überlegen betrachtet. Doch auch wenn sie nützlich sind,

insbesondere in Abwesenheit verlässlicher anderer Schutzmechanismen, so können sie keine Garantien bieten, weil es ja sein kann, dass alle Familienmitglieder gleichzeitig in der Krise stecken. Zudem überfordern sie die Starken, die oft dauerhaft für zu viele Menschen verantwortlich sind. Wenn Leistungsträger überlastet sind und demotiviert werden und nicht in die ihr eigenes Fortkommen und in die Ausbildung ihrer Kinder investieren können, wird das System zum Entwicklungshindernis. Nicht zuletzt trägt das familiäre Solidarsystem zum dramatischen Bevölkerungswachstum bei und damit zur Überlastung der natürlichen und staatlichen Ressourcen, z.B. sind die Kommunen mit dem Bau von Schulen überfordert.

Ganz klar deutlich wurde in den Diskussionen, dass in Westafrika die Auseinandersetzung mit dem Konzept des *Social Protection Floor* weitergehen muss: Vorhandene Programme müssen ausgewertet werden und es bedarf intensiver Lobbyarbeit, auch der Gewerkschaften, um den politischen Willen in den betroffenen Ländern zu erzeugen, für eine solche Basisabsicherung der Bevölkerung zu sorgen.

Interaktive Arbeit – ein Kernbereich von Dienstleistungspolitik

von Dr. Wolfgang Dunkel

Martin Beckmann hat in seinem Beitrag „Gute Arbeit und gute Dienstleistungen: Elemente einer gewerkschaftlichen Dienstleistungspolitik“ auf der Grundlage des DGB-Index Gute Arbeit darüber berichtet, dass erstaunliche „76 Prozent der in Dienstleistungsbranchen tätigen Menschen interaktive Arbeit leisten.“ Für drei von vier dieser Beschäftigten spielt also der Umgang mit KundInnen, PatientInnen, KlientInnen und anderen Menschen, die Dienstleistungen in Anspruch nehmen, eine wesentliche Rolle in ihrem beruflichen Alltag. Dementsprechend vielgestaltig ist interaktive Arbeit: Sieht man sich allein das Feld personenbezogener Dienstleistungsarbeit an, begegnet man so unterschiedlichen Aktivitäten wie Pflegen und Betreuen, Beköstigen, Beherbergen, Befördern, Unterhalten, Lehren, Verkaufen, Beraten, Erziehen, Therapieren etc.. Kundenkontakte und interaktive Arbeit sind aber nicht nur in der Dienstleistungsbranche von Belang. Auch in der produzierenden Industrie spielen Kundenkontakte eine wichtige Rolle – etwa dann, wenn im Maschinenbau der technische Service beim Kunden vor Ort durchgeführt wird, oder dann, wenn zwischen Unternehmen Vertragskonditionen ausgehandelt werden. Interaktive Arbeit eignet sich deshalb in besonderer Weise dazu, eine gemeinsame Ebene von Dienstleistungs- und Industriepolitik zu finden.

Immer dann, wenn sich Beschäftigte in ihrer Arbeit mit anderen Personen abstimmen müssen, leisten sie interaktive Arbeit. Das Besondere an der interaktiven Arbeit ist, dass sie nur interaktiv erbracht werden kann. Das hört sich banal an, hat jedoch weit reichende Konsequenzen. Denn es bedeutet, dass der Arbeitserfolg nie von einer Seite allein, sondern immer von beiden Seiten abhängt – von der Seite des Beschäftigten und von der Seite des

Kunden. Arbeitet der Kunde nicht mit, kommt die Dienstleistung nicht zustande. Für die Beschäftigten stellen sich damit besondere Anforderungen. Sie müssen in der Lage sein ihre Kunden so zu beeinflussen, dass diese sich in ihrem Sinne verhalten, also in produktiver Weise zur Dienstleistung beitragen.

Interaktive Arbeit am Beispiel der Pflege

So alltäglich interaktive Arbeit ist, so wenig ist sie selbstverständlich und problemlos zu leisten. Ein Beispiel aus dem Bereich der Altenpflege, das in dem laufenden Forschungsprojekt „PiA – Professionalisierung interaktiver Arbeit“ näher untersucht wird.

Interaktive Arbeit in der Altenpflege ist Arbeit an und mit Menschen in einem umfassenden Sinne. Sie reicht von flüchtigen Kontakten bis hin zu körperlich und psychisch herausfordernden Handlungen, die weit in die Intimsphäre der Pflegebedürftigen hinein reichen und beiden Seiten sehr viel abverlangen können. Dabei ist der pflegebedürftige Mensch einerseits Gegenstand der interaktiven Arbeit, der unterstützt, betreut und behandelt wird – von der krankenschwägerischen Versorgung bis hin zur ganzheitlichen Unterstützung der Lebensführung. Pflegebedürftige sind aber nicht nur Gegenstand von Pflege, sondern auch eigensinnige Interaktionspartner im Prozess der Pflege, die bis zu einem gewissen Punkt mitspielen und eigene Beiträge liefern müssen, damit die Pflegeleistung erfolgreich erbracht werden kann. Die Herausforderung für die Pflegekräfte besteht deshalb nicht nur darin, fachlich gute Pflege zu leisten, sondern gemeinsam mit den Pflegebedürftigen eine angemessene Form der Kooperation zu finden. Diese lässt sich nicht bis ins Letzte durchplanen und durchsteuern, sondern muss immer wieder aufs Neue von den beteiligten Interaktionspartnern hergestellt werden.

Interaktive Arbeit am Beispiel der Banken

Obleich interaktive Arbeit immer eine eigenständige Leistung der Beschäftigten und ihrer Interaktionspartner darstellt, wird sie über die Bedingungen, unter denen sie erbracht wird, ganz wesentlich beeinflusst. Ein Beispiel aus dem Bereich der Finanzdienstleistungen:

Die Finanzmarktkrise der vergangenen Jahre hat im Bereich der Banken eine Beratungspraxis zutage gefördert, die primär an den Profitinteressen des Geldinstitutes und erst sekundär an den Kundeninteressen orientiert ist. In den Forschungsprojekten „PARGEMA – Partizipatives Gesundheitsmanagement“ und „Lanceo – Balanceorientierte Leistungspolitik“ sind u.a. Kundenberater verschiedener Finanzdienstleister befragt worden. Ihre Arbeitssituation ist zum ersten dadurch gekennzeichnet, dass der erfolgreiche Verkauf von Finanzprodukten für das Unternehmen einen sehr hohen Stellenwert hat. Die im Vertrieb geforderten Ertragsziele können nur über erfolgreich gestaltete Kundenbeziehungen erreicht werden. Damit steht die interaktive Arbeit des Kundenberaters, sein Geschick und sein Erfolg bei der Gestaltung des direkten Kundenkontaktes im Fokus. Insofern können sich Kundenberater nicht über mangelnde Aufmerksamkeit von Seiten des Unternehmens beklagen. Ihre Arbeit wird beachtet. Daraus kann Anerkennung entstehen. Das scheitert jedoch regelmäßig daran, dass die Unternehmen auf sehr spezifische Weise interaktive Arbeit zu steuern versuchen: Kundenberater sollen immer mehr verkaufen und sie sollen (oftmals

im Rahmen zeitlich befristeter Kampagnen) ganz bestimmte Produkte verkaufen. Produkte, die nicht zum Besten des Kunden sein müssen. Darüber hinaus treten an die Stelle von Vertrauen in die eigenständige Zielerreichung häufig konkrete Prozessvorgaben und detaillierte Vorschriften, die als Gängelung empfunden werden.

Folge davon ist, dass die Beschäftigten nicht nur mit einem sich kontinuierlich erhöhenden Ertragsdruck konfrontiert sind, der von weiteren als ertragsförderlich angesehenen Vorgaben wie etwa eine möglichst hohe Anzahl von Anrufen bei Kunden begleitet werden kann. Sie sehen sich auch zunehmend gezwungen, schwierige moralische Entscheidungen zu treffen und dabei gewisse Professionalitätsstandards aufrecht zu erhalten. Was kann ich den Kunden noch zumuten, was nicht? Was ist mir das Interesse des Unternehmens wert? Worin besteht mein eigenes, persönliches Interesse? Eine immer wieder kehrende Formulierung der befragten Kundenberater beginnt so: „So lange ich noch in den Spiegel sehen kann...“ Und schließlich müssen die Kundenberater einen Weg finden, wie sie im Gespräch mit dem Kunden dessen Kooperation erreichen. Dies ist dann besonders problematisch, wenn die Interessen widersprüchlich sind. Hinzu kommt, dass Kunden aufgrund der aufgedeckten Missstände ihren Beratern nicht mehr in der Weise vertrauen wie ehemals und im Gespräch mit dem Berater entsprechend agieren werden. Auch die Wiederherstellung von Vertrauen kann deshalb Aufgabe von Kundengesprächen sein. Anlageberater sind also nicht nur mit Leistungsproblemen, sondern auch mit moralischen Problemen befasst.

Interaktive Arbeit als Gegenstand gewerkschaftlicher Dienstleistungspolitik

Interaktive Arbeit hat aufgrund der hohen Heterogenität des Dienstleistungsbereiches viele verschiedene Erscheinungsformen. Über diese verschiedenen Erscheinungsformen hinweg gibt es aber durchgängige Gemeinsamkeiten, auf die sich gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik richten kann:

- Interaktive Arbeit ist die lebendige Leistung der Beschäftigten, die bei jedem Kundenkontakt aufs neue und damit auch immer wieder in Anbetracht der je neu gegebenen Umstände zu erbringen ist.
- Die Beschäftigten verfügen über Erfahrungswissen im Umgang mit Kunden; sie sind Experten und Expertinnen darin, die Kunden zum Mitspielen zu bewegen; und sie kennen die Bedürfnisse der Kunden, mit denen sie tagtäglich zu tun haben, besser als das Unternehmen.
- Wenn es gelingt, solche Leistungen und Kompetenzen offen zu legen, kann dies für eine Aufwertung von Dienstleistungsarbeit genutzt werden.
- Damit Beschäftigte ihre Expertise auf dem Feld interaktiver Arbeit entfalten können, brauchen sie Handlungsspielräume. Unternehmensstrategien der Standardisierung von Dienstleistungen und der Steuerung der Arbeitsleistungen ihrer Beschäftigten führen aber allzu oft dazu, dass eine gelingende Interaktion zwischen Kunden und Beschäftigten nicht gefördert, sondern behindert wird.
- Wesentliche Anteile interaktiver Arbeit bestehen deshalb für Beschäftigte wie Kunden immer wieder darin, die Probleme, die das Dienstleistungsunternehmen erzeugt hat, zu beseitigen oder zumindest zu relativieren.

- Dienstleistungsqualität, Arbeitszufriedenheit und Professionalität können nicht nur durch Leistungsdruck und Zeitdruck, sondern auch durch schlechte Produkte (wie etwa Finanzprodukte, die für die Kunden nachteilig sind).

Gewerkschaftliche Dienstleistungspolitik sollte deshalb

- nicht nur darauf Einfluss nehmen, wie viel gearbeitet wird, sondern auch darauf, dass die Arbeitsleistungen monetär, aber auch nicht-monetär anerkannt und geschätzt werden;
- hellhörig dafür werden, welche Arbeitsbedingungen für die Handlungsspielräume interaktiver Arbeit wichtig sind und muss versuchen, diese entsprechend mit zu gestalten;
- nicht nur auf Arbeitsbedingungen Einfluss nehmen, sondern auch auf Arbeitsinhalte.

Dadurch könnte die interaktive Dienstleistungsarbeit gesellschaftlich und betrieblich eine Aufwertung erfahren.

Literatur/Quellen:

Zu den Themen dieses Beitrages ist erschienen (Projekt PARGEMA):

Kratzer, Nick; Dunkel, Wolfgang; Becker, Karina; Hinrichs, Stephan (Hrsg.) (2011): Arbeit und Gesundheit im Konflikt. Analysen und Ansätze für ein partizipatives Gesundheitsmanagement, edition sigma, Berlin.

Im Frühjahr 2012 wird erscheinen (Projekt PiA):

Dunkel, Wolfgang; Wehrich, Margit (Hrsg.) (2012): Interaktive Arbeit. Theorie, Praxis und Gestaltung von Dienstleistungsbeziehungen, VS-Verlag, Wiesbaden.

Moderne Industrienationen brauchen eine aktive Industriepolitik

von Prof. Dr. Martin Gornig

Industriepolitik hat in Deutschland nicht unbedingt einen guten Ruf. So wurde viel Geld einseitig in Technologien wie die Kernenergie investiert oder über Jahrzehnte hinweg mit Milliarden der Rückbau des Kohlenbergbaus begleitet. Unabhängig von solchen Beispielen bleibt aber festzuhalten, dass eine moderne Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik ohne eine aktive Industriepolitik nicht denkbar wäre.

In der Erschließung von neuen Technologiebereichen wie etwa der Elektromobilität können die Unternehmen oder gar einzelne Unternehmer die Entwicklung marktgängiger Produkte nicht alleine schultern - weder in Deutschland noch in anderen Ländern. Wir brauchen also eine aktive Industriepolitik, die bewusst steuert, zum Beispiel Forschungsnetzwerke initiiert und Forschungsinfrastruktur zur Verfügung zu stellt. In manchen Fällen wie der Förderung erneuerbarer Energien geht es darüber hinaus auch darum durch stattliche Maßnahmen die Nachfrage zu stimulieren um eine langfristige Entwicklung zur Marktreife zu ermöglichen.

Der Bedarf der Industrieproduktion

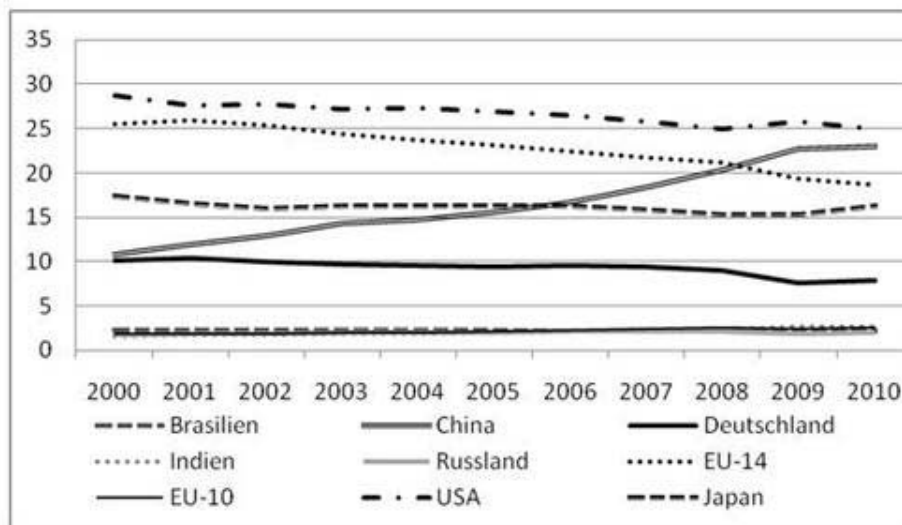
Man darf Industriepolitik zudem nicht nur auf Technologiepolitik verkürzen. Die moderne Industrie setzt immer mehr Humankapital ein. Der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften ist groß. Die Qualifikationsanforderungen werden immer höher und spezifischer. Auch hier geht es nicht ohne Kooperation von Wirtschaft und Staat. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist ein Beispiel dafür. Und vielleicht ist Deutschland auch deshalb nicht zur Basarökonomie geworden, sondern Industrienation geblieben, weil wir dieses Ausbildungssystem haben?

Wie wichtig Industriepolitik ist, hat sich gerade auch die letzte globale Wirtschaftskrise gezeigt. Im Zuge der Globalisierung nimmt die Spezialisierung der einzelnen Volkswirtschaften stark zu. Daraus sind einerseits hohe (bislang wohl nicht gerecht verteilte) Spezialisierungsgewinne entstanden. Andererseits hat mit der Spezialisierung auch die Krisenanfälligkeit zugenommen, wenn in bestimmten Märkten die Nachfrage zusammenbricht. So ist es im Herbst 2008 geschehen als die Investitionsgüternachfrage weltweit einknickte. Dass Deutschland diese Krise gut überstanden hat, lag auch an einer aktiven Industriepolitik, die gezielt Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie das Kurzarbeitergeld oder die Abwrackprämie für den Erhalt der Produktionskapazitäten in der deutschen Industrie einsetzte.

Industriedaten

Eine aktive Industriepolitik in ihren verschiedenen Facetten ist demnach für eine moderne Volkswirtschaft wie in der Bundesrepublik unabdingbar. Die Frage ist also nicht, ob Industriepolitik betrieben werden soll, sondern höchstens wie. Der Staat muss lernen unternehmerischer zu denken und zu handeln. Er muss Chancen und Risiken abwägen. Muss entscheiden, ob bestimmte Technologien gefördert und ob bestimmte Industriestrukturen temporär gesichert werden sollen. Für diese Abwägungen braucht die Politik Informationen darüber, wo die deutsche Industrie im globalen Vergleich steht, wie die Entwicklungen und Erfahrungen andernorts sind und welche Benchmarks gesetzt werden. Im Rahmen der sogenannten Strukturberichterstattung stand hierzu seit Ende der 1970er Jahre ein regelmäßiges und dichtes Informationssystem zur Verfügung. Heute allerdings müssen wir uns mit einzelnen Analysen und Auswertungen begnügen, wie sie beispielsweise das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Rahmen der Studien zum deutschen Innovationssystem erstellt.^[i] Die Ergebnisse aus diesen Analysen werden im Folgenden zusammengefasst.

Die Industrieproduktion steigt seit Jahren weltweit deutlich an. Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in den OECD- und BRIC-Staaten liegt laut UN-Statistik heute real um fast 35% höher als im Jahr 2000. Die globalen Marktanteile haben sich dabei deutlich verschoben (Abbildung 1). Gestiegen ist vor allem das Gewicht Chinas. Der Marktanteil Chinas verdoppelte sich von gut 11% (2000) auf rund 23% (2010). Der Marktanteil anderer dynamischer Aufholhändler blieb dagegen nahezu konstant. Weder Indien, noch Brasilien oder Russland können ihren Marktanteil auf über 3% ausweiten.



Quelle: United Nations Statistics Division (UNSD), IMF WEO Database, OECD

STAN; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Verlierer des Standortwettbewerbs finden sich unter den etablierten Industriestaaten. So ging der Anteil der USA an der globalen Industrieproduktion von fast 30% auf 25% zurück. In den westeuropäischen Länder zusammen (EU14) war ein Rückgang des Marktanteils von 25% auf unter 20% zu beobachten. Hier ging die reale Industrieproduktion trotz globalen Wachstums zurück.

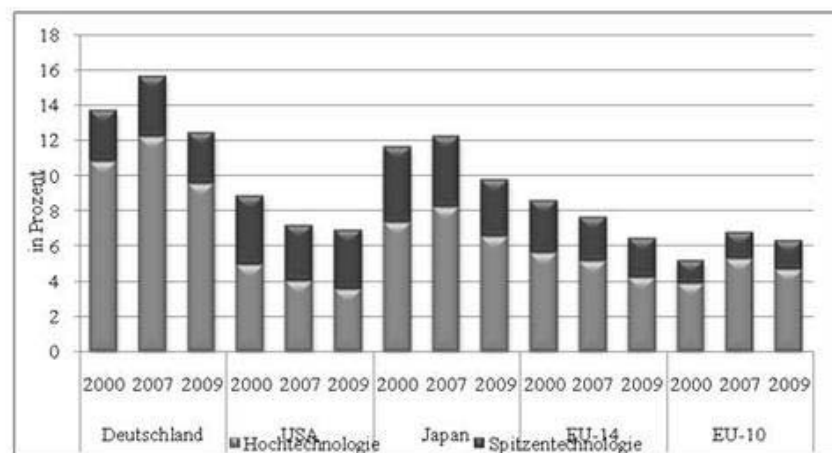
Vergleichsweise stabil entwickelte sich dagegen die Marktposition Deutschlands und Japans. Insbesondere Deutschland konnte seinen Marktanteil von rund 10% an der globalen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes lange halten. Erst in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise knickte der Anteil an der globalen Industrieproduktion ein und konnte in 2010 noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die Anteilsverluste Japans halten sich ebenfalls in engen Grenzen. Der Anteil an der Industrieproduktion Japans liegt heute mit 16% nur um rund 1 Prozentpunkt unter dem Wert des Jahres 2000.

Die Bedeutung der deutschen Industrie

Die Veränderungen in den globalen Marktanteilen spiegeln sich auch in der Bedeutung wider, die die Industrie heute in den verschiedenen Ländern besitzt. Deutschland zeichnet sich dabei, wie kaum eine andere etablierte Volkswirtschaft durch den starken Fokus auf das verarbeitende Gewerbe aus. Nachdem für das Gesamtjahr 2011 erwartet werden kann, dass die Industrieproduktion wieder das Vorkrisenniveau erreicht, dürfte fast ein Viertel der Wertschöpfung hierzulande direkt im verarbeitenden Gewerbe entstehen.

Die deutsche Industrie konnte insgesamt ihre Wettbewerbsstellung in den letzten Jahren weiter festigen. Mit China und den osteuropäischen Ländern sind zwar neue Konkurrenten auf den Weltmarkt vorgedrungen, was vor allem zu Lasten anderer etablierte Industrieländer ging. Grundlage für die hohe Attraktivität des Produktionsstandortes Deutschland sind eine stabile Kostensituation, ein hohes Innovationspotential und ein günstiges Investitionsklima. Der Erfolg der deutschen Industrie ist langfristig aber vor allem Ergebnis einer starken sektoralen Spezialisierung.

Deutschland ist weltweit am stärksten auf forschungsintensive Industrien fokussiert. Hierzu zählen zum einen die Branchen der Hochtechnologie wie Elektrotechnik, Maschinenbau, Chemie und Straßenfahrzeugbau. Hier weißt Deutschland selbst in der Krise 2009 mit einem Wertschöpfungsanteil von allein fast 10% weit höhere Werte auf als die Konkurrenten aus anderen OECD-Staaten. Auch im Bereich der Spitzentechnologie, wozu die Pharmazie, Mess- und Regeltechnik, Medizintechnik, EDV, Nachrichtentechnik und der Luftfahrzeugbau zählen, konnte Deutschland im vergangenen Jahrzehnt stark zulegen. Nur in den USA und Japan ist dieser Bereich derzeit noch stärker ausgeprägt.

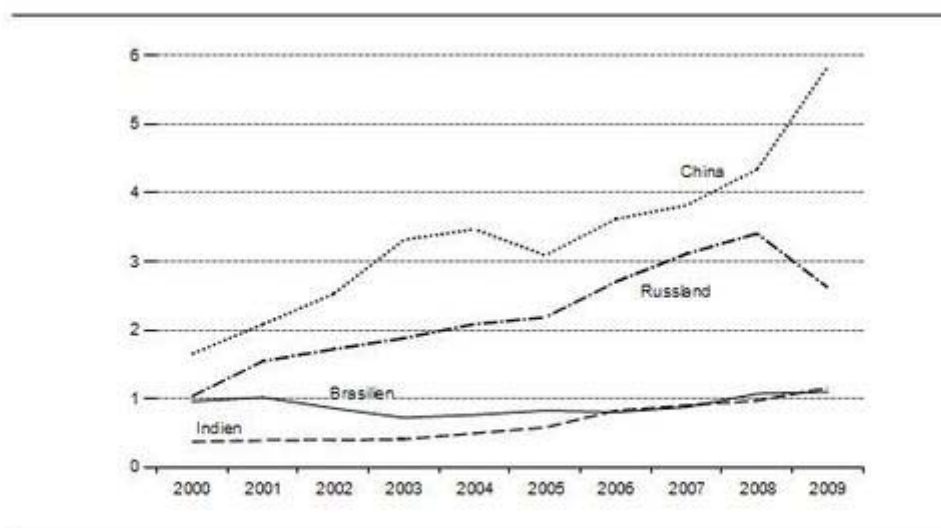


Quelle: EUKLEMS Datenbasis, OECD STAN, Eurostat ; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin

Grundlage für die sektorale Spezialisierung ist die ausgeprägte Wettbewerbsstärke der in Deutschland produzierenden Unternehmen, was sich vor allem beim Außenhandel mit forschungsintensiven Gütern bemerkbar macht. Es lohnt daher auch ein Blick auf die geografische Ausrichtung der deutschen Exporte insbesondere bei forschungsintensiven Industrien.

Der industrielle Export

Deutschland setzt weiterhin den Großteil seiner Waren im europäischen Ausland ab. 2009 gingen mehr als 70% aller Ausfuhren in die EU-Staaten. Allerdings ändern sich die räumlichen Gewichte der globalen Wirtschaft zunehmend. Insbesondere der Aufstieg der BRIC-Länder schafft neue Schwerpunkte. In der Vergangenheit konnte insbesondere die japanische forschungsintensive Industrie aufgrund der räumlichen Nähe vom Wachstumstempo der asiatischen Aufholländer profitieren. Mehr und mehr gewinnen China und die anderen BRIC-Staaten aber auch für deutsche forschungsintensive Güter als Absatzregionen an Bedeutung (Abbildung 3). So gingen 2009 fast 6% der deutschen Exporte solcher Güter nach China.



Quelle: UN Comtrade; Berechnungen des DIW Berlin.

Der gegenwärtig sichtbare Erfolg der Industrie in Deutschland gibt allerdings keinen Anlass, die Hände in den Schoss zu legen - im Gegenteil. Mit der sektoralen Spezialisierung auf Hochtechnologien, wie auch der zunehmenden Ausrichtung auf die künftigen Wachstumsmärkte, sind zwar positive Weichenstellungen vorgenommen worden. Jedoch begründet die hohe sektorale Spezialisierung auch Risiken. In den forschungsintensiven Industrien muss Deutschland auch in Zukunft in der Lage sein, neue Technologien zu entwickeln, sie in Produkte zu integrieren und sie effizient zu produzieren. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden die Folgen der hohen Volatilität der Nachfrage in diesen

Bereichen in den Griff zu bekommen. Beides wird nur in Kooperation von Gesellschaft und Unternehmen gehen, beides steht für moderne Industriepolitik.

Literatur/Quellen:

[i] DIW Wochenbericht Heft 17/2011: Hoch- und Spitzentechnologie: Starke Triebkraft der deutschen Wirtschaft.

http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.371987.de/11-17.pdf

Belitz, H., M. Clemens, M. Gornig, F. Mölders, A. Schiersch, D. Schumacher: Die deutsche Forschungsintensive Industrie in der Finanz- und Wirtschaftskrise im internationalen Vergleich. Expertenkommission Forschung und Innovation, Studien zum deutschen Innovationssystem, 4-2011.

http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/StuDIS_2011/StuDIS_4_2011.pdf

Gornig, M., F. Mölders, A. Schiersch, V. Zambre: Wie wettbewerbsfähig ist die deutsche Industrie? Daten, Fakten, Einschätzungen. In Allespach, M. und A.Ziegler: Zukunft des Industriestandortes Deutschland 2020. Schüren Verlag: Im Druck.

Dienstleistungen im Zeitalter des demografischen Wandels

von Dr. Dominik Haubner

Inzwischen ist die Demografie – zumindest in weiten Teilen der Öffentlichkeit – zu einer Leitwissenschaft aufgerückt, die fast zu jedem Thema angefragt wird und meint, auch zu jedem Thema etwas beitragen zu können. Diese Indienstnahme der Wissenschaft durch die Politik hat zu einer „Demografisierung des Sozialen“ geführt. Statt die demografische Entwicklung als Trendverstärker sozialer Veränderungen zu begreifen, die es auch ganz ohne Bevölkerungsschwund und älter werdende Gesellschaft gibt, gewinnen die demografischen Veränderungen ein eigenständiges Gewicht. Dies bringt Menschen, die sich kritisch mit der demografischen Entwicklung beschäftigen, in ein Dilemma. Einerseits müssen sie deutlich machen, dass die sich schleichend vollziehenden Prozesse, die sich aus Geburtenrückgang und zunehmender Alterung ergeben, von Politik und Unternehmen ernster genommen werden müssen als das derzeit der Fall ist. Andererseits müssen sie kritisch Stellung beziehen gegen den Begründungsdiskurs aller möglichen Maßnahmen, die für die Gesellschaft mit Kosten verbunden sind – und die mit Demografie oft nicht sehr viel zu tun haben.

In Deutschland wird der demografische Wandel primär als Bedrohung begriffen. Einerseits besteht Konsens über die faktische Lage. Es gibt einen enormen Rückgang der Bevölkerung bei zugleich deutlich wachsendem Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung. Bereits 2030 wird den Statistikern zufolge Deutschland mit einem Rentneranteil von fast 50 Prozent die älteste Bevölkerung Europas haben. Andererseits wird oft übersehen, dass der demografische Wandel auch als Chance gesehen werden kann. Selbst Gesellschaften, die noch Bevölkerungswachstum aufweisen, altern und alle haben das Problem, dass die alternde Bevölkerung in irgendeiner Form versorgt werden will – und die Familie zunehmend als Versorgungsinstanz ausfällt, weil die Kinder aufgrund der Mobilitätsanforderungen moderner Gesellschaften nicht mehr am Ort wohnen oder die Frauen selbst erwerbstätig sind und die Pflege ihrer Angehörigen nicht mehr in dem Umfang leisten können wie das in der Vergangenheit der Fall war.[i]

Die neue Rolle der Technik bei der Versorgung Älterer

Wem es gelingt, neue Technologien und neue Dienstleistungen zu entwickeln und am Markt durchzusetzen, der hat in einem weltweiten, riesigen Wachstumsmarkt die Nase vorn. Denn selbst, wenn Dienstleistungen immer lokal erbracht werden müssen: die Technologien und die Dienstleistungskonzepte können exportiert werden. Was die Technologien betrifft, so ist Deutschland durch die Förderung der Mikrosystemtechnik[ii] seit den neunziger Jahren hervorragend aufgestellt. Alle Technologien zur Unterstützung des Verbleibs älterer Menschen in ihrem heimischen Umfeld sind im Prinzip vorhanden, was fehlt sind die systemischen Verbindungen und geeignete Nutzerschnittstellen. Schlimmer ist, dass überzeugende Dienstleistungskonzepte und Geschäftsmodelle fehlen, die den breitflächigen Einsatz neuer Technologien zuhause ermöglichen. Denn eines ist unabweisbar: die sozio-ökonomische Situation des Pflegesektors (niedrige Löhne und geringes Ansehen) und die demografische Entwicklung zusammen werden über kurz oder lang dazu führen, dass menschliche Arbeitskraft nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen wird, um sich um ältere Menschen zu kümmern. Und die private Pflege durch Angehörige stößt auch zunehmend an Grenzen. Es ist demnach nicht die Frage, ob Technologien hier zukünftig verstärkt eingesetzt werden, sondern nur die Frage: wie? Und auch hier herrscht noch große Unklarheit, nicht zuletzt, weil die bisherige Entwicklungsstrategie vor allem technologiegetrieben ausgerichtet war und die Nutzer und potenziell Betroffenen weitgehend außen vor blieben.

Es geht also im Kern um die Umgestaltung einer Dienstleistungsarbeit, in deren Mittelpunkt die Arbeit am Menschen steht. Diese Arbeit hat einen hohen Anteil interaktiver Elemente, sie ist in letzter Konsequenz auch Arbeit am fremden Körper, ist Arbeit „body to body“. Alte Menschen wollen nicht nur satt und sauber sein, sondern auch mit anderen in Kontakt treten, ein Mindestmaß an Mobilität aufrecht erhalten, sich eine gewisse Lebensqualität bewahren. Neue Dienstleistungs-Technologie-Kombinationen können hier beachtliches leisten – wenn sie bei den Nutzern, aber auch bei den Beschäftigten – im doppelten Sinne des Wortes – ankommen. Es kommt auf die synergetische Entwicklung von Technologien und Dienstleistungen an, ein auch in Deutschland zugegeben noch sehr zartes Pflänzchen. Gerade bei der stark ingenieurgetriebenen Entwicklung von Technologien für einen längeren Verbleib in der eigenen Wohnumgebung hat sich gezeigt, dass die Nutzer und ihre konkreten

Bedürfnisse zu wenig Beachtung fanden. Zu komplex, zu unsicher, zu intransparent – so einige zentrale Vorbehalte. Ein weiterer ist, dass Produkte und Dienstleistungen, die als Kompensation von Mängeln des Individuums vermarktet werden, zur Stigmatisierung beitragen – und niemand möchte gerne zugeben, dass er oder sie alt, krank und hilfsbedürftig ist.

Aber auch wenn Alterungsprozesse auf Grund der „techno-physiologischen Revolution“^[iii] als Gewinn für Leben und Gesellschaft verstanden werden können, sollten die möglichen Kosten des gesteigerten Einsatzes von Technologie nicht unterschätzt werden. Wichtig ist auch, dass diese „techno-physiologische Revolution“ politisch gestaltet werden muss. Es wird darauf ankommen, wie die neuen Dienstleistungs-Technologie-Kombinationen eingesetzt werden. So ist es z.B. noch lange nicht ausgemacht, ob die Phase der Pflegebedürftigkeit wirklich dauerhaft kostensparend oder zumindest kostenneutral zu organisieren ist und vor allem, wem welche Versorgung zu Teil werden kann. Gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung spielt die Gestaltung des Umgangs mit dem Verbraucher oder Patienten die Hauptrolle, konkret die Gestaltung der „Dienstleistung am und mit dem Menschen“.

Nicht nur die Patienten, sondern auch die Beschäftigten im Gesundheitssektor müssen bei ihren Bedürfnissen abgeholt und mitgenommen werden, damit sich vorhandene technische Lösungen ausbreiten können. Dabei ist von einer anzustrebenden Symbiose zwischen Dienstleistungen und Technologie im Sinne von zu entstehenden Dienstleistungs-Technologiekombinationen auszugehen, in der jedoch der eigentliche Kern, der Umgang mit Patienten und Kunden oder der Personenbezug, also der Dienstleistungsanteil, vielleicht doch die entscheidende Rolle spielt. Jedoch ist auch die Gestaltung dieser Schnittstelle zwischen zu Versorgenden und Beschäftigten, nun oftmals unterstützt von technologischen Hilfsmitteln, in ein ganzes System von Dienstleistungs- und Technologieprodukten eingebettet.

Zwischen High-Road und Low-Road-Strategie

Bei der Gestaltung von Dienstleistungs-Technologiekombinationen im demografischen Wandel ist es sinnvoll, sich die Unterschiedlichkeit der Entwicklung von Dienstleistungsbeschäftigung im internationalen Vergleich in Erinnerung zu rufen. Hier kann zwischen einer „high-road-Strategie“, die vornehmlich in den skandinavischen Ländern vorzufinden ist und einer „low-road-Strategie“ von Dienstleistungsentwicklung in den angelsächsischen Ländern unterschieden werden. Bei der high-road besteht ein positives Austauschverhältnis zwischen der Herstellung von Qualitätsprodukten, hoher Dienstleistungsqualität und guten Arbeitsbedingungen sowie einer angemessenen Bezahlung, sozialer Sicherheit der Beschäftigten. Die „low-road“ bewegt sich auf einer Negativspirale zwischen Kurzfristorientierung der Betreiber, schwacher institutionellen Rahmen- und schlechten Arbeitsbedingungen^[iv]. Die Länder unterscheiden sich nicht allein im Umfang der Dienstleistungsarbeit, die innerhalb ihrer Grenzen geleistet wird, sondern auch in den Dienstleistungsfeldern, in denen gearbeitet wird. Im internationalen Vergleich weist Deutschland bei den eher hochwertigen Dienstleistungen und vor allem bei den sozialen Dienstleistungen Nachholbedarf auf. Der größte Teil der viel beklagten

„Dienstleistungslücke“ in Deutschland geht demnach auf einen Rückstand gegenüber nordeuropäischen Spitzenreitern im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswesen zurück.

Es sind nicht so sehr sog. „einfache“, sondern vor allem hochwertige Dienstleistungen wie im Erziehungswesen, der Altenpflege und in der Kinderbetreuung, an denen es in Deutschland mangelt. Dies hat Gründe, die in der Tradition des konservativen deutschen Wohlfahrtsstaates liegen. Hier wird kaum in soziale Infrastruktur investiert, stattdessen wird an Erwerbstätigkeit geknüpfte Transferzahlungen und vor allem nicht entlohnten familiären Hilfeleistungen der Vorrang eingeräumt. Zugleich hat sich in den letzten Jahren insbesondere durch die Niedriglohnpolitik in den mit hohem Personenanteil ausgestatteten sozialen Dienstleistungen die Richtung hin zum angelsächsischen Modell verschoben.

Ein spannendes wie anfälliges Dreiecksverhältnis

Die zu entwickelnden Dienstleistungs-Technologiekombinationen werden nur erfolgreich sein, wenn sie an den vorhandenen Versorgungsstrukturen anknüpfen. Nur ein gelungenes Zusammenspiel zwischen Mensch, Technik und Markt bietet die Möglichkeiten, die Angebote besser auf den Einzelnen und sein gewohntes Umfeld abzustimmen, sie aber gleichzeitig mittels der technologischen Basis zu standardisieren bzw. zu „industrialisieren“. Dies ist aus unserer Sicht die eigentliche Pointe der zunehmenden technologiebasierten Entwicklung von personenbezogenen Dienstleistungen. Technik kann als Querschnittstechnologie wirken, die zunächst die Abläufe der Dienstleistung reorganisiert und damit die Produktivität der nur als begrenzt rationalisierbar geltenden personenbezogenen Dienstleistungen erhöht. Dienstleistungen und Technik sind also wechselseitig aufeinander angewiesen.

Prominentestes Beispiel sind hier digitalisierte Organisationsablaufprogramme in der Pflege. Hier bietet der Einsatz solcher Technik auf doppelte Weise Individualisierungspotenziale. Wird die Technik so eingesetzt, dass ein Pfleger nicht statt 8 nun 12 Patienten auf Grund der technologischen Rationalisierung betreuen muss, verbleibt mehr Zeit für den Einzelnen. Zugleich bietet eine verbesserte Dokumentation die Möglichkeit, noch genauer auf die jeweiligen Bedarfe einzugehen. Die Technik sollte so gestaltet sein, dass nur bestimmte Aufgaben der Beschäftigten industrialisiert werden, um mehr Zeit für die eigentliche, die personenbezogene Arbeit zu schaffen. Sie sollte die Beschäftigten im Kern ihrer Arbeit, der personenbezogenen Dienstleistung, unterstützen und nicht kontrollieren oder gängeln. Technische Optionen müssen in den Arbeitsalltag integriert werden, sie müssen anschließen an das, was den Kern der Arbeit ausmacht und dies muss bereits während der Entwicklungsphase geschehen.

Technik kann somit tatsächlich einen höheren Grad an Standardisierung bei gleichzeitiger Individualisierung ermöglichen, was die Voraussetzungen für eine breite, möglichst alle Bevölkerungsschichten inkludierende medizinische Versorgung schafft. Wird diese Zielsetzung ernsthaft verfolgt, muss an der Ausbalancierung dieses Spannungsfeldes permanent gearbeitet werden, ansonsten droht sich der eingeleitete Prozess der (Teil-) Privatisierung von Versorgungsleistungen zu verstärken.

Gerade Gewerkschaften wird bei der Gestaltung von technologisch unterstützten Dienstleistungen eine wichtige Funktion zu Teil, die sie auszufüllen wissen müssen. Sie sind gut beraten, sich diesen Entwicklungen nicht einfach entgegenzustellen, sondern ihren Beitrag zu einer beschäftigungsfreundlichen Organisation der Arbeit zu leisten. Wird die Technik mit den „traditionellen Gewerkschaftsfeldern“ Qualifikation und Arbeitsbedingungen verknüpft, kann sie als die lang ersehnte „Produktivitäts- und Lohnerhöhungspeitsche“ nicht nur bei den angeblich niedrig produktiven Dienstleistungen dienen. Technik kann bei entsprechender Ausgestaltung dabei helfen, die Abdrängung personenbezogener Dienstleistungen in den Sektor der Einfacharbeit zu verhindern; gerade in Feldern wie der Pflege, in denen schon heute Fachkräftemangel besteht. Integrativer Technikeinsatz ist somit eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung von „Guter Arbeit“ in den Dienstleistungsbranchen der Zukunft.

Wie der europäische Vergleich zeigt, sind die beschäftigungsintensiven sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen dort besonders ausgeprägt, wo auch die Einkommensgleichheit stark entwickelt und breite Nachfrage auch im privaten, zweiten Gesundheitsmarkt vorhanden ist. Bislang jedoch wird personenbezogene Arbeit geschlechtsspezifisch und dadurch letztlich materiell abgewertet. Interaktive, soziale und emotionale Kompetenzen, die bei den sozialen und kommunikationsintensiven Dienstleistungen eine große Rolle spielen, werden teilweise als „weiblich angeborene Fähigkeiten“ angesehen, die nicht ausgebildet, nicht bezahlt und nicht wertgeschätzt werden müssen. Ohne eine bessere Bezahlung wird sich aber die höhere Wertschätzung nicht einstellen. Und eine bessere Bezahlung kann maßgeblich durch eine höhere Produktivität mittels technologischer Unterstützung erreicht werden.

Umfassende Anforderungen für hybride Wertschöpfungsketten und eine kohärente Dienstleistungspolitik

Neue Dienstleistungen und Technologien, die es erlauben, länger in der gewohnten Umgebung zu bleiben, können zu erfolgreichen Geschäftsmodellen werden, die sich auch sehr gut in andere älter werdende Gesellschaften exportieren lassen. Voraussetzung wäre, dass sie den deutschen Markt als Referenz nutzen könnten. Technologisch sind eigentlich alle Voraussetzungen da – deutsche Forschungseinrichtungen und innovative Dienstleistungsunternehmen gelten etwa im Bereich der assistiven Technologien (neudeutsch: des ambient assisted living) weltweit als führend, da sie an traditionelle Leitindustrien wie die Medizintechnik, die Informations- und Kommunikations- sowie die Mikrosystemtechnik anknüpfen können. Damit sind umfassende technologische Unterstützungssysteme und Arbeitsreorganisationssysteme wie die angesprochenen Dokumentationssysteme in der Pflege gemeint, die im Zusammenspiel mit bereits vorhandenen Techniken wie Notrufmeldern einen höheren Gesamtnutzen ermöglichen.

Bislang ist der Durchbruch solcher digitalen Unterstützungssysteme auf den Märkten der „silver economy“ allerdings noch nicht gelungen. Hier gilt es aber eher in Dekaden zu denken, da sich erst im Verlauf einer breiteren Nutzung ihre eigentliche Stärke, das Zusammenwirken unterschiedlicher, assistierender Dienstleistungs-Technologiesysteme nachweisen lässt. Insgesamt könnte sich die Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie in

Deutschland mit einer derartigen symbiotischen Strategie von derjenigen in Großbritannien und den USA dadurch positiv abheben, dass sie nicht als Kompensation für eine erodierende industrielle Basis entsteht, sondern komplementär mit einer sich permanent modernisierenden industriellen Produktion[v].

Voraussetzung hierfür ist, die oftmals noch dichotomischen Einschätzungen des Verhältnisses von Technik und Dienstleistungen, sekundärem und tertiärem Sektor zu Grabe zu tragen. Das größte Potential an neuen Arbeitsplätzen zeigen sicherlich die sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen. Trotzdem bleibt die Industrie nicht nur quantitativ wichtig, sondern auch im Bezug auf die Produktivität. Dienstleistungen und Sachgüterproduktion sind nicht mehr länger im Widerspruch zu sehen. Wesentlicher Trend ist, dass sich die zumeist in der Industrie entwickelten Technologien immer stärker mit Dienstleistungskomponenten zu sog. „hybriden Produkten“ oder zu komplexen Dienstleistungssystemen und Wertschöpfungsnetzwerken verknüpfen. Damit aber sind nicht nur die Entwickler in den Laboren der Industrie gefordert, sondern auch die Entwickler von Dienstleistungen und – nicht zuletzt auch mit Blick auf die notwendige Akzeptanz und eine stärkere Marktdurchdringung - die Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Endnachfragern.

Literatur/Quellen:

[i] Bieber, Daniel (Hg.): Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist, München, 2011

[ii] Mikrosystemtechnik beinhaltet Sensorik, also die Fähigkeit, Umweltinformationen aufzunehmen, Informationsverarbeitung, also die Fähigkeit, die Umweltinformation verarbeiten und Aktorik, also daraus entsprechende, sichere und sauber definierte Aktionen auszulösen. Ein mikrosystemtechnisches Produkt, das jeder kennt, ist der Airbagsensor.

[iii] Hank, Reiner: Die geschenkten Jahre, in FAZ vom 25.04. 2011

[iv] Lehndorff, Steffen : Motor der Entwicklung – oder fünftes Rad am Wagen? Soziale Dienstleistungen und gesellschaftliche Investitionen,. In: Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Das Politische in der Arbeitspolitik: Ansatzpunkte für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung, Berlin 2006

[v] Bsirske, Frank: Dienstleistungspolitik und Dienstleistungsforschung – Ein Plädoyer für neue Impulse, in WSI- Mitteilungen 9/2011

Der Fiskalvertrag – Sturm im Wasserglas oder Gefahr für Demokratie und Sozialstaatlichkeit?

von Dr. Anne Karrass

Nach nicht einmal zweimonatigen Verhandlungen einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs – mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien – am 30. Januar dieses Jahres auf einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag zur verstärkten haushalts- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Die Meinungen, wie dieser Fiskalvertrag einzuschätzen ist, gehen weit auseinander. Während Angela Merkel von einer Meisterleistung spricht und Guido Westerwelle darin „ein wichtiges Signal für eine solide und nachhaltige europäische Haushaltspolitik“ sieht, „die neues Vertrauen bei Bürgern und Märkten schafft“[1], warnen die Gewerkschaften, dieser Vertrag sei eine Gefahr für den Sozialstaat und die Demokratie.[2] Immer öfter hört man jedoch auch Stimmen, die den Vertrag als zahnlos oder überflüssig bezeichnen. So titelt die FAZ „Mogelpackung Fiskalpakt“[3], die EZB warnt vor einem Gummi-Pakt[4] und Daniel Gros, Direktor des Brüsseler Centre for European Policy Studies, spricht von einem „Sturm im Wasserglas“, da alles, was im Vertrag stehe, ohnehin bereits durch andere europäische Rechtsakte umgesetzt und somit gültig sei.[5]

Würde die letztgenannte Position zutreffen, könnten gewerkschaftliche und linke Proteste sich auf andere Projekte des europäischen „Krisenmanagements“ konzentrieren, Bedarf gibt es ja leider genug. Aber ist diese herunterspielende Einschätzung des Fiskalvertrags berechtigt? Um dies herauszufinden, muss man sich in die Tiefen der Vertragsartikel begeben. Der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (so der offizielle Titel des Fiskalvertrags) besteht aus fünf Teilen. Der wichtigste Teil – der „Fiskalpakt“ – umfasst die haushaltspolitischen Vorgaben. Hierbei geht es zum einen um die Verankerung von Schuldenbremsen, zum anderen um eine Verschärfung der bereits gültigen haushaltspolitischen Vorschriften, des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Zwangs-Schuldenbremsen für alle

Die wichtigste Neuerung des Fiskalvertrags im Vergleich zu den bestehenden europäischen Regeln ist, dass alle Vertragsstaaten eine Schuldenbremse einführen müssen. Auf Grundlage der bestehenden EU-Verträge dürfen die Staaten hierzu nicht gezwungen werden.[6] Der Fiskalvertrag ist umso zwingender. Artikel 3 legt fest, dass die Staaten sich auf einen mindestens ausgeglichenen Haushalt verpflichten müssen. Dies gilt als erreicht, wenn das strukturelle Defizit 0,5% des BIP zu Marktpreisen nicht überschreitet, bei Ländern mit einem Schuldenstand von weniger als 60% darf es maximal 1% betragen.[7] Höhere Defizite dürfen nur in Ausnahmefällen vorkommen, die im Laufe der Vertragsverhandlungen immer enger gefasst wurden: Die Möglichkeit mit höheren Defiziten „konjunkturelle Auswirkungen“ aufzufangen war nur in den ersten Entwürfen enthalten, in der Endfassung sind Defizite nur noch bei einem außergewöhnlichen Ereignis, „das sich der Kontrolle der betreffenden

Vertragspartei entzieht“ oder bei einem „schwerwiegenden Wirtschaftsabschwung“ erlaubt (Art. 3, Abs. 3).

Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssen die Vertragsstaaten einen Korrekturmechanismus einrichten, der bei einer (drohenden) Verfehlung der Schuldenbremse automatisch (!) ausgelöst wird. Seine genaue Ausgestaltung wird sekundärrechtlich geregelt, vertraglich festgelegt ist jedoch bereits, dass die Kommission „Art, Umfang und Zeitrahmen der zu ergreifenden Korrekturmaßnahmen“ (Art. 3, Abs. 2) festlegt. Den nationalen Parlamenten bleibt somit wenig Spielraum.

Die Schuldenbremsen müssen innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags auf Verfassungs- oder vergleichbarer Ebene dauerhaft und verbindlich festgelegt werden. An diesem Punkt wird oft von einer Verwässerung gesprochen, da die Bundesregierung ursprünglich darauf bestanden hatte, dass die Schuldenbremsen in den Verfassungen verankert werden. Für mehr als die Hälfte der Euroländer ist dies jedoch schwierig, weil die nötigen Mehrheiten im Parlament fehlen oder die Verfahren zur Änderung der Verfassung sehr kompliziert sind. Die größte Hürde stellt Irland dar, hier wäre eine Volksabstimmung nötig, die man in jedem Fall vermeiden will. Daher einigte man sich auf die Formulierung „durch verbindliche und dauerhafte – vorzugsweise verfassungsrechtliche – Bestimmungen oder andere Bestimmungen [...], deren uneingeschränkte Beachtung und Einhaltung im gesamten einzelstaatlichen Haushaltsverfahren gewährleistet ist“ (Art. 3, Abs. 2). Dass die Schuldenbremse durch einen Regierungswechsel nicht einfach außer Kraft gesetzt wird, dafür werden die Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) sorgen.

Der Fiskalvertrag sieht vor, dass der EuGH prüfen darf, ob die Schuldenbremse angemessen in nationales Recht verankert wurde (jedoch nicht, ob sie eingehalten wird^[8]). Wenn er zu einer gegenteiligen Einschätzung kommt und der betroffene Staat keine Nachbesserungen vornimmt, droht eine Geldbuße bis hin zu 0,1% des BIP, um auf diese Weise Druck auf die Staaten auszuüben. Damit das Gericht tätig wird, müssen sich allerdings die Mitgliedstaaten gegenseitig verklagen, was eher unwahrscheinlich ist. Daher wollte die Bundesregierung der Kommission, die hier sehr viel eifriger ist, ein eigenes Klagerecht verschaffen. Juristisch wäre dies jedoch so schwierig zu implementieren (hierfür müssten die bestehenden EU-Verträge geändert werden), dass die Kommission letztlich nur ein indirektes Klagerecht erhalten hat. Sie schreibt Berichte über die angemessene Einführung der Schuldenbremse. Wenn sie zu einem negativen Ergebnis kommt, sollen die anderen Mitgliedstaaten das betroffene Land verklagen (Art. 8, Abs. 1). Damit dies tatsächlich geschieht, wird bis zur Unterzeichnung des Vertrags im März ein genaues Verfahren festgelegt, bei dem z.B. das Land klagen muss, dass die Ratspräsidentschaft innehat.

Um den Druck auf die Mitgliedstaaten, die Schuldenbremse in besagter Form einzuführen, noch weiter zu erhöhen, bestand die Bundesregierung erfolgreich darauf, den Fiskalvertrag mit dem Vertrag über den permanenten Rettungsschirm (ESM) zu verknüpfen. Geld aus dem ESM bekommt künftig nur noch, wer den Fiskalvertrag bis zum 1.3.2013 ratifiziert und die Schuldenbremse ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags implementiert hat.

Weitere Automatisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Schon seit Einführung des Euro dürfen die Defizite der Mitgliedstaaten die Marke von 3% nicht überschreiten, sonst drohen ein Defizitverfahren und in letzter Instanz finanzielle Sanktionen – so steht es im Vertrag und auch im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der SWP wurde bereits im letzten Jahr strenger gefasst, durch weitere Verordnungen, die aufgrund ihrer Anzahl den Namen „SixPack“ erhielten. Einige dieser Verschärfungen werden auch im Fiskalvertrag wieder aufgegriffen. Dies betrifft zum einen die „automatischen Sanktionen“. Vorschläge der Kommission zum Defizitabbau oder zur Verhängung von Geldstrafen, wenn ihre Vorschläge nicht umgesetzt wurden, gelten demnach automatisch, wenn sich nicht eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat dagegen ausspricht (zuvor musste sich eine Mehrheit *dafür* aussprechen). Der Fiskalpakt geht hier aber noch einen Schritt weiter als das SixPack. Die „umgekehrte qualifizierte Mehrheit“ gilt künftig auch für die Einleitung des Defizitverfahrens, d.h. für die Feststellung, ob ein Land das Defizitkriterium von 3% unzulässiger Weise verletzt (Art. 7). Dies ist eine wichtige Neuerung, da diese Feststellung die Voraussetzung für alle weiteren Schritte und letztlich für Sanktionen ist. In Zukunft ist daher häufiger und schneller mit solchen Verfahren zu rechnen. Die bestehenden EU-Verträge schreiben dies explizit anders fest, weshalb es für diese Regel den neuen Vertrag braucht (wobei unklar bleibt, wie beide Verträge sich zueinander verhalten).

Auch die Schuldenabbauregel (Mitgliedstaaten, deren Schuldenstand mehr als 60% des BIP beträgt, müssen die diesen Wert übersteigenden Schulden um 1/20 pro Jahr abbauen) wird aus dem SixPack in den Vertrag übernommen. Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dieses Verfahren zu verschärfen, indem auch für die Feststellung des übermäßigen Schuldenstands die umgekehrte qualifizierte Mehrheit gilt, konnte sich hiermit jedoch – insbesondere gegen Italien und Frankreich – nicht durchsetzen. Das gleiche gilt für die Frage, ab wann mit dem Schuldenabbau begonnen werden muss. Im SixPack ist geregelt, dass alle Euroländer, die am 8.11.2011 im Defizitverfahren waren, die Schuldenabbauregel erst drei Jahre nach dem Jahr anwenden müssen, in dem ihr Defizit wieder unter 3% liegt. Dieser Übergangszeitraum, der für alle Euroländer gilt - da im November 2011 alle mit Ausnahme von Luxemburg, Finnland und Estland (deren Schuldenstand unter 60% liegt) im Defizitverfahren waren^[9] – sollte durch den Vertrag eigentlich wegfallen, kam durch den Verweis auf die entsprechende Regel im SWP jedoch wieder hinein.^[10]

Fazit: Deutlich mehr als ein Sturm im Wasserglas

Die haushaltspolitischen Regelungen im Fiskalvertrag sind keineswegs ein Sturm im Wasserglas. Im Gegenteil. Die Verpflichtung auf die Einführung von Schuldenbremsen ist sehr hart; haben die Mitgliedstaaten sie einmal eingeführt, wird es kaum möglich sein, sie wieder abzuschaffen. Man müsste nicht nur die parlamentarischen Mehrheiten zur Änderung der nationalen Verfassung erlangen, sondern auch auf europäischer Ebene einen einstimmigen Beschluss der Unterzeichner des Fiskalvertrags erzielen, um diesen wieder zu ändern. Das gilt auch für die Verschärfungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Durch die „automatischen Sanktionen“ soll eine politische Einflussnahme und dadurch befürchtete „Verwässerung“ der Defizitregeln vermieden werden. Darin wird die Grundidee des

Fiskalpakts abermals deutlich: Um alle Staaten zu einer harten Kürzungs- und Austeritätspolitik zu zwingen, werden politische, demokratisch-legitimierte Handlungsspielräume beschnitten. Es werden also automatische Sanktionen und Korrekturmechanismen eingeführt, die auch durch wechselnde Mehrheiten kaum mehr veränderbar sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass die demokratischen Prinzipien zugunsten einer einseitigen „Haushaltsdisziplin“ beschnitten werden. Die nationalen Parlamente sollen keine Politik zum Wohle ihrer Bevölkerung machen, was in bestimmten Phasen (z.B. mit wirtschaftlich schwacher Entwicklung) oder für bestimmte Projekte (wie z.B. der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau) durchaus auch Defizite rechtfertigt. Stattdessen wird alles dem Ziel des ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalts untergeordnet. Da der Einnahmebereich im Fiskalvertrag völlig ausgespart wird und der Steuerwettbewerb in der EU somit ungehindert weitergeht, sind die Folgen des Paktes absehbar: Senkung von Renten und Sozialleistungen, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst und Privatisierungen.

Hiermit wird klar: Dieser Fiskalvertrag ist – leider – kein Sturm im Wasserglas. Vielmehr stellt er eine reale Gefahr für die Demokratie und den Sozialstaat dar. Bisher ist er allerdings noch nicht unterzeichnet und auch nicht ratifiziert, weshalb Protest möglich und nötig ist. Die Gewerkschaften haben bereits zu einem Aktionstag am 29. Februar, dem Tag vor der Unterzeichnung aufgerufen. Viele nationale Protestaktionen zur Verhinderung der Ratifizierung müssen folgen.

Literatur/Quellen:

[1] Außenminister Westerwelle begrüßt Ergebnisse des Europäischen Rats, Pressemitteilung vom 31.01.2012

[2] <http://www.dgb.de/themen/++co++45272bd2-466c-11e1-79b6-00188b4dc422>

[3] FAZ vom 17.1.2012

[4] Notenbanker warnt vor Gummi-Pakt, SPIEGEL-Online vom 12.01.2012

[5] Zitiert auf <http://www.mdr.de/nachrichten/eu-gipfel122.html>

[6] „Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine verlässliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung und Umsetzung nationaler Schuldenbremsen, wie sie am 9. Dezember 2011 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde, auf Grundlage der europäischen Verträge durch Sekundärrechtsakte nicht möglich“ (Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage von Alexander Ulrich, 26.01.2012).

[7] Im SixPack ist die Verpflichtung auf ein strukturelles Defizit von 1% des BIP enthalten, jedoch mit anderen Verfahren zur Einhaltung versehen.

[8] Die Bundesregierung wollte ursprünglich, dass Mitgliedstaaten auch wegen mangelnder Einhaltung der Schuldengrenze vor dem EuGH verklagt werden können, konnte sich damit jedoch nicht gegen Frankreich und viele andere durchsetzen, weshalb diese Aufgabe den nationalen Gerichten obliegt.

[9] http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/sgp/deficit/index_en.htm

[10] So auch die Interpretation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages: Die „Ein-Zwanzigstel-Regelung“ im Entwurf des Vertrages über einen Fiskalpakt und in der Verordnung (EU) 1177/2011, 19.01.2012